Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker, vereinigt Euch!

ROTER MORGEN

Zentralorgan der KPD/Marxisten-Leninisten

Nr. 37 vom 16. September 1977 11. Jahrgang 50 Pfennig

Nach der Schleyer-Entführung

Bonn verschärft den Terror

Wieder ein Anschlag auf ein Parteibüro der KPD/ML. Diesmal in Stuttgart. Mit einem starken Werkzeug ist ein Loch in das Schaufenster des dazugehörigen Buchladens geschlagen worden. Er trägt wie alle Buchläden unserer Partei den Namen des Zentralorgans „Roter Morgen". Kein Zusammenhang mit der Schleyer-Hysterie? Oh doch! Wie noch nie zuvor wird jetzt von den Organen des Bonner Staates der Anschlag einer Handvoll sogenannter Terroristen gegen einen Kapitalisten zu einem gewaltigen Drama aufgeblasen, wird ein „Taifun des Partisanenkampfes", ja sogar der Bürgerkrieg beschworen.

Auf den ersten Seiten der Zeitungen: Schleyer-Entführung und nichts anderes. Im Fernsehen: Schleyer-Entführung, sogar ein harmloser Kriminalfilm wird abgesetzt, aus aktuellem Anlaß, wie es heißt. Und der „Rote Morgen" ist immer dabei, in Gestalt jenes Anrufers aus den Kreisen des BKA, des Verfassungsschutzes oder sonst woher, der den Namen unseres Zentralorgans mißbraucht und reihum bei den Zeitungen und Nachrichtenagenturen neue Anschläge ankündigt oder irgendwelche Verantwortungen übernimmt.

So wird mit unserem Namen die Hysterie angeheizt, wird durch seinen unverschämten Mißbrauch aber auch deutlich, wohin das ganze zielt: gegen links, gegen die Revolutionäre und Kommunisten. Gegenwärtig rollt die größte Polizeiaktion seit Bestehen der Bundesrepublik durch unser Land. Von Festnahmen wird gesprochen. Aber wer sind die Verhafteten, was ist mit ihnen geschehen? Kein Wort darüber — Nachrichtensperre! Man hört von Hausdurchsuchungen in einem bisher unbekannten Maßstab. 1.200 Wohnungen sind von Polizeikommandos gestürmt worden, gibt das Bundeskriminalamt selber zu. Aber wo, wer hat dort gewohnt, was ist passiert? Nachrichtensperre!

Wie das im Einzelfall aussieht, berichteten Genossen aus Tübingen. Dort wurde am letzten Dienstag eine Wohngemeinschaft von bewaffneten Polizisten überfallen. Auf Befehl des Generalbundesanwalts und unter Bruch der bürgerlichen Gesetze ohne Durchsuchungsbefehl. Sogar die lokale Presse wurde dazu vergattert, die ganze Woche hindurch keine Zeile über diesen Überfall zu bringen. Die vollständige Gleichschaltung der bürgerlichen Presse. Und wo Journalisten das nicht freiwillig mitmachen, werden sie unter Strafandrohung dazu gezwungen. Nur einmal ist diese Gleichschaltung durchbrochen worden, allerdings unfreiwillig.

Die Münchner Polizei hatte versehentlich eine Aufstellung über Straßenkontrollen an den bayrischen Rundfunk gegeben und der hatte prompt die Standorte dieser Kontrollen in den Verkehrsnachrichten gemeldet. Und was sagte der Polizeisprecher, als die Panne bemerkt wurde: „Zu den Radiodurchsagen ist es in der Hitze des Gefechts gekommen. Doch die Terroristen sind natürlich auch ohne die Durchsage sicher schlau genug, solche Kontrollpunkte zu meiden." Natürlich! Und sie sind auch schlau genug, sich nicht in der Wohnung von bekannten und überwachten Revolutionären zu verstekken. Wozu also die bewaffneten Polizeikommandos in den Städten und auf den Autobahnen, wozu die Überfälle auf Hunderte von Wohnungen?

Hier geht es nicht um die Fahndung nach ein paar Entführern. Hier geht es darum, ein Klima der Angst und der Hysterie zu erzeugen, darum, den Gewaltapparat der Bourgeoisie vorzuführen und die Werktätigen an den brutalen Einsatz dieses Apparates gegen Revolutionäre, gegen Massenkämpfe zu gewöhnen. Mit allen Mitteln der reaktionären Demagogie versucht jetzt die Bourgeoisie, das Attentat von Köln zum Vorwand nehmend, eine „Volksgemeinschaft" vom Hitlerschen Typ zu beschwören. Wer nicht treu zu diesem Bonner Unterdrückerstaat steht, der „ist von der Gemeinschaft aller Bürger isoliert". So wurde im Fernsehen gehetzt. Man glaubte Goebbels zu hören, aber es war Schmidt.



Verschärfte Kontrollen bewaffneter Polizisten auf Autobahnen, Grenzübergängen usw.

Den immer stärkeren Ausbau ihres Gewaltapparats, die brutalen Angriffe gegen Revolutionäre, die Verschärfung der Faschisierung, all das versuchen sie, als den Willen des Volkes auszugeben. Flugs präsentierte die Springer-Presse eine selbst zusammengebastelte „Meinungsumfrage", in der die Todesstrafe, ein härteres Vorgehen gegen sogenannte Terroristen und auch gleich noch die Kürzung des Arbeitslosengeldes und

Fortsetzung auf Seite 2

Konjunkturbeschlüsse der Regierung

Steuergeschenke für die Monopole in Milliardenhöhe

Wochenlang weckte die Bonner Gerüchteküche bei vielen Werktätigen Hoffnungen auf eine Senkung der Lohnsteuer. Jetzt, wo die neuen Kabinettsbeschlüsse zur Konjunkturpolitik vorliegen, stellt sich heraus, daß die ganze Diskussion um eine angeblich geplante Steuersenkung für die Werktätigen nur dem Zweck diente, das eigentliche Vorhaben der Regierung, den Monopolen erneut Milliarden zuzuschustern, zu tarnen.

Allerdings sehen die Bonner Regierungsbeschlüsse auch gewisse Steuererleichterungen für die Werktätigen vor. So soll der Weihnachtsfreibetrag von bisher 100 DM auf 400 DM erhöht werden, was für die meisten Kollegen eine Ersparnis von rund 50 DM im Jahr bedeuten dürfte. Außerdem soll der im Steuertarif eingearbeitete Grundfreibetrag von 3.000 DM bei Ledigen und 6.000 DM bei Verheirateten um 510 DM bzw. 1.020 DM erhöht werden. Für einen verheirateten Kollegen mit einem Kind würde das bei einem Bruttoverdienst um 1.800 DM eine monatliche Steuerermäßigung von 15,50 DM bedeuten. Rund 20 DM — mal ein paar Mark mehr, mal ein paar Mark weniger — würden die Werktätigen monatlich sparen, falls die Regierungsbeschlüsse verwirklicht werden und nicht im Bundesrat scheitern, was möglich ist, weil die CDU mit einer nicht erstgemeinten Forderung nach allgemeinen Steuersenkungen auf Stimmenfang geht. Ganz andere Summen sind dagegen für die Monopole vorgesehen.

Da ist zunächst einmal die sogenannte Verbesserung der degressiven Abschreibung. Der Prozentsatz des Anschaffungspreises von neuen Maschinen und Fabrikanlagen, den die Kapitalisten in diesem Jahr von der Steuer absetzen können, wurde rückwirkend vom 1. Juli um 25% erhöht. Allein dadurch werden den Monopolen fast zwei Milliarden Mark zugeschoben. Damit hat die Regierung nach der Senkung der Vermögenssteuer, nach der Einführung des steuerlichen Verlustrücktrages, der es den Kapitalisten erlaubt, in den Bi-

Fortsetzung auf Seite 2

Boykottiert die Aufsichtsratswahlen!

Zur Zeit laufen im Zusammenhang mit der Einführung der „erweiterten Mitbestimmung" in den Großbetrieben die Wahlen für die Besetzung der sogenannten „Arbeitnehmerbank" in den Aufsichtsräten. Das Mitbestimmungsgesetz vom Mai 1976 bestimmt, daß in Unternehmen mit mehr als 2.000 Beschäftigten nicht mehr (wie bisher gemäß dem Betriebsverfassungsgesetz) nur ein Drittel der Aufsichtsratssitze von „Arbeitnehmervertretern" besetzt werden, sondern die Hälfte (allerdings einschließlich jener Vertreter, die von den leitenden Angestellten gewählt werden). Nicht berührt sind von dem Gesetz die Unternehmen der Montanindustrie, also des Bergbaus und der eisen- und stahlerzeugenden Industrie. Hier wurde bekanntlich schon 1951 die paritätische Mitbestimmung eingeführt. Die Bonner Regierung behauptet, durch das neue Gesetz werde „die Mitbestimmung der Arbeitnehmer in den Unternehmensorganen ausgehend vom Grundsatz der Gleichberechtigung und Gleichgewichtigkeit von Arbeitnehmern und Anteilseignern ausgebaut."

Die DGB-Bonzen widersprechen dem nicht grundsätzlich. Zwar zeigten sie sich unzufrieden mit dem Gesetz, das ihrer Meinung nach im Gegensatz zur Montanmitbestimmung keine „echte Parität" bringt. Jedoch müsse man es dennoch ausschöpfen, sagen die Bonzen, denn es sei immerhin ein Schritt zur „Ausweitung der Rechte der Arbeitnehmer" und zur „Demokratisierung der Betriebe und der Wirtschaft". Und auch die sich „radikal" gebärdenden „linken" Vertreter des DGB-Apparats einschließlich der DKP-Revisionisten vertreten den Standpunkt: „besser als nichts" und fordern die Belegschaften auf, an den Wahlen teilzunehmen.

Was ist davon zu halten? Bringt die Mitbestimmung den Arbeitern und kleinen Angestellten wirklich mehr Rechte im Betrieb, läßt sich durch sie tatsächlich die Lage der Arbeiter verbessern? Die meisten Kollegen sind da ziemlich mißtrauisch, und sie haben dafür auch allen Grund. Wie sieht die Sache denn in der Realität aus, in der Montanindustrie, wo die paritätische Mitbestimmung ja schon seit 26 Jahren praktiziert wird?

Die Kollegen in den Zechen, in den Hüttenwerken können uns ein Liedchen davon singen! Hier wird um keinen Funken weniger brutal rationalisiert und die Arbeitshetze verschärft. Die Vernichtung von Arbeitsplätzen wurde eher noch radikaler und skrupelloser vorangetrieben als in anderen Industriezweigen. In den vergangenen 15 Jahren wurden allein im Bergbau mehr als 200.000 Arbeitsplätze vernichtet, in der Stahlindustrie sind es mehr als 100.000. Die Arbeitsbedingungen sind ebenfalls eher schlimmer als besser. Es

Fortsetzung auf Seite 4

AUS DEM INHALT

Bonn verschärft den Terror

Fortsetzung von Seite 1

die Einführung eines Arbeitsdienstes gefordert werden. Doch damit nicht genug: Sie hetzten unverblümt, daß die Massen im Grunde eine faschistische Diktatur wollten und daß ausgerechnet sie, die Spitzen dieses Bonner Unterdrückerstaates, sich dem nur mit Mühe entgegenstemmen könnten. So fragte der Berufsheuchler Brandt mit gemeiner Demagogie, ob diejenigen, die nicht bereit sind, in das Geheul der Terroristenhysterie mit einzustimmen, denn nicht wüßten, „daß sie das Bewußtsein der Bevölkerung über den Rand hinausbomben, hinter dem es nur noch den Abgrund von Chaos, Polizeistaat oder Diktatur gibt?"

So wollen es diese Herren hindrehen: Die Revolutionäre und Kommunisten, die von ihnen kurzerhand zur Sympathisantenszene, zum Umfeld der sogenannten Terroristen erklärt werden, treiben die Massen eiskalt in einen neuen Faschismus. Die Werktätigen aber fühlen sich weder bedroht durch irgendwelche sogenannten Terroristen, wie es ihnen jetzt stündlich eingehämmert wird, noch denken sie daran, voller Angst nach dem Polizeistaat zu rufen. Sie haben ja genug Erfahrungen schon mit der Polizei des Bonner Staates sammeln können. Und wenn es etwas gibt, von dem sie sich bedroht fühlen, dann ist es diese Polizei selbst mit ihren Terroreinsätzen gegen streikende Arbeiter, mit ihren Knüppelgarden, den blindwütig um sich schießenden Polizisten und ihrem Heer von Spitzeln.

Wer schreit denn hier nach noch mehr staatlichem Mord und Totschlag? Doch nicht die Arbeiter und Bauern, sondern diejenigen, die jetzt ihre terroristische Fratze hinter einer angeblichen Volksstimmung verbergen wollen. So wurde z. B. letzte Woche, wie die „Süddeutsche Zeitung" berichtet, in der Bonner Landesgruppe der CSU im Ernst darüber diskutiert, „wie man Erpressungsversuchen künftig standhalten könne — ob etwa durch die Erschießung der gefangenen Terroristen in halbstündigem Abstand".

Und wohlgemerkt, wer hier für vogelfrei erklärt werden soll, wogegen sich all diese offen faschistischen Programme richten, das sind nicht etwa die paar Schleyer-Entführer oder Ponto-Attentäter. In erster Linie, darin sind sie sich alle einig, ob Schmidt, Strauß oder Genscher, geht es darum, die sogenannte Sympathisantenszene zu zerschlagen. Und was sie damit meinen, wer diese geheimnisvollen 6.000 terroristischen Gewalttäter sind, von denen das Bundeskriminalamt jetzt immer spricht, das machte der Innenminister Maihofer deutlich, als er erklärte, dazu müsse man die sogenannten K-Gruppen rechnen, also unsere Partei und andere Organisationen.

Und dazu rechnen sie alle diejenigen, die sich gegen Ausbeutung und Unterdrückung in diesem Land wehren. Sie sind gemeint, wenn die Herrschenden zur Terroristenjagd blasen. Und da sollten sich gerade die Werktätigen jetzt um ihre Unterdrücker zusammenscharen und den Bonner Staat verteidigen? Nein, da haben sich die Herren verrechnet. Mögen sie noch so sehr hetzen und die Terroristenhysterie hochpeitschen, den Kampf der Arbeiterklasse und der übrigen Werktätigen gegen ihre Ausbeuterherrschaft können sie damit nicht aus der Welt schaffen.

Steuergeschenke für die Monopole in Milliardenhöhe

Fortsetzung von Seite 1

lanzen ausgewiesene (nicht unbedingt tatsächlich gemachte) Verluste nachträglich von der Steuer abzusetzen und nach verschiedenen anderen Steuererleichterungen für die Kapitalisten auch die letzte Forderung der Unternehmerverbände auf dem Steuersektor erfüllt. Dreist behauptet die Regierung, diese unverhüllten Steuergeschenke an die Kapitalisten seien ein Weg aus der Krise, ein Mittel gegen die Arbeitslosigkeit und darum in unser aller Interesse. In Wirklichkeit haben die Milliarden, die den Kapitalisten in den letzten Jahren in Form von Steuervergünstigungen in den Rachen geworfen wurden, nicht einen Arbeitslosen wieder in Arbeit gebracht, sondern im Gegenteil dazu geführt, daß die Monopole noch mehr Kapital einsetzen konnten, um Arbeitsplätze wegzurationalisieren.

Die Regierung ließ es aber auch diesmal keineswegs bei Steuergeschenken an die Kapitalisten bewenden. Sie verdoppelte z. B. die Investitionszulage für Forschungs- und Entwicklungsvorhaben von 7,5 auf 15%. Diese Investitionszulage kommt vor allem den großen Konzernen wie den Chemiegiganten oder Siemens zugute, die sehr große Forschungs- und Entwicklungsabteilungen unterhalten. Diese Forschungs- und Entwicklungsarbeit der Konzerne hat einzig und allein zum Ziel, daß die Konzerne ihren Vorsprung gegenüber der Konkurrenz halten und ausbauen wollen. Die zig Millionen, die den Konzernen hierfür von der Regierung zugesteckt werden, dienen keineswegs Forschungsprojekten, an denen auch die Werktätigen ein Interesse haben könnten, sondern ausschließlich dem Profit der Monopole.

Schließlich hat die Bundesregierung noch beschlossen, weitere Milliarden auszugeben, um den staatlich gesicherten Absatzmarkt der Monopole zu erweitern. Davon geht der Hauptanteil an die Rüstungsindustrie. Einen Teil dieser Milliarden will die Bundesregierung dafür aufwenden, um unter dem heuchlerischen Stichwort „Entwicklungshilfe" den Export der westdeutschen Monopole in die Entwicklungsländer anzukurbeln, indem sie in erpresserischer Manier Kredite an diese Länder von der Zusage der Regierungen abhängig macht, mehr westdeutsche Produkte einzukaufen.

Die neuen Regierungsbeschlüsse zur Konjunkturpolitik zeigen wieder einmal, wem dieser Staat dient. Nichts wird getan, um die Not der Arbeitslosen zu lindern, nichts, um die finanzielle Lage der Arbeiterhaushalte, mit deren Einkommen aufgrund des Reallohnabbaus der letzten Jahre kaum noch ein Auskommen ist, durch eine spürbare Steuersenkung wenigstens etwas zu entlasten. Die Milliarden, die hauptsächlich aus den von den Werktätigen gezahlten Steuern stammen, wandern auf die dicken Konten der Monopole. Es ist ihr Staat und ihre Regierung. Die paar Mark aber, die die Steuerbeschlüsse den Werktätigen bringen werden, werden bei den nächsten Tarifrunden als Argument serviert, um den Arbeitern das Recht auf eine echte Lohnerhöhung abzustreiten, weil sie ja schon durch die Steuererleichterungen eine gewisse Erhöhung des Einkommens erlangt hätten. Diese Taktik der Kapitalisten und ihrer Regierung muß durch den Kampf für tatsächliche Lohnerhöhungen durchkreuzt werden.

Kurz berichtet

HERNE

Zu Ehren des Genossen Mao Tsetung fand in Herne am 9. September eine Veranstaltung statt, an der etwa 60 Freunde und Genossen teilnahmen. In der Rede wurden die Verdienste des Genossen Mao Tsetung zur Befreiung Chinas, zum Aufbau des Sozialismus und vor allem beim Kampf gegen die Revisionisten und bürgerlichen Machthaber in China gewürdigt, und gegen Verfälschungen der neuen opportunistischen Strömung verteidigt.

BIELEFELD

Rund 70 Freunde und Genossen nahmen an der Veranstaltung zum Roten Antikriegstag in Bielefeld teil. Neben dem Parteiredner sprach auch eine Genossin der RHD. Der Bielefelder AP-Trupp führte ein antimilitaristisches Stück auf.

HAMBURG

Der Hamburger Spielmannszug eröffnete die Veranstaltung zum Roten Antikriegstag. Unter den 180 Teilnehmern waren zahlreiche neue Gesichter. Neben der Rede der Partei sprach auch ein Genosse der Roten Garde zum antimilitaristischen Kampf in der Bundeswehr. Die RHD und die FIS verlasen Grußadressen.

HEIDENHEIM

Die Veranstaltung zum Roten Antikriegstag war die erste Veranstaltung der Partei in Heidenheim. Im Anschluß an die Parteirede entwickelte sich eine lebhafte Diskussion, in der auch ein Altgenosse der KPD das Wort ergriff.

KASSEL

Schon 1974 und 1975 hatte die Polizei in Kassel Kundgebungen zum Roten Antikriegstag überfallen. Auch in diesem Jahr führte die Partei in Kassel eine Kundgebung zum Roten Antikriegstag durch. Als ein Genosse fotografierte und ihm dabei einer der zahlreichen zivilen Spitzel vor die Kamera geriet, nahm die Polizei das zum Vorwand, um die Kundgebung zu überfallen. Zwar konnte die Festnahme des Genossen, der fotografiert hatte, nicht verhindert werden, aber insgesamt erlitt die Polizei eine Schlappe. Ein Genosse der Partei entlarvte durch ein Megafon den Polizeiterror. Schnell sammelten sich mehrere hundert Menschen an. Die Empörung der Menge war so groß, daß die Polizei sich nicht an den Redner wagte, der viel Zustimmung fand. Noch lange wurde heftig über diesen Polizeiüberfall diskutiert und die Genossen konnten viele „Rote Morgen" verkaufen.

MAINFRANKEN

Am 27. August fand im Kreis Mainfranken in der Nähe von Schweinfurt eine Veranstaltung zum Roten Antikriegstag statt, an der 50 Genossen teilnahmen. Auf besonderes Interesse in der Rede der Partei stießen die Ausführungen über die Rolle des Siemens-Konzerns.

WIESBADEN

Mehr als 50 Genossen, darunter viele ausländische Kollegen und Studenten, nahmen an der Veranstaltung zum Roten Antikriegstag teil. Die Parteirede enthielt eine scharfe Absage an die neue internationale opportunistische Strömung. Anschließend sprach Genosse Klaus Singer, der am Roten Antikriegstag 1972 bei der Schlacht am Karlstor in München festgenommen und zu einem Jahr Gefängnis auf Bewährung verurteilt worden war. Jetzt, fünf Jahre nach der Münchner Demonstration, will die Bourgeoisie den Genossen erneut vor Gericht zerren mit dem Ziel, die Bewährung zu streichen. Für die Partei und für die Prozesse gegen den Genossen Klaus wurden 594 DM gesammelt.

Schleyer - eine Karriere

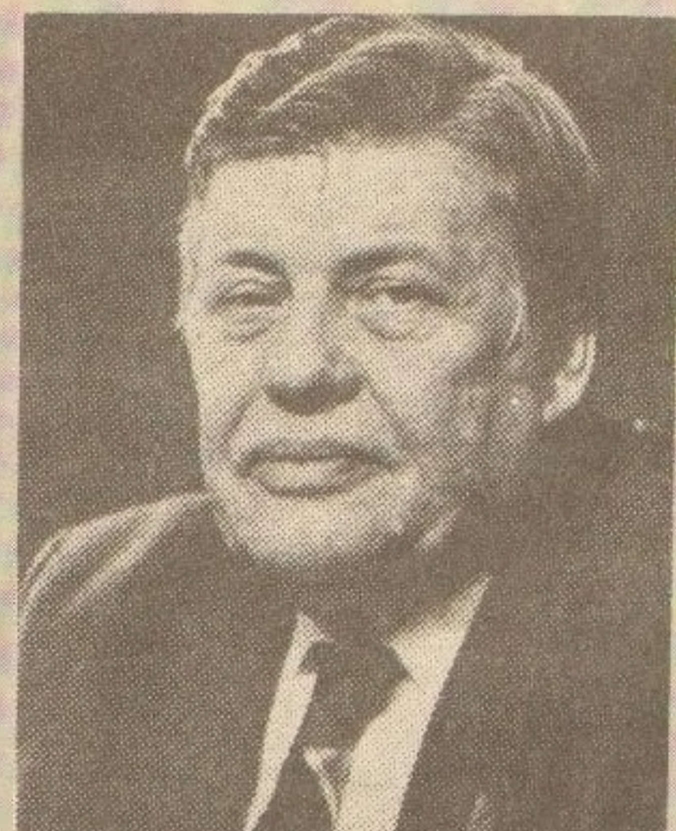
Alle waren „entsetzt und empört" über die Entführung, alle litten mit ihm, bangten um sein Leben. Von CDU/CSU bis hin zu revisionistischen DKP, von Strauß bis Mies (Vorsitzender der DKP), von „Bild" bis „UZ".

Alle? Ja alle — bis auf ein paar Dutzend Millionen. Bei den ausgebeuteten und unterdrückten Massen des werktätigen Volkes war von Empörung über die Entführung Schleyers, von Mitleid mit diesem Vertreter des Monopolkapitals nicht viel zu merken. Kein Wunder! Was verbindet sie, die Arbeiter, mit einem Schleyer? Nichts!

Wer ist Schleyer?

Hanns-Martin Schleyer steht für das menschenverachtende kapitalistische Ausbeutersystem, für die mörderische Herrschaft des deutschen Imperialismus. Das zeigt der Werdegang dieses Kapitalisten.

Schon während der blutigen Terrorherrschaft der Hitler-Faschisten war Schleyer mit dabei. Er war Nazi,



Mitglied der SS. Im Krieg brachte Schleyer es — noch nicht dreißigjährig — bereits bis zu einem der Statthalter Hitlers in der besetzten Tschechoslowakei. Er war Leiter des Präsidialbüros im Zentralverband der Industrie in Prag. Diese Institution hatte die Aufgabe, die tschechischen Arbeiter bis aufs Blut auszubeuten, zu schinden und zu versklaven. Sie organisierte die hemmungslose Plünderung der Reichtümer der Tschechoslowakei, die Demontage ganzer Fabriken und ihren Transport ins Hitler-Reich, die Verschleppung tschechischer Werktätiger nach Deutschland als Arbeitssklaven der Krupp und Thyssen.

Und wie so viele Nazibonzen war Schleyer nach 1945 schnell wieder obenauf. 1951: Er wird Manager bei Daimler-Benz. 1959: Er wird Vorstandsmitglied bei Daimler-Benz. Diesen Posten hat er bis heute inne, wurde jedoch inzwischen darüberhinaus noch wichtigster Vertreter der bundesdeutschen Unternehmerverbände: Präsident des BDA und des BDI in Personalunion.

Schleyer zählt heute zweifellos zu den in der Arbeiterschaft am meisten gehaßten Vertretern des Monopolkapitals. Und das mit Grund! Er tat sich immer schon bei der rücksichtslosen Ausbeutung und Unterdrückung der Arbeiter hervor. Bei dem Tarifkampf 1963 in Baden-Württemberg organisierte er persönlich die Aussperrung der Metallarbeiter. Auch bei der brutalen Aussperrung der Metallarbeiter Baden-Württembergs im Jahre 1971 war Schleyer einer der Hauptverantwortlichen.

Er ließ keine Gelegenheit aus, wenn es darum ging, gegen die Arbeiterklasse zu hetzen, den Lohnkampf zu verteufeln, die Verschärfung der Ausbeutung zu propagieren. Offen trat er für Reallohnabbau ein. Diesem Schmarotzer und Millionär sind die Löhne der Arbeiter schon viel zu hoch. Noch vor dem Einsetzen der jetzigen schweren Wirtschaftskrise schrieb er ein Buch mit dem Titel „Das soziale Modell". In diesem Machwerk beklagte er, daß es zu wenig Arbeitslose gibt, daß daher „der Arbeitsmarkt verkrustet" sei, verhöhnt und beschimpft er die werktätigen Massen als faul, bequem und träge, schreit er danach, daß endlich härtere Saiten gegenüber den Arbeitern aufgezogen werden müßten.

Soll die Bourgeoisie über die Entführung Schleyers toben und jammern. Sollen ihre Lakaien, die DKP-Revisionisten, in den Chor mit einstimmen! Kein klassenbewußter Arbeiter wird sich davon beeindrucken lassen.

Offen gesagt . . .

Faschisten und ihre Komplizen

Eine besonders üble Provokation hat die Klassenjustiz in Tübingen ausgeheckt: In einem Prozeß, bei dem es um einen Terrorüberfall der berüchtigten faschistischen Wehrsportgruppe Hoffmann geht, hat sie neben einigen der Hoffmann-Leute auch die Opfer dieses Überfalls auf die Anklagebank gezerrt. So stehen jetzt die faschistischen Schläger und die Antifaschisten, die gegen sie aufgetreten sind, in ein und demselben Prozeß vor Gericht. Doch damit nicht genug. Jetzt trat einer der braunen Banditen, ein gewisser Joachim Rößner, Leibwächter des Bandenchefs Hoffmann, im Gerichtssaal auf und behauptete unverschämt, er sei ein Mitglied der KPD/ML.

Es ist offensichtlich: Hier geht es darum, die faschistischen Terrorbanden und die Revolutionäre, vor allem unsere Partei, auf eine Stufe zu stellen. Hier geht es darum, die angeblichen „Beweis" zu führen, daß, wie es die bürgerliche Hetze seit Jahr und Tag behauptet, „Rechts- und Linksradikale" vom gleichen Schlag sind, ja daß sogar die Mitgliedschaft in ihren Organisationen austauschbar ist.

Ausgerechnet sie wollen unsere Partei in die Nähe der Faschisten rücken, ausgerechnet sie, die bei diesem Prozeß von Anfang an ihre Komplizenschaft mit den braunen Banden unter Beweis gestellt haben. Das hatte sich schon im Dezember letzten Jahres gezeigt, als die Hoffmann-Leute mit Billigung der Behörden öffentlich Söldner für die rhodesische Rassistenarmee warben. Dem waren damals die Antifaschisten mit einer Protestkundgebung entgegengetreten. Diese Kundgebung von unbewaffneten und nicht einmal mit Helmen geschützten Genossen überfielen die Faschisten mit Mordwerkzeugen wie Stahlruten usw.

Das Ergebnis: Fünf zum Teil schwerverletzte Antifaschisten, darunter auch zwei Genossen vom KSB/ML, mußten ins Krankenhaus gebracht werden. Und die Polizei stand dabei und guckte zu. Allerdings nur bis zu dem Augenblick, wo die Überfallenen daran gingen, die Faschisten zu entwaffnen. Da wurde die Polizei aktiv und schützte die Hoffmann-Leute vor den Genossen.

Aber sie trieben es noch schlimmer: Als die Überfallenen später Anzeige gegen die Schläger erstatteten, drehten Polizei und Klassenjustiz den Spieß einfach um und eröffneten Verfahren gegen die Anzeigeerstatter. So kam es, daß diese Genossen jetzt mit einigen der Hoffmann-Leute zusammen vor Gericht stehen müssen. Und natürlich wurde ihr Antrag, ihre eigenen Verfahren von denen der Faschisten abzutrennen, vom Gericht sofort abgeschmettert. Wie nicht anders zu erwarten, wurde den Faschisten auch im Gericht freie Bahn gewährt. Sie konnten nach Belieben die angeklagten Genossen und Zuschauer für ihre Kartei fotografieren. Die frechen Lügen des Rößner wurden begierig ins Protokoll genommen. Und schließlich stand der Faschist Heinzmann, der sich Gauleiter von Tübingen nennt, auf, zeigte auf einige Zuschauer und schrie, sie wären auch im Dezember dabei gewesen.

Sofort stürzten sich Polizisten auf diese Zuschauer, stellten ihre Personalien fest. Jetzt müssen auch sie mit einem Verfahren wegen Nötigung rechnen. Diese Vorfälle zeigen: Es ist der bürgerliche Staat selbst, der hinter dem Terror der offenen Faschisten steht, der diese Banden in jeder nur erdenklichen Weise fördert und schützt.



Herausgeber: ZK der KPD/ML

Verlag G. Schneider, 46 Dortmund 30, Postfach 30 05 26, Bestellungen an Vertrieb 46 Dortmund 30, Postfach 30 05 26. Postscheckkonto Dortmund Nr. 236 00 — 463. Bankkonto: Stadtsparkasse Dortmund Nr. 321 004 911 (Verlag G. Schneider). Telefon: 0231 / 43 36 91 und 43 36 92. Verantwortlicher Redakteur: Renate Schneider, Dortmund. Druck: Alpha Druck GmbH, 46 Dortmund. Erscheinungsweise wöchentlich freitags, mit monatlicher Jugendbeilage „Die Rote Garde". Einzelpreis 50 Pfennig. Abonnement: 30 DM für 1 Jahr, 15 DM für 1/2 Jahr. Die jeweilige Abonnementsgebühr ist im voraus nach Erhalt der Rechnung auf eines unserer o. a. Konten zu überweisen. Das Abonnement verlängert sich jeweils um die entsprechende Laufzeit, wenn es nicht einen Monat vor Ablauf gekündigt wird. Ausgenommen sind Geschenkabonnements.

"Dissidenten" in der DDR

Antirevisionistisch oder antikommunistisch?

In den letzten Monaten verging kaum eine Woche, in der nicht bekannt wurde, daß ein sogenannter Regimekritiker durch die sozialfaschistische Honecker-Clique aus der DDR ausgewiesen oder ins Gefängnis gesteckt wurde. Dabei handelt es sich meistens um Intellektuelle, Dichter, Künstler, die teilweise eine Zeitlang in der DDR gefeiert und geehrt wurden, dann aber in Widerspruch zur SED gerieten und nun vielen Schikanen, Repressalien bis hin zu Berufsverbot, Gefängnis und Ausbürgerung ausgesetzt sind.

Bei uns in Westdeutschland hat sich eine breite Solidaritätsfront mit diesen sogenannten Dissidenten herausgebildet. Sie reicht von den offenen Faschisten und der Springer-Presse über alle Bonner Parteien und die gesamte bürgerliche Presse bis hin zu Organisationen wie dem sogenannten Kommunistischen Bund und der Gruppe Rote Fahne, die sich — wenn auch sehr zu Unrecht — als kommunistische Organisationen ausgeben. Hier in Westdeutschland werden diese Intellektuellen als mutige Gegner des sozialfaschistischen Regimes in der DDR, als demokratische Oppositionelle oder gar als ehrliche Sozialisten und Kommunisten hingestellt. Diese Propaganda hat natürlich eine gewisse Wirkung; denn es gibt bei uns in Westdeutschland nur wenige Menschen, die die wahren Ansichten dieser sogenannten Dissidenten kennen und den mit ihnen betriebenen Propagandarummel deshalb durchschauen können.

Unsere Partei hat in der DDR eine illegale Sektion. Sie bekämpft nicht nur in der Theorie, sondern auch in der Praxis das kapitalistische und sozialfaschistische Regime des russischen Sozialimperialismus und der neuen Bourgeoisie in der DDR und propagiert die Notwendigkeit der erneuten gewaltsamen sozialistischen Revolution in der DDR, um das unter Moskauer Oberherrschaft stehende Regime der neuen ostdeutschen Bourgeoisie zu zerschlagen und die Diktatur des Proletariats wiederzuerrichten. Nur Spinner und eingeschworene Antikommunisten können sich dazu versteigen, unserer Partei eine versöhnlerische Haltung gegenüber den revisionistischen Machthabern in der DDR oder der revisionistischen DKP/SEW in Westdeutschland und Westberlin nachzusagen.

Die unversöhnliche Feindschaft unserer Partei zum modernen Revisionismus und zum kapitalistischen und sozialfaschistischen System in der DDR aber beruht auf dem proletarischen Klassenstandpunkt und den Prinzipien des Marxismus-Leninismus. Unsere Partei hat es stets abgelehnt und wird es stets ablehnen, im Kampf gegen die revisionistischen Machthaber in der DDR und ihre Moskauer Oberherren gemeinsame Sache mit dem westdeutschen Revanchismus, dem USA-Imperialismus und anderen ultrareaktionären Kräften zu machen. Darum ist unsere Partei von Anfang an entschieden der von der Reaktion initiierten Propaganda-Kampagne um die sogenannten DDR-Dissidenten entgegengetreten; denn diese sogenannten Oppositionellen repräsentieren nicht die wirklich antifaschistisch-demokratische Opposition in der DDR und schon gar nichts haben sie mit dem proletarisch-revolutionären Klassenkampf gegen Kapitalismus und Sozialfaschismus und mit der kommunistischen Bewegung in der DDR zu tun. Der mit diesen Dissidenten betriebene Propaganda-Rummel ist vielmehr ein hinterhältiger Versuch, den gerechten Haß des deutschen Volkes gegen den Sozialfaschismus und den sowjetischen Sozialimperialismus für die Ziele der Reaktion und des Antikommunismus auszunutzen.

Sicherlich kann man nicht alle Leute, die zu dieser „Opposition" gezählt werden, über einen Kamm scheren und in gleicher Weise verurteilen. Über eine Reihe von ihnen ist nur wenig bekannt. Andere wiederum wie Biermann, Havemann oder Bahro treten ausdrücklich mit dem Anspruch auf, eine „sozialistische" Alternative zum gegenwärtigen Regime in der DDR verwirklichen zu wollen. Ihre politischen Ansichten stehen im Vordergrund der Dissidenten-Kampagne bei uns und werden als eine Art politischer Plattform der „Opposition" in der DDR präsentiert. Um den Charakter der Dissidenten-Kampagne bei uns richtig einzuschätzen, muß man sich darum die politischen Auffassungen dieser Leute genauer anschauen.

Als erstes fällt auf, daß diese Leute keineswegs das System in der DDR prinzipiell ablehnen. Sie greifen nicht etwa die Tatsache an, daß in der DDR der Kapitalismus wiederhergestellt wurde und die Arbeiterklasse durch die neue Bourgeoisie und die sowjetischen Sozialimperialisten ausgebeutet und unterdrückt wird. Sie sprechen weder vom sozialfaschistischen Charakter des DDR-Regimes noch von der Versklavung der DDR durch den sowjetischen Sozialimperialismus. Stattdessen erklären sie, die DDR sei „sozialistisch". Sie sind sich darin einig mit den SED-Revisionisten, die ebenfalls demagogisch behaupten, die DDR sei sozialistisch, um über die Restauration des Kapitalismus und die Errichtung ihrer sozialfaschistischen Diktatur hinwegzutäuschen und um dem Kampf der Arbeiterklasse und der Werktätigen der DDR die revolutionäre Perspektive zu nehmen. Denn wenn die DDR sozialistisch ist, wofür sollten die Arbeiterklasse und die Werktätigen der DDR dann kämpfen? In der Bezeichnung der DDR als sozialistisch sind sich diese sogenannten Oppositionellen aber auch mit der westdeutschen Bourgeoisie einig, die hartnäckig propagiert, das Regime in der DDR sei sozialistisch oder kommunistisch, um den Sozialismus und den Kommunismus damit in den Augen der Arbeiter und der Werktätigen Westdeutschlands zu diskreditieren. Wer die DDR wie diese „Oppositionellen" als sozialistisch verteidigt, der wird auch in allen anderen Fragen eine gegen die Arbeiterklasse und die Werktätigen gerichtete Position beziehen.

Das deutsche Volk in der DDR und in Westdeutschland haßt die russischen sozialimperialistischen Besatzer. Nicht so Herr Biermann. Er „dichtet": „Den Russenbär, ich lieb ihn..."

Die Mauer in Berlin ist eines der brutalsten Zeichen für die sozialfaschistische Unterdrückung des Volkes in der DDR und für die Spaltung der deutschen Nation. Herr Biermann sieht das anders: „Ich hab/die Mauer mitgemauert/.../Ich hab in sie mit reingebaut/Zorn, Träume und viele Gründe."

Die Vopos und Grenzsoldaten an der DDR-Grenze, die Menschen auf Befehl der DDR-Machthaber wie die Hasen abknallen, stehen für den verbrecherischen, sozialfaschistischen Charakter des DDR-Regimes. Der angebliche Kämpfer gegen den Sozialfaschismus Biermann aber jubelt: „Ihr seid das Rückgrat unserer Macht/Euch werd' ich nie verleumden." (Alle Biermann-Zitate aus „Deutschland, ein Wintermärchen")

Die neue ostdeutsche Bourgeoisie und die sowjetischen Sozialimperialisten beuten die Arbeiterklasse und die Werktätigen immer stärker aus. Wie in Westdeutschland bestimmen auch in den DDR-Betrieben verschärfte Rationalisierung und Arbeitshetze den Alltag für die Proleten. Herrn Bahro, der uns als „ehrlicher Kommunist" und „konsequenter Marxist" verkauft werden soll, ist das längst nicht genug. Er, der es als Wirtschaftsfunktionär wissen müßte, ist dreist genug, den „starken Leistungsdruck" in den DDR-Betrieben zu einer Erfindung der „bürgerlichen Propaganda" zu erklären. Nicht, daß die Arbeiterklasse in der DDR ausgebeutet wird, schmerzt ihn, sondern, daß die Produktivität und damit der Profit der Ausbeuter geringer ist als beispielsweise in Westdeutschland.

In keiner einzigen wesentlichen Frage vertreten diese „Oppositionellen" die Interessen der Arbeiterklasse und der Werktätigen der DDR. Betrachtet man ihre politischen Aussagen, dann kommt man zu dem Schluß, daß sie eigentlich sehr, sehr viele Gemeinsamkeiten mit den SED-Revisionisten haben, daß sie aber kaum etwas mit dem Volk verbindet.

Einig sind sie sich mit den SED-Revisionisten auch in ihrem Haß auf Stalin. Stalins Name steht für die unnachgiebige Verteidigung des Marxismus-Leninismus und der Diktatur des Proletariats gegen alle inneren und äußeren Feinde des Sozialismus. Sein Name ist auch untrennbar verbunden mit der Befreiung Deutschlands vom Faschismus und mit der Gründung der DDR als erstem sozialistischen Staat auf deutschem Boden. Stalin erkannte in bürokratischen Tendenzen ein gefährliches Krebsgeschwür am proletarischen Partei- und Staatskörper und bekämpfte sie deshalb unnachsichtig. Gerade dieser konsequente Kampf Stalins für die Verteidigung der Diktatur des Proletariats hat dazu geführt, daß die gesamte antikommunistische Propaganda der Bourgeoisie sich auf ihn konzentriert.

Biermann und Konsorten kritisieren den bürokratischen Apparat in der DDR und die von ihm ausgeübte Gewalt, vor allem, wenn sie sich gegen sie selbst richtet. Diese Kritik aber wird nicht von einer antifaschistisch-demokratischen, sondern unter dem Schlagwort des „Kampfes gegen den Stalinismus" von einer antikommunistischen Position aus geführt. Die Verbrechen des sozialfaschistischen Regimes werden von ihnen als stalinistisch bezeichnet. Und diese antikommunistische Hetze im Springer-Stil soll antifaschistisch sein? Diese Leute kritisieren, daß der „Kampf gegen den Stalinismus" von der SED-Führung nicht konsequent und schnell genug geführt worden ist. Sie sind völlig einverstanden mit der unter der Losung des „Kampfes gegen den Stalinismus" vorgenommenen Zerschlagung der Diktatur des Proletariats in der DDR. Sie kritisieren die SED-Revisionisten nur deshalb, weil diese ihnen zu „konservativ" erscheinen, weil sie nicht allen Strömungen der bürgerlichen Ideologie völlig freie Hand lassen, weil die SED-Revisionisten bemüht sind, gegenüber den Arbeitern und den anderen Werktätigen einen gewissen „sozialistischen" Schein aufrechtzuerhalten.

Warum werden sie in der DDR überhaupt verfolgt?

Aus alledem wird völlig klar, daß es absurd ist, diesen Leuten eine prinzipielle Gegnerschaft zum Revisionismus und zum revisionistischen System anzudichten. Das einzige, was sie heute als „Widerstandskämpfer" erscheinen läßt, ist eben die Tatsache, daß sie in unterschiedlichem Maße in der DDR Repressionen ausgesetzt sind oder waren. Tatsächlich erscheint das zunächst einmal schwer verständlich. Warum werden sie ins Gefängnis gesteckt, wenn sie doch grundsätzlich mit dem Revisionismus einverstanden sind?

Genauso könnte man aber fragen, warum z. B. sozialdemokratische Führer, die vor 1933 mit aller Kraft als Agenten der Bourgeoisie gearbeitet haben, um die Arbeiterklasse zu spalten, den antifaschistischen Kampf zu sabotieren, unter Hitler ins KZ gesteckt und sogar ermordet wurden, obwohl sie doch so viel für die Aufrechterhaltung der bürgerlichen Klassenherrschaft getan und das Aufkommen des Faschismus begünstigt hatten? Warum wurde in Chile auch ein Mann wie der Revisionistenführer Corvalan eingekerkert, der doch so maßgeblichen Anteil daran hat, daß der Kampf des chilenischen Volkes eine blutige Niederlage erlitt? Warum sind schließlich heute in Westdeutschland auch DKP-Lehrer vom Berufsverbot betroffen, obwohl sie doch objektiv im Interesse der Bourgeoisie gegen den Kampf für die sozialistische Revolution arbeiten? Es ist immer das gleiche Problem: Die Bourgeoisie kennt keine Treue, und der Platz an ihren Futtertrögen ist nicht unbedingt eine Lebensstellung. Darin unterscheiden sich die alte Bourgeoisie bei uns und die neue Bourgeoisie in der DDR oder den anderen revisionistischen Ländern überhaupt nicht. Allein die Tatsache, daß Kreaturen der Bourgeosie bei ihr in Ungnade fallen, macht diese noch nicht zu fortschrittlichen Kräften.

Manche Leute dieser sogenannten „Oppositionellen" wurden eine Zeitlang von der SED als „kritische Literaten" gehätschelt, sie sollten die Funktion eines Ventils für die Kritik, die es vor allem unter den Studenten und anderen Intellektuellen am DDR-Regime gab, erfüllen. Honecker selbst hat die „kritische Literatur" noch vor einigen Jahren gefordert und diese Leute haben zunächst nicht schlecht davon gelebt. Seit einiger Zeit will die SED-Führung die Geister, die sie rief, wieder loswerden. Einige dieser „kritischen Literaten" haben die Zeichen der Zeit richtig erkannt und sich flugs wieder auf Parteilinie begeben. Andere haben nicht schnell genug geschaltet oder ihre Zukunft (sprich: Karriere) ohnehin mehr im Westen gesehen.

Einige dieser sogenannten Dissidenten haben zweifellos vor allem ihre Karriere und ihre Gagen im Auge. Andere sind direkte Agenten des westdeutschen Imperialismus und des USA-Imperialismus, die nichts besseres zu tun haben, als ausgerechnet US-Präsident Carter aufzufordern, etwas für die „Verwirklichung der Menschenrechte" in der DDR zu tun.

Tonangebend in dieser sogenannten Oppositionellenbewegung aber sind zweifellos Leute wie Biermann, Havemann und Bahro. Sie sind Revisionisten. Biermann ist inzwischen Mitglied der revisionistischen Partei Spaniens. Es ist heute eine Tatsache, daß das Lager des Revisionismus in verschiedene Strömungen gespalten ist. Das gilt auch innerhalb der revisionistischen Länder. Den von Moskau abhängigen Vasallen-Cliquen sind in einer Reihe von revisionistischen Ländern Konkurrenten entstanden. Wie einst Dubcek (nach Möglichkeit natürlich erfolgreicher) wollen sie Unabhängigkeit von Moskau, mehr Zusammenarbeit mit den westlichen Imperialisten, noch mehr Möglichkeiten zur individuellen Bereicherung. Diese Revisionisten stehen im Widerspruch zur Honecker-Clique in der DDR. Aber sie repräsentieren eine Strömung innerhalb der neuen Bourgeoisie und priviligierter kleinbürgerlicher Schichten in der DDR. Wie alle Revisionisten sind diese Leute Feinde des Proletariats, der sozialistischen Revolution, der Diktatur des Proletariats und des Marxismus-Leninismus.

Die Führer des sogenannten Kommunistischen Bundes in Hamburg und der GRF greifen unsere Partei an, weil sie die antikommunistische Dissidentenbewegung nicht unterstützt und sich auch nicht in die Solidaritätsbewegung mit dieser bürgerlichen Opposition einreiht. Das ist nicht weiter verwunderlich. Es zeigt nur, wie sehr diese Leute, die sich ansonsten ja ziemlich in den Haaren liegen, bereits im Sumpf des Opportunismus und Revisionismus stecken. Alles spricht dafür, daß sie endgültig darin versinken werden, und wir haben keinen Anlaß, ihnen eine Träne nachzuweinen. Im Interesse der Arbeiterklasse und der Werktätigen in ganz Deutschland wird unsere Partei weiterhin dem antikommunistischen Rummel mit den Dissidenten entgegentreten. Die einzige Alternative zum kapitalistischen und sozialfaschistischen System in der DDR ist die erneute sozialistische Revolution und die Wiedererrichtung der Diktatur des Proletariats, so wie es auch in Westdeutschland und Westberlin nur den Weg der sozialistischen Revolution und der Errichtung der Diktatur des Proletariats für die Arbeiterklasse und die Werktätigen gibt, um sich von Ausbeutung und Unterdrückung zu befreien. Um dieses Ziel zu erreichen, müssen alle Spielarten des modernen Revisionismus bekämpft werden. Dazu müssen auch alle Manöver der westdeutschen Bourgeoisie bekämpft werden, antikommunistische Kräfte zur führenden Kraft des Widerstandes in der DDR zu erklären. Alles das soll die Arbeiterklasse im Osten und im Westen unseres Landes vom Weg der Revolution und des Sozialismus abhalten.

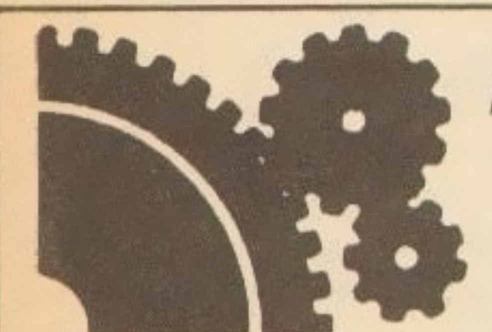
Streiks in Polen

In einem Glühbirnenwerk in der polnischen Stadt Pabianice sind die Arbeiter im August zweimal in den Streik getreten. Damit wehrten sie sich gegen eine drastische Lohnkürzung, die ihnen die Betriebsleitung zumuten wollte. Als Begründung für diesen unverschämten Angriff wurde neben der Rohstoffknappheit auch die hohe Zahl von Krankmeldungen genannt. Die Arbeiter des Werks streikten Mitte des Monats drei Tage lang, bis ihnen eine Rückzahlung des geraubten Lohns für den 24. August zugesagt wurde. Als aber an diesem Tag das Geld immer noch nicht da war, legten die Kollegen erneut für eineinhalb Tage die Arbeit nieder.

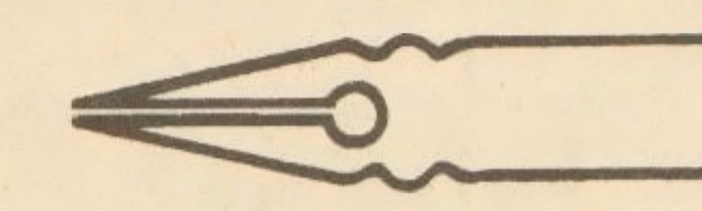
Genau wie bei uns die Bourgeoisie versucht auch in Polen die sozialfaschistische Gierek-Clique die Krise, in der sie steckt, auf den Rücken der Arbeiterklasse abzuwälzen. In Polen wird die Krise noch dadurch verschärft, daß das Land nach Strich und Faden von den Moskauer Sozialimperialisten ausgeplündert wird. Die Gierek-Clique jammert über Rohstoffknappheit. Tatsache ist aber, daß es die Kreml-Herren sind, in deren Händen das Monopol für den Verkauf von Rohstoffen, vor allem für Erdöl, nach Polen liegt. Und sie pressen aus diesem Geschäft Preise heraus, die weit über dem Weltmarktniveau liegen.

Aber die polnischen Revisionisten machen natürlich nicht ihre Oberherren im Kreml, sondern die Arbeiter für die Krise verantwortlich, indem sie demagogisch mit Fehlzeiten der Kollegen ihren Lohnraub begründen. Aber die polnischen Arbeiter lassen sich durch eine solche Demagogie nicht einwickeln. Sie haben jetzt, wie schon so oft zuvor, gezeigt, daß sie für ihre Interessen zu kämpfen bereit sind.

AUS BETRIEB UND GEWERKSCHAFT



Arbeiterkorrespondenzen



Adresse der Redaktion des ROTEN MORGEN:
46 Dortmund 30, Wellinghofer Str. 103, Postfach 30 05 26

Flugblatt der Gewerkschaftsjugend verboten!

Unsere Gewerkschaftsjugendgruppe befaßt sich zur Zeit mit dem Thema Jugendarbeitslosigkeit. Vor einigen Wochen haben wir als erstes Zwischenergebnis ein Flugblatt verfaßt, in dem wir die Ursachen, Folgen und die Situation der Arbeitslosigkeit aufzeigten.

Als Ursache schrieben wir, daß die nicht planmäßige Produktion nach den Bedürfnissen der Menschen die Anarchie in der Produktion hervorruft und dies immer wieder Krisen hervorbringt. Die Auswirkungen davon sind dann Massenarbeitslosigkeit, Produktionsstillegungen, Kurzarbeit und Rationalisierungen, Arbeitshetze. Wir legten weiter dar, daß sich die Kapitalistenklasse ein Heer von Arbeitslosen geschaffen hat, um sie in Lohnauseinandersetzungen als Lohndrücker einsetzen zu können. Darauf können die Arbeiter und Werktätigen nur mit Streik antworten!

Die fortschrittlichen Kollegen unter uns wußten gleich, daß dieses Flugblatt nie genehmigt werden würde. Das brachten wir natürlich auch gleich zur Sprache, und es entfachte sich eine breite Diskussion.

Von den unorganisierten Kollegen kamen sofort spontane Fragen auf wie: „Ja, warum denn nicht? Es stimmt doch alles, was im Flugblatt steht!" oder „Unser DGB vertritt doch die Interessen der Arbeiter, Werktätigen und von uns Lehrlingen. Das kann doch nicht sein!"

Wir begannen die Diskussion damit, daß wir den anderen Kollegen die Rolle des DGB-Apparates als Teil des Staatsapparates klarzumachen versuchten. Streik, Lohnauseinandersetzungen und das Verhalten des DGB demgegenüber waren die Diskussionsthemen. Empörung und Haß gegen den Gewerkschaftsapparat verbreitete sich unter den Kollegen.

Obwohl nach der Diskussion sich alle einig waren, warum das Flugblatt nicht genehmigt werden würde, bestanden einige darauf, daß es dem Gewerkschaftsvorsitzenden am Ort vorgelegt werden sollte, um die Reaktion darauf abzuwarten.

Das Flugblatt wurde noch am selben Abend in den Briefkasten des DGB-Büros geworfen. Am nächsten Morgen kam die Antwort: Der DGB-Vorsitzende rief in der Firma eines Kollegen an und fragte, was dieses Flugblatt sollte.

„Das kann unmöglich an die Öffentlichkeit geraten. Ich will sofort wissen, wer das geschrieben und daran mitgearbeitet hat. Name, Adresse, Funktion. Das wird Folgen haben!!"

Dieses sagte er noch zweimal. Doch als er darauf keine Antwort bekam, legte er den Telefonhörer auf mit den letzten Worten: „Rausschmiß, sage ich nur..."

Der DGB verbot also unser Flugblatt. Bei allen Gewerkschaftern hieß es nun: Jetzt erst recht! Alle standen hinter dem Flugblatt. Alle wollten es verteilen, illegal (der DGB-Kreis hatte inzwischen mit Rausschmiß der Leitung der Jugendgruppe gedroht, weil dieses Flugblatt überhaupt verfaßt wurde, auf jeden Fall aber, wenn es verteilt würde. Weitere sollten ausgeschlossen werden wegen Mitarbeit am Flugblatt — obwohl sie es niemandem beweisen konnten).

Es wurde gedruckt und gezielt verteilt. Der DGB weiß bis heute noch nicht, daß dieses Flugblatt verteilt worden ist (vor allem an Arbeitslose).

Aus den Beiträgen zum Artikelwettbewerb

Ein „großzügiges Angebot" der Betriebsleitung

Vor ein paar Monaten hatten wir in unserer Abteilung eine Unterschriftensammlung gegen die Spätschicht am Samstag durchgeführt. Obwohl alle Kollegen unterschrieben hatten und bereit waren, statt 10% nur noch 6% Schichtzulage zu bekommen, wurde diese berechtigte Forderung mit der Begründung abgelehnt, daß dies in unserer Abteilung nicht möglich sei, da unsere Produktion einer langen kontinuierlichen Phase unterworfen sei, die, um keine Qualitätsschwankungen in Kauf nehmen zu müssen, nicht unterbrochen werden könne.

(Zur Erklärung: Wir haben in unserem Betrieb das Früh-, Nacht-, Spätschichtsystem. Normalerweise endet die Woche mit der Frühschicht mittags um 13.30 Uhr. Es gibt aber einige Betriebe, die am Samstag von 13.30 bis 19 Uhr noch eine verkürzte Spätschicht fahren. Dafür erhalten diese Kollegen eine 10%-Schichtzulage, die anderen dagegen nur 6%.)

Das dies aber nur eine scheinheilige Ausrede der Betriebsleitung war, zeigt sich daran, daß in Zeiten der „Hochkonjunktur" diese Produkte auch noch am Freitag angesetzt wurden, obwohl am Samstag abgestellt wurde!

An diesem Wochenende nun mußten wir erfahren, daß dies nicht immer so sein sollte. Auf der Spätschicht am Freitag kam der Meister zu uns und teilte uns mit, daß er beabsichtigt, an diesem Samstag die Spätschicht auf den Samstagmorgen vorzuverlegen, d. h. also, daß Früh- und Spätschicht zusammenarbeiten und 13.30 Uhr Arbeitsschluß ist.

Der Grund dafür ist, daß unser Schichtführer in Urlaub ging und daß sein Stellvertreter einige Tage vorher einen Betriebsunfall hatte. Da kein anderer Schichtführer bereit war, Spätschicht zu machen, war also unsere Schicht ohne verantwortliche Kraft. So weit, so gut.

Zu dieser Verlegung waren wir dann auch alle bereit, bis der Meister mit einem „Sonderangebot" kam: Für die nächsten drei Wochen sollten uns nur noch 6% Schichtzulage gezahlt werden, da die Samstagsspätschicht ja nun ausfallt!

Für unsere Bereitschaft, von der Freitagspätschicht direkt auf die Samstagsfrühschicht zu wechseln, sollten wir also mit einem Lohnraub von ca. 50 DM belohnt werden!

Daß wir dieses „großzügige Angebot" geschlossen ablehnten, war für die Betriebsleitung eine große Überraschung. Damit hatte sie nicht gerechnet! Nach langem Überlegen wurde dann ein Vorarbeiter der Normalschicht gezwungen, am Samstagnachmittag zu arbeiten.

Im Laufe dieses Freitags wurde dann aber noch ein weiterer Grund für dieses Angebot sichtbar. Wie sich herausstellte, wurde schon in der Nacht von Freitag auf Samstag die letzte Apparatur abgestellt — damit war die Produktion beendet. Die Samstagsspätschicht sollte also einsparen und die Kollegen um ihr Geld betrogen.

Ein revolutionärer Kollege von Cassella (Farbwerke Höchst, Ffm)

Boykottiert die Aufsichtsratswahlen!

Fortsetzung von Seite 1

gibt wenige Industrien, in denen so viele Kollegen durch Arbeitsunfälle ein schreckliches Ende finden oder verstümmelt werden, wie in den Hüttenwerken oder im Bergbau.

Die Versprechungen und Parolen der Verteidiger der Mitbestimmung stehen in einem offensichtlichen Gegensatz zu den realen Tatsachen. Liegt das nur daran, daß keine ehrlichen Arbeiter in den Mitbestimmungssesseln sitzen, sondern nur DGB- und Betriebsratsbonzen, die nur ihre eigene Karriere, ihren gutgepolsterten und gutdotierten Posten im Kopf haben? Nein! Die DGB-Bonzen lügen uns bewußt etwas vor! Wenn man einmal genauer betrachtet, welche Rolle der Aufsichtsrat zu spielen hat, welche Gesetze ihn als Gremium für die Durchsetzung der Profitinteressen der Kapitalisten absichern, dann zeigt sich, daß die Mitbestimmung praktisch nur zum Nutzen der Kapitalisten sein kann.

Das Gesetz, das in erster Linie die Rolle des Aufsichtsrates festlegt, ist das Aktiengesetz. Beispielsweise wird im Aktiengesetz festgelegt, daß Aufsichtsratsmitglieder, „die ihre Pflichten verletzt haben", die „zum Schaden der Anteilseigner" (also der Aktionäre) handeln, dem Unternehmen zu Schadenersatz verpflichtet sind. Nach dem Aktiengesetz verletzt ein Aufsichtsratsmitglied „seine Pflichten" u. a. dann, wenn er ein „Betriebs- und Geschäftsgeheimnis" weitersagt, also dann, wenn er z. B. die Belegschaft über geplante Stillegungen und Massenentlassungen oder über Rationalisierungsmaßnahmen informiert. Zusätzlich droht ihm dann laut Aktiengesetz auch noch eine Gefängnisstrafe bis zu zwei Jahren!

„Verletzung der Pflichten" — das bezieht sich auf alles, was die Profiterwartungen der Kapitalisten beeinträchtigt. Wenn z. B. ein Aufsichtsratsmitglied seine Position ausnutzen würde, um zu verhindern, daß den Arbeitern Zeitnehmer auf den Hals gehetzt werden, wenn er versuchen würde, die „Einsparung überflüssiger Arbeitsplätze" zu verhindern usw. usf. Man könnte da viele Beispiele nehmen. Praktisch kann ein Aufsichtsratsmitglied sich nur für die Verschärfung der Ausbeutung bzw. die Erhöhung der Profite der „Anteilseigner" einsetzen, will er nicht Schadenersatzforderungen oder sogar Gefängnisstrafen riskieren.

Im übrigen aber wird durch das Aktiengesetz gesichert, daß ein Aufsichtsratsmitglied jederzeit auf Antrag der Aktionäre, des Vorstands oder eines Teils des Aufsichtsrats gerichtlich „abberufen", also hinausgeworfen werden kann. Im Gesetz heißt es dazu, daß ein „wichtiger Grund" vorliegen muß. Man kann sich leicht ausrechnen, worin solch ein „wichtiger Grund" besteht. Denken wir an die Arbeitsgerichtsurteile, nach denen ein „wichtiger Grund" für eine fristlose Entlassung bereits dann vorliegt, wenn ein Arbeiter nur den Verrat von Betriebsratsbonzen öffentlich beim Namen nennt. Geschweige denn, wenn man die Kollegen dazu aufruft, durch Kampfmaßnahmen wie Streiks gegen Angriffe der Unternehmer zu kämpfen. Die bürgerliche Klassenjustiz wird natürlich die Kapitalisten nicht im Stich lassen, wenn es einmal darum geht, einen Aufsichtsrat, der ihnen nicht in den Kram paßt, loszuwerden.

Ein klassenbewußter Kollege wird schon gar nicht versuchen, in den Aufsichtsrat zu kommen, weil der Aufsichtsrat ein reiner Ausschuß der Unternehmer zur Planung ihrer Geschäfte, zur Planung der Ausbeutung der Arbeiter ist, weil es da nichts anderes „mitzubestimmen" gibt, als wie man noch mehr Profit aus der Belegschaft herauspressen kann. Davon abgesehen sind aber die Chancen, daß ein fortschrittlicher oder gar kommunistischer Kollege überhaupt in den Aufsichtsrat hineinkommt, minimal. Die Wahlen finden unter der Knute der Kapitalisten statt. Bekanntlich versuchen sie ja schon bei Betriebsratswahlen mit Drohungen und Erpressungen bis hin zu Entlassungen und Werksverbot sicherzustellen, daß nur Leute hineinkommen, die für sie ungefährlich sind. Die Kapitalisten und der DGB-Apparat würden also im Falle eines Falles alle Register ziehen, um die Wahlen so durchzuziehen, daß das Ergebnis dann ihren Wünschen entsprechend ausfällt.

Und von all diesen Machtmitteln und Möglichkeiten abgesehen, der Aufsichtsratsposten ist natürlich ein gutgepolsterter Sessel. Da werden fette Bezüge gezahlt. Nach dem Aktiengesetz können die Aufsichtsräte auch eine Beteiligung am Jahresgewinn erhalten. Es ist bekanntlich eine alte Methode der Herrschenden, sich einzelne Leute aus den Reihen der Ausgebeuteten und Unterdrückten zu kaufen, indem sie ihnen Privilegien einräumen. So züchten sie die Kapitalisten — denken wir nur an freigestellte Betriebsräte, an die Bonzen im Gewerkschaftsapparat — „Arbeitnehmervertreter" heran, die zwar oft pseudoradikal herumtönen, denen aber in Wahrheit nichts ferner liegt, als sich wirklich für unsere Interessen einzusetzen.

Mit der Etablierung der „Arbeitnehmerbank" in den Aufsichtsräten wird das Gezücht von privilegierten „Interessenvertretern", die der Arbeiterschaft entstammen, sich aber zu Handlangern der Ausbeuter und Unterdrücker machen, ausgeweitet. Die Kapitalisten spekulieren darauf, daß solche Arbeiterverräter durch geschicktes Auftreten sich wenigstens zeitweise noch ein gewisses Vertrauen in den Belegschaften erschleichen können, was dann gute Dienste leistet, um den Widerstand gegen Ausbeutung und Unterdrückung abzuwiegeln und „Ruhe und Ordnung" im Betrieb zu halten.

So wird durch die Mitbestimmung systematisch die bestochene „Arbeiteraristokratie" ausgeweitet, die aufs engste mit dem reaktionären DGB-Apparat verfilzt ist, und die darüber mitbestimmen darf, wie man am geschicktesten vorgeht, um die Ausbeutung im Betrieb zu verschärfen und noch höhere Profite aus den Knochen der Arbeiter herauszuschinden. Durch die Mitbestimmung wird die Verflechtung, das Verwachsen des DGB-Apparates mit dem Kapitalismus, mit den Konzernen und dem Finanzkapital noch verstärkt, wird die Stellung und der Einfluß der Gewerkschaftsbonzen wirtschaftlich und politisch ausgebaut. Das ist natürlich ein wichtiger Grund, warum die Loderer, Vetter und Konsorten, die überdies ja selbst Kapitalisten, Herren eines der größten Konzerne sind, so brennend an der Mitbestimmung interessiert sind. Lassen wir uns nichts vormachen! Das Geschwätz von Gleichberechtigung zwischen Kapitalisten und Arbeitern ist nichts als Schwindel, mit dem die Arbeiter vom unversöhnlichen Klassenkampf abgehalten werden sollen. Die Mitbestimmung soll die Ideologie der „Sozialpartnerschaft", die Politik der Klassenversöhnung in der Arbeiterschaft verankern, damit die Arbeiter nicht gegen das kapitalistische Ausbeutersystem, für den gewaltsamen Sturz der Herrschaft der Kapitalistenklasse kämpfen, damit sie nicht den Weg der sozialistischen Revolution gehen, den einzigen Weg zur Befreiung von Ausbeutung und Unterdrückung.

Wie kann der Ausgebeutete denn jemals mit seinem Ausbeuter gleichberechtigt sein? Im Kapitalismus bleibt der Arbeiter, der kleine Angestellte immer der Lohnsklave, der gezwungen ist, seine Arbeitskraft an die Kapitalisten zu verkaufen, wenn er überhaupt leben will. Darüber soll das Gerede von „Demokratisierung der Wirtschaft" uns täuschen. So sollen wir mit Ausbeutung und Unterdrückung versöhnt werden.

Die Mitbestimmung nützt nur der Bourgeoisie und den Komplizen und Handlangern der Kapitalisten vom DGB-Apparat. Sie soll uns daran hindern, uns kompromißlos gegen die Angriffe der Kapitalisten und ihrer Handlanger zu wehren und unsere Interessen zu verteidigen. Wir sollen darauf verzichten, durch militante, revolutionäre Kämpfe unsere Forderungen durchzusetzen. Deshalb sichert die Mitbestimmung auch keineswegs Arbeitsplätze, wie uns die DGB-Bonzen immer einreden wollen. Sie verbessert unsere Lage nicht im geringsten, sondern ist eine Waffe der Kapitalistenklasse, um uns zu unterdrücken und unsere Kämpfe gegen Ausbeutung und Unterdrückung zu schwächen und zu untergraben. Bei den Aufsichtsratswahlen, den Wahlen für die sogenannte „Arbeitnehmerbank" haben wir Werktätigen nichts zu gewinnen. Deshalb vertreten wir Kommunisten den Standpunkt, daß es richtig ist, diese Wahlen zu boykottieren.

Protest gegen Kokerei-Stillegung

Wir berichteten vor kurzem im „Roten Morgen", daß die Ruhrkohle AG im Ruhrgebiet fünf Kokereien stillegen will. Das bedeutet, daß 2.000 Arbeitsplätze vernichtet werden sollen. Betroffen ist auch die Kokerei König Ludwig in Recklinghausen, auf der 400 Arbeiter beschäftigt sind. Für diese Kollegen gibt es keine gleichwertigen Arbeitsplätze mehr. Sie sollen verlegt werden. Da aber auch die Schachtanlage Ewald-Fortsetzung in Recklinghausen auf der Abschußliste steht, werden die Kollegen bestenfalls Arbeitsplätze in Gelsenkirchen, ansonsten aber im Dortmunder Raum erhalten. Was das bedeutet, kann man sich ausmalen! Der Arbeitstag verlängert sich durch längere Anfahrtszeiten um Stunden. Dazu kommen Lohneinbußen und die Aussicht, in absehbarer Zeit endgültig arbeitslos zu werden.

Als vor kurzem eine Belegschaftsversammlung für die Kollegen der Kokerei stattfand, waren vor dem Veranstaltungslokal auch Genossen der Partei erschienen, um unter den Kumpels zu agitieren. Sie verteilten ein Flugblatt der Partei, in dem zum Kampf gegen die Stillegung aufgerufen wurde.

Auf der Versammlung versuchten Vertreter der Ruhrkohle AG und Bonzen der IG Bergbau die Kollegen von der „Notwendigkeit" der Stillegung zu überzeugen. Als die Diskussion freigegeben wurde, meldete sich ein junger Kollege, der die Methoden der Kapitalistenvertreter und Gewerkschaftsbonzen entlarvte und anprangerte, daß die „Arbeitnehmervertreter" im Aufsichtsrat der Stillegung zugestimmt hatten. Der Kollege rief die Kumpels auf, gegen die Stillegung den Kampf aufzunehmen. Die Bonzen wurden durch diese Rede eines klassenbewußten Arbeiters so nervös, daß sie danach die Versammlung einfach abbrachen, obwohl sich noch mehrere Kollegen zu Wort gemeldet hatten.

Interview mit Mannesmannarbeiter

Sozialplan gegen den Willen der Kollegen

Seit Monaten kämpfen die Arbeiter und kleinen Angestellten der Mannesmann Stahl- und Röhrenwerke in Düsseldorf-Reisholz gegen die geplante Stillegung dieses Betriebes. Die Arbeitsplätze von 1.800 Kollegen werden durch die Stillegung vernichtet. Der Gewerkschaftsapparat der IG Metall und der Betriebsrat unterstützen den Kampf für die Erhaltung der Arbeitsplätze nicht — im Gegenteil. Sie wiegeln ab und versuchen die Kollegen mit der Stillegung auszusöhnen. Jetzt haben sie mit den Mannesmann-Kapitalisten einen Sozialplan ausgeheckt, der laut bürgerlicher Presse „die Reisholzer Arbeiter aufatmen läßt". Aber in Wahrheit ist dieser Sozialplan das Ergebnis eines miesen Kuhhandels der Kapitalisten und Arbeiterverräter (siehe dazu das Flugblatt der Partei rechts im Kasten). Er enthält Bestimmungen, die für die Kollegen unannehmbar sind, die den Kapitalisten praktisch die Möglichkeit geben, einen Teil der Kollegen sogar noch um ihre Abfindung zu betrügen.

Der „Rote Morgen" hat einen älteren Arbeiter interviewt, der schon seit über 20 Jahren bei Mannesmann-Reisholz arbeitet. Der Genosse hat sechs Kinder zu Hause, die er versorgen muß. Jahrelang hat er als Rohrzieher schwerste körperliche Arbeit gemacht. Heute, wo er 50 ist, spürt er es in den Knochen. Früher hat er in der alten, revolutionären KPD gekämpft. Heute unterstützt er die KPD/ML. Er und seine Frau sind in Reisholz groß geworden, und sie wollen um keinen Preis raus aus dem Stadtteil.

RM: Genosse, letzte Woche ist mit viel Tamtam der Sozialplan veröffentlicht worden. Welche Bedeutung hat er für die Arbeiter?

Genosse: Der Sozialplan ist von vorne bis hinten ein Betrug an den Beschäftigten des Werkes. Er liegt jetzt in der vierten Neufassung vor, um uns weiszumachen, er sei jetzt wirklich verbessert. Wenn man aber einige Punkte herausgreift, sieht man schon, woher der Wind weht.

Da ist eine Klausel von der „Zumutbarkeit" in bezug auf angebotene Ersatzarbeitsplätze in anderen Mannesmann-Betrieben. Nach dieser Klausel kann man erst nach anderthalb Jahren eine Arbeitsstelle als unzumutbar ablehnen. Solange kann man hin und her geschoben werden und zu jeder Dreckarbeit gezwungen werden. So versucht man dann Kollegen dahin zu bringen, lieber selbst die Papiere zu nehmen...

Im übrigen: Bekommt man einen Arbeitsplatz in Rath oder Ohligs (zwei Düsseldorfer Stadtteile, in denen es ebenfalls Mannesmann-Betriebe gibt — RM), dann gilt kein Sozialplan. Wenn man dann wieder entlassen wird, dann steht man auf der Straße und ist von Mannesmann auch noch um die miese Abfindung (5.000 DM bei fünf Jahren Werkszugehörigkeit) betrogen worden.

Die meisten Kollegen haben Werkswohnungen. Da wurde nun das Wohnrecht von drei auf sechs Jahre erhöht. Das hört sich vielleicht gut an, aber es ist unverschämt. Denn meiner Meinung nach sollte es ja wohl selbstverständlich sein, daß man einen unbegrenzten Anspruch auf seine Wohnung hat.

Mancher Kollege, der nach Lierenfeld (ebenfalls ein Stadtteil, in dem sich ein Mannesmannwerk befindet — RM) oder Rath kommt, wird bis zu zwei Stunden länger am Tag zum Arbeitsplatz unterwegs sein. Das wird in dem Sozialplan aber einfach übergangen.

Die Beispiele, die ich jetzt genannt habe, sollen zeigen, daß dieser Sozialplan im Grunde ein Hohn auf unsere Interessen ist. Schon schlimm genug, daß es überhaupt einen Sozialplan gibt, aber nun auch noch einen solchen!

Die Kollegen waren klar gegen Verhandlungen über einen Sozialplan. Sie haben gefordert: Reisholz muß erhalten werden — keine Stillegung! Was die Bonzen jetzt ausgehandelt haben, hat mit dem Willen der Kollegen nichts zu tun!

RM: Was ist deine Meinung über die Politik von IG Metall, Betriebsrat und DKP, die ja in Worten alle gegen die Stillegung waren?

Genosse: Alle Kollegen fühlen sich von der IG Metall und ihren Vertretern verraten und verkauft. Viele Kollegen haben sich schon den Austritt aus der IGM überlegt. Das gilt auch für die Kollegen, die noch auf die SPD vertraut hatten. Aber schöne Worte vom Aufschwung, dagegen steigende Arbeitslosigkeit, Stillegungen usw. in der Realität — das hat vielen die Augen geöffnet.

Der Gewerkschaftsapparat hat sich ja offen gegen die Kollegen gestellt. Einerseits haben die Bonzen in Worten ja immer radikal getönt. Aber der IGM-Chef von Düsseldorf hat direkt gesagt, es könne keine Unterstützung für einen Streik geben, Streik sei illegal.

Und die DKP hat den Gewerkschaftsbonzen immer den Rücken gestärkt. Uns wollte sie zur „Verfassungstreue" aufrufen und uns weismachen, wir hätten laut Landesverfassung ein Recht auf Arbeit. Als Arbeiter weiß ich aber, daß das Recht auf Arbeit im Kapitalismus höchstens auf dem Papier steht. Wir sehen es doch hier bei Mannesmann! Wo ist denn unser Recht auf Arbeit?

RM: Genosse, Du bist während des Kampfes gegen die Stillegung in Kontakt mit der KPD/ML gekommen. Wie siehst Du den Kampf der Partei?

Genosse: Die KPD/ML war die einzige Partei, die von Anfang an gezeigt hat, daß wir Arbeiter mit dem Kapital nichts gemeinsam haben. Nicht nur ich, auch viele Kollegen sehen jetzt an ihren Erfahrungen in Reisholz, daß „Sozialpartnerschaft", „friedliches Zurückdrängen der Macht der Monopole" usw. alles Unfug ist und uns nur ruhig halten soll. Gegen diese Herren kann man letztlich nur gewaltsam vorgehen. So brutal wie das Kapital uns gegenüber ist, müssen wir ihm gegenüber auch sein.

Katzer von der CDU sagte im Fernsehen, er befürchte, daß bei weiterer Verschlechterung der „Arbeitsmarktsituation" mehr und mehr Kommunisten zu Betriebsräten gewählt werden. Wir Arbeiter „fürchten" das gar nicht, wir werden uns dafür einsetzen.

Nur Kommunisten sind konsequent auf unserer Seite und machen dem Kapital keine Zugeständnisse. Die KPD/ML hat von vornherein jede Abwiegelei scharf angegriffen. Ich war schon seit meiner Jugend in der KPD. Mein Vater war auch Kommunist. Deshalb kann ich heute nur die KPD/ML unterstützen. Die DKP hat Marx von Anfang an verraten und predigt Eintracht von Kapital und Arbeit.

RM: Vielen Dank, Genosse, für dieses Gespräch.

Arbeiter von Meister in den Tod geschickt

Staatsanwalt vertuscht das Verbrechen

Korrespondenz. **Der „Rote Morgen" berichtete vor längerem über den Tod des 27jährigen Malers Hans-Martin Schröder, der sein Leben bei einem Arbeitsunfall auf der AG-Weser-Werft in Bremen verlor. Hans-Martin war allein in einen ungelüfteten Fahrstuhlschacht geschickt worden, wo er Farbe spritzen mußte. Von den sich dabei entwickelnden Dämpfen wurde er ohnmächtig und später starb er.**

Jeder Maler weiß, daß bei solchen Arbeiten ein Kollege nie allein gelassen werden darf. Auch nach den Vorschriften der Berufsgenossenschaft muß immer ein zweiter Mann dabei sein, der den anderen im Falle einer Ohnmacht aus der Gefahrenzone bringen oder aber sofort Hilfe herbeiholen kann. Als Hans-Martin Schröder an jenem Morgen den zweiten Mann verlangte, antwortete der Meister: „Vor dem Tor stehen genug Arbeitslose, die darauf warten, daß deine Stelle frei wird."

Heute sprach ich nun mit dem Vater von Hans-Martin, der wie auch die Mutter seit dem Tod des Sohnes ein gebrochener Mensch ist. Die Eltern haben sich nicht damit abgefunden, daß man ihren Sohn wie Freiwild in den Tod geschickt hat. Aus diesem Grund war der Vater neulich bei dem Staatsanwalt, der in diesem Fall die Ermittlungen führt.

Er habe zwei Kriminalbeamte eingesetzt, die die Untersuchung auf der Werft durchführen, behauptete der Staatsanwalt. Man bedenke: Der Vorfall liegt jetzt fast anderthalb Jahre zurück. Herr Schröder wies den Staatsanwalt auf die Verantwortung des Meisters hin, der seinen Sohn direkt in den Tod geschickt hatte.

„Lassen Sie den Mann in Ruhe", sagte der Staatsanwalt, „er hat sich damals vier Tage krank schreiben lassen, so war er mit den Nerven runter. Der Mann hat genug gelitten."

Herr Schröder, der empört war, zeigte dem Staatsanwalt die Ausgabe des „Roten Morgen", in der der Bericht über den Mord an seinem Sohn abgedruckt ist. Erschrocken fragte der Staatsanwalt: „Woher wissen denn die das?"

„Ja", sagte Herr Schröder, „das ist die einzige Zeitung, die etwas darüber brachte."

Nach dem Tod seines Sohnes hatte Herr Schröder bei der „Bild"-Zeitung angerufen. Der zuständige Redakteur erklärte jedoch, „Bild" könne nichts darüber bringen, denn es liege ein Schreiben der AG Weser vor, wonach Presseberichte über den Fall nicht erwünscht seien, da die Untersuchung noch nicht abgeschlossen sei.

„Ich habe Leute an der Hand", sagte Herr Schröder zum Staatsanwalt, „die können jeden Tag vor dem Werfttor stehen und für meinen Jungen gutsprechen!" Damit meinte er die KPD/ML.

„Tun Sie das nicht!" beschwor ihn der Staatsanwalt.

Für Herrn Schröder ist nun klar geworden, daß die bürgerliche Presse und die Justiz mit dem Kapital unter einer Decke stecken, wenn es darum geht, einen aus Profitgier begangenen Mord an einem Arbeiter durch die Kapitalisten zu vertuschen.

Herr Schröder lernte jedoch auch die Solidarität und das Klassenbewußtsein der Werftarbeiter kennen. Er berichtete mir, daß zur Beerdigung seines Sohnes 500 Menschen kamen, meistenteils Kollegen von der AG Weser. Auf dem Grab seines Jungen stehen immer wieder frische Blumen, die Arbeitskollegen und Kameraden aus dem Sportverein hinstellen.

Aus unseren Betriebs- und Stadtteilzeitungen

Sozialplan bei Mannesmann-Reisholz

Ein übler Kuhhandel

Flugblatt der Ortsgruppe Düsseldorf

„Reisholzer Arbeiter atmen auf", konnte man letzte Woche in den Zeitungen lesen. Wird Reisholz etwa nicht stillgelegt? Das wohl, aber seid wann stände das denn zur Debatte für diese Herren? Nein, ein neuer Sozialplan ist verabschiedet. Die Reisholzer Kollegen sind jetzt „ganz fein raus": Sie haben eine Garantie in der Tasche nicht einfach für neue Arbeit bei Mannesmann, sondern sogar für einen zumutbaren neuen Arbeitsplatz. Falls es damit nicht klappt, können sie immer noch die fetten Tausender Abfindungssumme kassieren und sich in aller Ruhe neue Arbeit suchen.

Ginge es nach den Worten nicht nur dieser bürgerlichen Schreiberlinge, sondern auch von Betriebsrats- und IGM-Bonzen, könnte man fast meinen, die Stillegung wäre eine gute Tat. Mannesmann macht ein Werk mit z. T. ganz modernen Anlagen dicht, 1.800 Arbeiter werden wie ein Dreck „wegrationalisiert" — das ist ein kleiner Klacks.

„Kein Bedarf mehr, da und da kannst du noch unterkommen, wenn's dir nicht paßt, kannst ja gehen — es sind ja außer dir nur noch Tausende Arbeitslose, die keine Stelle finden. Deine Familie? Du wohnst hier? Mußt eben umziehen, dich von der Familie trennen — Wohnungen gibt's im übrigen massig und sehr preiswert dazu. Dein Sohn will hier mit der Lehre anfangen? Der lernt eben Metzger statt Maschinenschlosser, vielleicht auch Schlangesteher beim Arbeitsamt als einer von 120.000 Jugendarbeitslosen — soll nicht so anspruchsvoll sein, der Junge."

Wir sind jetzt aus dem Schneider

wollen sie uns weismachen.

„Verantwortungsbewußt" haben sie „geduldig um Verbesserungen gestritten" und „in langen und harten Verhandlungen" den Kapitalisten einen hervorragenden neuen Sozialplan „abgerungen".

Diese Verräter,

— die immer nur dafür „geduldig gestritten" haben, jede Kampfaktion gegen die Stillegung zu sabotieren („Streik ist illegal", Ippers)

— die sich „verantwortungsvoll" um Ruhe und Ordnung für die Profitsanierung von Mannesmann gesorgt und uns auf Bittgesuche an Kapitalisten und Staat vertröstet haben

— die „in zähem Ringen" (gegen die Empörung der Kollegen) noch im Juni kaltlächelnd gelogen haben, es gäbe gar keinen Sozialplan, als sie in Wahrheit bereits die 4. Fassung in ihren Geheimverhandlungen mit den Kapitalisten ausgemauschelt hatten

— diese Betrüger und Handlanger der Geschäftsleitung haben jetzt auch noch die Stirn, sich als „Kämpfer" für die Interessen der Kollegen hinzustellen!

„Linke Schreihälse haben nichts erreicht"

Hetzereien gegen den Kampf der Arbeiterklasse vom Stapel zu lassen, war schon immer ihre erste Sorge.

Es lohne gar nicht, einen wirklichen Kampf zu führen, man müsse nur mit den Kapitalisten „vernünftig reden", um Erfolge zu erreichen. Daß die Kollegen darauf reinfallen, hätten sie gerne.

Aber ebensowenig, wie sich Mannesmann durch Geheimverhandlungen zu Zugeständnissen „überreden" läßt, wird ein Felsklotz in Tränen ausbrechen.

Die Kampfbereitschaft und die Wut der Kollegen, über die Stillegung und die letzte unverschämte Fassung des Sozialplans, war es, was den Kapitalisten zu gefährlich wurde.

Aus Angst vor Kampfmaßnahmen der Kollegen haben sie im neuen Sozialplan eine höhere Abfindungssumme zugestanden. Warum konnte denn sonst — bei einem so „verantwortungsbewußten" Betriebsrat im vorigen Sozialplan nur die jämmerliche Abfindungssumme von 2.300 DM herauskommen?

Weil Kapitalisten wie Betriebsratsbonzen nur nach einer Kalkulation handeln: Jeder Groschen, den Mannesmann zahlen muß, ist eigentlich zuviel.

Jeder Pfennig wird nur rausgerückt, um „Schlimmeres" zu verhindern. Schlimm wäre es für dieses Gesindel aber sehr, wenn ihre „Trostpflaster" nichts mehr bewirken würden und sie vor Streik und Werksbesetzung gegen die Stillegung ständen!

Das dicke Geld für die Arbeiter?

Sicher, die Abfindung ist erhöht worden, Für Kollegen ab 45 Jahren bedeutet das eine beträchtliche Summe.

Aber die kapitalistische Krise verschärft sich und wird nicht nächstes Jahr beendet sein. Nicht nur bei Mannesmann wird stillgelegt und rationalisiert. Die Zahl der Arbeitslosen steigt. Gerade ältere Arbeiter können lange suchen. Viele finden nie einen neuen Arbeitsplatz.

Das „dicke Geld" — über Jahre berechnet, schrumpft es zu einem mageren Sümmchen und davon soll die Familie ernährt werden...

Grundlegende Verbesserungen?

Die Kollegen, die bereits umgesetzt sind, können davon ein Lied singen: Viele bekamen die schwerste und dreckigste Arbeit z. B. in Lierenfeld.

Schinderei? Schaffst du nicht? Antreten zum Halle fegen...

Fein säuberlich ist dazu der entsprechende Paragraph im Sozialplan eingebaut: „Zumutbarkeit" des neuen Arbeitsplatzes liegt für Kapitalisten und Betriebsratsbonzen auch dann vor, wenn sie erst durch mehrere Umsetzungen innerhalb von 18 Monaten „erreicht wird".

Klartext: 1 1/2 Jahre können sie dich erst mal die härteste Dreckarbeit machen lassen. Erst dann geben sie dir überhaupt das „Recht", deine Arbeit für unzumutbar zu erklären.

Und wer entscheidet darüber? Geschäftsleitung und Betriebsrat! Da sitzen dann also die Herren vom Vorstand, die dir noch die letzte Knochenarbeit als „zumutbar" angepriesen haben und Betriebsräte wie z. B. Christiansen aus Rath, der die Stillegung von Reisholz von Anfang an gutgeheißen hat, für den alles „zumutbar" ist, was die Kapitalisten für notwendig befinden.

„Arbeitsplatzgarantie" — so bezeichnen die Kapitalisten und ihre Handlanger höhnisch die Wahl zwischen dem schlechtesten Arbeitsplatz oder der Entlassung, die sie uns „freistellen".

der einzige Weg: revolutionärer Klassenkampf

In Lierenfeld schwirren Stillegungsgerüchte herum: Bei Mannesmann-Huckingen soll die Kurzarbeit, nachdem sie schon drei Monate gelaufen ist, noch weiter verlängert werden.

In dieser Situation kommt es den Kapitalisten sehr zupaß, wenn ein Kollege vom anderen seinen Arbeitsplatz bedroht sieht. So wollen sie uns kleinkriegen, indem sie einen Kollegen gegen den anderen aufhetzen und ablenken von der Ursache für Kurzarbeit und Massenentlassungen, ihrer Gier nach höchsten Profiten und dem kapitalistischen Profitsystem, das gesetzmäßig Krisen, Rationalisierung und Stillegung hervorbringt.

Nur gemeinsam sind wir stark! Das weiß jeder klassenbewußte Arbeiter. Nur im Vertrauen auf die eigene Kraft im unversöhnlichen Klassenkampf gegen die Kapitalisten, gegen alle Verräter aus Betriebsrat und Gewerkschaftsapparat können wir Stillegungen und Massenentlassungen verhindern, können wir unsere Lage wirklich verbessern und unsere Arbeitsplätze verteidigen.

Revisionistisches

BILLY GRAHAM IN UNGARN

„Maschinengewehr Gottes", so nennt sich der berüchtigte amerikanische Prediger Billy Graham. Tatsächlich ist dieser Mann eine der widerlichsten Dreckschleudern des USA-Imperialismus, ein unermüdlicher Hetzer gegen die Arbeiterklasse, gegen die Bewegung der Afroamerikaner, gegen alles, was revolutionär und fortschrittlich ist. Graham konnte sich stets der Freundschaft der amerikanischen Präsidenten rühmen, vor allem mit Nixon verbanden ihn wohl besonders enge Beziehungen. Dieser Mann reiste um die Welt, rührte überall die Propagandatrommel für die amerikanischen Aggressionen gegen die um Befreiung ringenden Völker. Denn den Kampf gegen den Kommunismus, das hat sich dieser Pfaffe zur Lebensaufgabe gemacht.

Jetzt ist er wieder auf Tournee. Und bei einem seiner reaktionären Haßausbrüche konnte er vor 15.000 Jugendlichen sprechen. In Südkorea? In Chile oder Südafrika? Nein, er hatte seinen Auftritt in einem Jugendlager in der Nähe von Budapest. Offenbar genügen den ungarischen Revisionisten die katholischen und evangelischen Pfaffen im eigenen Land nicht mehr, so daß sie jetzt den Prediger Graham durch die Jugendlager schicken.

Und was bezwecken sie damit? Ihnen ist jeder reaktionäre Demagoge, jede konterrevolutionäre Ideologie recht. Ihnen geht es darum, der Verbreitung des Marxismus-Leninismus unter den werktätigen Massen entgegenzuwirken. Und so beleben sie den religiösen Aberglauben, züchten sie den bürgerlichen Nationalismus, öffnen sie die Grenzen für jede reaktionäre Idiotie aus dem Westen, alles in der Hoffnung, damit die Massen zu verwirren, ihr gesundes Denken zu zersetzen.

Und so dienen den revisionistischen Machthabern diese reaktionären Ideologen wie der Prediger Graham oder auch ihre einheimischen Pfaffen, auch dann, wenn sie ihre „Opposition" zum Regime herausstellen, dazu, ihre sozialfaschistische Herrschaft über das Volk aufrechtzuerhalten. Denn wenn die revisionistischen Bonzen und die Kirchenfürsten auch einige Differenzen untereinander haben mögen, so sind sie sich doch einig im Haß gegen das Volk, im Haß gegen die Revolution und den Kommunismus.

BÜNDNISPARTNER PAPST

Die Einheitsfront von „Kommunisten, Sozialdemokraten und Christen" fordern die modernen Revisionisten der DKP. Nun meinen sie mit Kommunisten bekanntlich sich selbst und Einheit mit den Sozialdemokraten bedeutet für sie das Bündnis mit den reaktionären Führern von SPD und DGB, das sie gerne im breiten Maßstab wie ihre französischen und italienischen Gesinnungsfreunde verwirklichen möchten. Was es mit den Christen auf sich hat, mit denen sie sich zusammenschließen wollen, darüber gab jetzt ein Artikel in der „UZ" Aufschluß:

> **Papst Paul VI: Recht auf Arbeit für alle**
>
> **Castelgandolfo. UZ** — Das Menschenrecht auf Arbeit hat jetzt auch Papst Paul VI. unterstrichen und dabei besondere Anstrengungen gefordert, um Arbeitsplätze für Jugendliche zu schaffen. In seiner [illegible] ...ie. Indirekt kritisierte der Papst auch die selbstherrliche Herrschaft des Kapitals, indem er sich für eine Überwindung der Klassengegensätze aussprach.
>
> Mit seinen Äußerungen ging Papst Paul VI. auf Forderungen ein, die von Millionen Werktätigen in den kapitalistischen Ländern seit langem in [illegible] ihres

Der ersehnte Bündnispartner ist der Papst selbst. Die DKP entdeckte in ihm einen Kämpfer für das Recht auf Arbeit und einen Kritiker des Kapitalismus.

Worin seine Kritik besteht? Er hat sich „für die Überwindung der Klassengegensätze" ausgesprochen. Natürlich, für die Pfaffen war der Klassenkampf schon immer eine gottlose Sache. Wenn die DKP darin eine Kritik am Kapitalismus entdeckt, dann zeigt das nur einmal mehr, daß diese Leute schließlich auch Prediger der Klassenversöhnung sind.

Niederträchtige Propaganda aus Bonn

Gehen die Werktätigen zuviel zum Arzt ?

Seit Monaten betreibt der Bonner Staat mit Hilfe seiner redegewandten „Meinungsmacher" und Soldschreiber in Presse, Funk und Fernsehen eine gemeine und verlogene Propaganda gegen die Gesundheit des werktätigen Volkes. Motto: „Eindämmung der Kostenexplosion im Gesundheitswesen." Auftraggeber sind die Hintermänner der Bonner Regierung, die Krupp, Thyssen, Schleyer und Konsorten. Den Konzernherren ist das bißchen Gesundheit unseres werktätigen Volkes zu teuer geworden. Damit die Steuermilliarden noch ungehemmter und direkter in ihre Taschen fließen können, sollen die „kleinen Leute", die Arbeiter und Angestellten, die Rentner, die Arbeiterkinder nicht mehr zum Arzt gehen, sollen sie auf notwendige Medikamente verzichten, soll mit ihrer Gesundheit noch skrupelloser Schindluder getrieben werden als bisher.

Grob gesagt lautet diese hinterhältige Propaganda so: Die Leute seien zimperlich geworden, würden wegen jedem Wehwehchen gleich zum Arzt rennen, wollten teuere Medikamente verschrieben bekommen. usw. Das ist eine unverschämte Verleumdung der werktätigen Massen. Eine Verleumdung, die ausgerechnet von jenen Herrschaften in die Welt gesetzt wird, die sich ausschließlich in exklusiven Privatkliniken oder auf Privatstationen behandeln lassen, die sich monatelang an den teuersten Kurorten herumtreiben, die niemals im Lärm und Dreck der kapitalistischen Knochenmühlen schuften müssen, sondern, wenn sie überhaupt etwas tun, in vollklimatisierten luxuriösen Räumen sitzen, die sogar noch ihre englische Dogge oder ihre Siamkatzen zu teuren Ärzten kutschieren lassen und dafür die dicken Scheine hinblättern!

Immer mehr Werktätige werden krank

Mit der Gesundheit des arbeitenden Volkes sieht es bei uns erwiesenermaßen in den letzten Jahren zunehmend schlechter aus. Immer mehr Arbeiter und Angestellte, aber auch Hausfrauen und Jugendliche und auch immer mehr Kleinkinder werden krank, oft leiden sie unter chronischen Beschwerden: z. B. Bronchitis, Kreislauferkrankungen, Herzkrankheiten, Magen- und Darmkrankheiten, Schlaflosigkeit, nervöse Störungen, Bandscheibenschäden usw. usf. Und nicht zuletzt wächst ständig die Zahl der Krebskranken.

Woran liegt das? Was ist die entscheidende Ursache? Es gibt keinen Zweifel, daß die Zunahme der Krankheiten im Zusammenhang mit der Wirtschaftskrise, mit Arbeitslosigkeit und faktisch sinkendem Lebensstandard, kurz mit der wachsenden Verelendung der Werktätigen steht. Verantwortlich ist also letztlich das hemmungslose Profitstreben der Kapitalisten, das z. B. die Verschärfung der Arbeitshetze, den Leistungsstreß und die ständige Angst vor Entlassung und Arbeitslosigkeit bedingt.

Aus Profitgier lassen die Kapitalisten die Arbeiter und kleinen Angestellten unter oft unerträglich schlechten Arbeitsbedingungen schuften: Lärm, Hitze, Staub und Dämpfe, giftige Arbeitsstoffe zerstören die Gesundheit. Ebenso auch einseitige und monotone Tätigkeiten, z. B. Fließbandarbeit, die auch oft zu nervlicher Überbelastung führen. Da könnte man noch viele andere Punkte nennen, die zeigen, daß die Werktätigen ihre Gesundheit auf dem Altar der Höchstprofite für die Kapitalisten opfern müssen. Denken wir etwa an die Umweltverschmutzung, an Giftstoffe in Lebensmitteln u. ä. Viele Werktätige werden auch krank, weil die Ausweglosigkeit der kapitalistischen Verhältnisse sie fertig macht, ihnen seelisch zusetzt, weil sie aus den Sorgen und Ängsten keinen Ausweg sehen.

Und selbst wenn ein Arzt anständig ist (viele Ärzte haben eine sehr überhebliche Einstellung gegenüber einfachen Werktätigen), wenn er es wirklich gut meint, kann er oft nicht viel mehr tun, als ein Beruhigungsmittel, ein Schmerzmittel verschreiben und den Patienten beraten. Er wird dann verschiedene Labor- und Röntgenuntersuchungen veranlassen, um zu sehen, ob wirklich eine ernste Krankheit vorliegt. Das kostet natürlich Geld. Wie niederträchtig aber müssen die Herren Ehrenberg (Arbeits- und Sozialminister) und Konsorten sein, die es „als Schmarotzertum auf Kosten der Gemeinschaft" diffamieren, wenn die Werktätigen ihr elementares Recht beanspruchen, auf Kosten der Krankenkasse, die wir doch direkt mit unseren Beiträgen finanzieren, anständig untersucht und behandelt zu werden? Diese Herren denken natürlich nicht im Traum daran, die wirklichen Schmarotzer am Gesundheitswesen, die Arzneimittelkonzerne (mit ihren ungeheuren Gewinnspannen), jene Kapitalisten, die die teuren medizinischen Geräte herstellen und ein Teil der Ärzteschaft, (Chefärzte und ein Teil der Privatärzte), die sich Millionen unter den Nagel reißen, beim Namen zu nennen und zu schröpfen.

So schustern die Bonner Minister ein Gesetz nach dem anderen zusammen, das den Werktätigen neue Kosten im Rahmen der medizinischen Versorgung auferlegt und gleichzeitig diese Versorgung drastisch einschränkt. Nehmen wir den Abbau der Krankenhausbetten und des Pflegepersonals. Nehmen wir die Rezeptblattgebühr, nehmen wir die Schweinerei, daß wir ab Frühjahr nächsten Jahres sogar alle Schmerzmittel, Beruhigungsmittel, Abführmittel, Schlafmittel, Grippemittel und einige Medikamente mehr ganz selbst bezahlen müssen. Zu diesen Angriffen bildet die Verleumdung von der angeblichen „Zimperlichkeit" der Bevölkerung die verlogene Begleitmusik.

Jahrelang wurden gefährliche Nebenwirkungen vertuscht

Eine besonders schmutzige Masche des Bonner Propagandafeldzuges gegen die Gesundheit des arbeitenden Volkes ist auch das Ausspielen der Krebsangst, um zu erreichen, daß weniger Medikamente genommen werden. „Nehmt nicht so viele Medikamente, sie haben Nebenwirkungen, sie können eventuell Krebs erzeugen!" tönen die Herren in Bonn jetzt plötzlich, nachdem sie doch jahrelang diese Nebenwirkungen und Gefahren verharmlost und vertuscht haben. Sicher, manchmal ist ein altes Hausmittel tatsächlich besser als das Einnehmen gewisser Tabletten. Und die verantwortungslose Produktion und Verbreitung vieler gefährlicher Medikamente ist für die Menschen eine echte Gefahr. Aber darum geht es den Herren in Bonn und in den zuständigen Behörden doch gar nicht.

Ginge es ihnen wirklich darum, uns vor schädlichen Nebenwirkungen zu schützen, warum haben sie dann z. B. das Pyramidon nicht längst schon verboten, von dem schon seit Jahren bekannt ist, daß es Krebs auslösen kann, das sogar in den USA schon lange verboten ist? Jetzt soll es sogar noch bis zum nächsten Jahr auf dem Markt bleiben. Im Bundesarbeitsministerium gibt es eine Liste mit 400 Stoffen, die in der Industrie Verwendung finden, und die wahrscheinlich alle krebsauslösend wirken. Aber nichts wird unternommen, um die Arbeiter schnellstens vor diesen Arbeitsstoffen, vor der drohenden Krebserkrankung zu schützen. Dabei ist bei 50 dieser Arbeitsstoffe bekannt, daß sie mit Sicherheit krebserzeugend sind! Sogar die Behörden können nicht bestreiten, daß bis jetzt keine zureichenden Schutzmaßnahmen durchgeführt werden. Kürzlich wurde in dieser Hinsicht aus Bonner Ministerien heraus ein Vorstoß unternommen, dessen Zynismus kaum zu fassen ist: Das Problem der krebserzeugenden Arbeitsstoffe soll nicht durch entsprechende Sicherheitsvorkehrungen, die den Arbeiter vor diesen Stoffen abschirmen (die natürlich Kosten verursachen bzw. das Arbeitstempo begrenzen würden) gelöst werden. Nein! Es sollen künftig „nur noch" Arbeiter ab 40 Jahren an den entsprechenden Arbeitsplätzen beschäftigt werden.

„Nur noch"! Für die Bourgeoisie hat dies den Vorteil, daß bei den betroffenen Arbeitern die tödliche Krankheit meist dann erst offen ausbricht, wenn sie in das Rentenalter kommen. Denn für die Kapitalisten ist das Leben und die Gesundheit des Arbeiters nur im Rahmen ihrer Profitkalkulation interessant. Der Staat spart ja sogar noch Rente, wenn Kollegen dann bald nach Erreichen des Rentenalters sterben!

Als bekannt wurde, daß sogenannte „Fachleute" (Arbeitsmediziner usw.) in von Bonn bestellten Gremien solche Vorschläge ernsthaft diskutierten, erhob sich ein Proteststurm und die Bonner Minister distanzierten sich schleunigst von dem mörderischen Vorschlag. Aber nur, um nachträglich ihre eigenen Hände in Unschuld waschen zu können!

Zynisches Ausspielen der Angst vor Krebs

Die Tatsache, daß in vielen Medikamenten (und auch in Lebensmitteln) krebserzeugende Substanzen enthalten sind, konnte in den vergangenen Jahren nicht mehr verheimlicht werden. Dennoch werden immer noch keine auch nur einigermaßen konsequenten Maßnahmen vom Staat ergriffen, um damit aufzuräumen. Außer dem Pyramidon sind z. B. immer noch 200 ähnliche Medikamente auf dem Markt, von denen offiziell bekannt ist, daß sie Krebs erzeugen können. Auf der anderen Seite nutzen Ehrenberg und Co. jedoch zynisch die Krebsangst aus, um die Werktätigen davon abzubringen, auf der Behandlung mit notwendigen Medikamenten zu bestehen und um den Widerstand gegen die staatlichen Ausplünderungs- und Sparmaßnahmen im Gesundheitsbereich zu neutralisieren.

Man kann sich die Tätigkeit dieser „Sanierer des Gesundheitswesens" so vorstellen: Da sitzen einige Galgenvögel zusammen, feine Herren natürlich und hecken Pläne aus, wie auf Kosten der arbeitenden Bevölkerung Milliarden eingespart werden können, wie man den Werktätigen mehr Geld aus der Tasche ziehen kann und wie man durch Presse, Funk und Fernsehen eine raffinierte Propaganda aufziehen kann, um die brutalen Angriffe auf die medizinische Versorgung als „unumgänglich", „sozial ausgewogen", „Im Interesse aller" usw. ausgeben und wie man die Empörung dagegen durch Verdrehungen, Lügen und Hetze unterlaufen kann. So wird in Bonn Politik gemacht: hinterhältig, skrupellos und gegen unsere grundlegenden Interessen gerichtet — für die Bereicherung der Kapitalisten.

Vom Aufbau des Sozialismus

PLANAUFGABEN ÜBERERFÜLLT

Die Werktätigen der verschiedenen Zweige und Bereiche der albanischen Industrie erfüllen, von den Beschlüssen des 7. Parteitags der PAA geleitet, laufend die Aufgaben des 6. Fünfjahrplans. Die Arbeiterkollektive der Erdölverarbeitungsbetriebe überboten bei der Herstellung der Haupt- und Nebenprodukte den Plan der ersten sieben Monate des laufenden Jahres. Unter Anwendung des revolutionären Prinzips, sich auf die eigenen Kräfte zu stützen, machen sie erfolgreiche Anstrengungen bei der Errichtung neuer Produktionsstraßen und der Herstellung weiterer Erdölprodukte. Die Werktätigen der albanischen Metallurgie eignen sich immer besser die Technologie zur Herstellung von Erzeugnissen an, die für die Wirtschaft des Landes sehr wichtig sind. Im Hüttenkombinat in Elbasan werden die Planaufgaben bei der Produktion von Stahlwalzgut überboten. Die Produktion von Stahlwalzgut soll im laufenden Jahr gegenüber dem Vorjahr um 67% zunehmen. Im laufenden Fünfjahrplan werden in Albanien auch die Eisen- und Nichteisenmetallurgie entwickelt werden. Im laufenden Fünfjahrplan werden viele wichtige Objekte des Eisenhüttenwesens sowie Chrom- und Kupferschmelzwerke in Betrieb genommen werden. Dadurch wird die Verarbeitung der Erze im Lande gesteigert und es werden neue Möglichkeiten zur Erhöhung der industriellen Produktion vieler wichtiger Artikel erschlossen. Die Werktätigen der chemischen Industrie produzierten erhebliche Mengen Phosphatdünger, Ammoniumnitrat und Harnstoff über den Plan hinaus. Die albanische chemische Industrie wird sich im laufenden Fünfjahrplan im raschen Tempo entwickeln und dadurch zu einer machtvollen Unterstützung für die Entwicklung der Landwirtschaft und der anderen Wirtschaftszweige werden. Ende des laufenden Fünfjahrplans 1980 soll die Produktion in diesem Industriezweig um mehr als das 2,4fache gegenüber 1975 ansteigen. Ebenso werden im laufenden Fünfjahrplan in den neuen Werken Chemikalien neu hergestellt, die Albanien früher einführen mußte. Heute dagegen ist es ein Ausfuhrland von Erzeugnissen der chemischen Industrie geworden.

DAS NEUE SCHULJAHR

Am 1. September begann für Tausende albanische Schüler und Studenten, die etwa ein Drittel der Landesbevölkerung ausmachen, das neue Schuljahr 1977/78. Es ist nunmehr zur Tradition geworden, daß die Schüler und Studenten das Schuljahr nicht nur in Klassen und Hörsälen beginnen, sondern auch an der Front der Produktion, an der Seite der Arbeiter und Genossenschaftsbauern und auf den militärischen Übungsgeländen. Das ist die Besonderheit der albanischen Schule, einer revolutionären und sozialistischen Schule. Besonderes Augenmerk wird in diesem Schuljahr der Übereinstimmung und Verschmelzung der drei Komponenten Unterricht, produktive Arbeit, körperliche und militärische Erziehung geschenkt. Dieses Jahr wird auch ein Jahr intensiver Arbeit werden, um die erzieherische und bildende Rolle der Schule zu stärken.

Wie Genosse Enver Hoxha auf dem 7. Parteitag auftrug, ist es die Hauptaufgabe der Schule, den ideologischen Inhalt ihrer ganzen Arbeit zu festigen. Schüler und Studenten werden sich immer gründlicher die marxistisch-leninistische Theorie, das theoretische Denken der PAA und des Genossen Enver Hoxha aneignen. Die Probleme der Schule werden immer besser mit den Aufgaben verbunden, die die PAA in anderen Sektoren gestellt hat. Die Schüler und Studenten verfügen im laufenden Jahr über reiche Unterrichtsmittel. Sie werden nach neuen Programmen und mit zum großen Teil überarbeiteten Schulbüchern sowie besser ausgerüsteten Fachräumen arbeiten. Im laufenden Schuljahr wurden auch die Schulen für das Abend- und Fernstudium erweitert, ebenso das Netz der Fachschulen und besonders das der höheren Agrarschulen in den Dörfern.

Die Schulen werden in der Sozialistischen Volksrepublik Albanien vom Staat organisiert und geleitet. Sie sind für alle offen, und es besteht allgemeine Schulgeldfreiheit. Der Unterricht führt die besten Traditionen der albanischen nationalen und weltlichen Schule weiter.

Neue Provokationen gegen die Partei

Es gehört schon fast zum Alltag. Man schlägt frühmorgens die Zeitung auf und der „Rote Morgen" ist allgegenwärtig. Bombenanschläge, Attentate, Entführungen — der „Rote Morgen" hat mit Sicherheit die Finger im Spiel. Die Kette von Provokationen, durch die die Bourgeoisie versucht, unsere Partei durch Mißbrauch des Namens unseres Zentralorgans mit den Aktionen der RAF und ähnlichen Gruppen in Zusammenhang zu bringen, reißt nicht ab.

Nachdem bereits im Zusammenhang mit der Erschießung von Buback und Ponto, mit der Flucht des Massenmörders Kappler und mit dem vorgetäuschten Anschlag auf die Bundesanwaltschaft in Karlsruhe in Presse, Funk und Fernsehen Meldungen verbreitet worden waren, nach denen angeblich eine Gruppe bzw. Befreiungsbewegung „Roter Morgen" die Verantwortung für diese Aktionen übernommen haben soll, wurde diese Kampagne gegen unsere Partei fortgesetzt, obwohl die Partei — u. a. in mehreren Pressemitteilungen und Gegendarstellungen — diese Provokationen unmißverständlich zurückgewiesen hatte. Im Zusammenhang mit der Entführung Schleyers wurde der anonyme Anrufer „Roter Morgen" wieder aufgetischt. „Bild" und die „Westdeutsche Allgemeine Zeitung" wußten sogar zu melden, daß „Roter Morgen" Schleyer „bei einem Fluchtversuch aus seinem Volksgefängnis getötet" hat. Zur gleichen Zeit meldeten der NDR und einige Regionalzeitungen, ein Brandanschlag auf die Staatsanwaltschaft am Landgericht Flensburg stehe vermutlich im Zusammenhang mit der KPD/ML. Wenig später meldeten Nürnberger Zeitungen, daß ein anonymer Anrufer „Roter Morgen" mit Bombenanschlägen gegen verschiedene MAN-Niederlassungen gedroht hätte.

Am Anfang, als die ominöse Befreiungsbewegung, Organisation oder Gruppe „Roter Morgen" zum ersten Mal auftauchte, bestand zumindest theoretisch noch die Möglichkeit, daß einfach ein Spinner oder Wichtigtuer dahintersteckte oder daß Faschisten oder Sozialfaschisten auf eigene Faust diese Provokation inszeniert hatten, um einen Schlag des Staatsapparates gegen unsere Partei auszulösen. Ja, man konnte nicht einmal mit hundertprozentiger Sicherheit ausschließen, daß tatsächlich eine Gruppe anarchistischer Reaktionäre den Namen „Roter Morgen" mißbrauchte.

Inzwischen aber liegt alles das nicht einmal theoretisch im Bereich des Möglichen. Für einen einzelnen Spinner oder Wichtigtuer ist es unmöglich, eine solche Fülle von Provokationen zu inszenieren. In einigen Fällen wurde zudem der Zusammenhang mit dem „Roten Morgen" bereits in den ersten Meldungen über den betreffenden Vorfall hergestellt. Faschistische oder sozialfaschistische Elemente hätten so gar nicht die notwendigen Informationen besessen, um ihre Provokationen gegen die Partei zu starten. Die RAF hat in einem Kommuniqué erklärt, daß eine Organisation „Roter Morgen" „im Zusammenhang der illegal kämpfenden sozialrevolutionären Gruppen in Westeuropa nicht existiert".

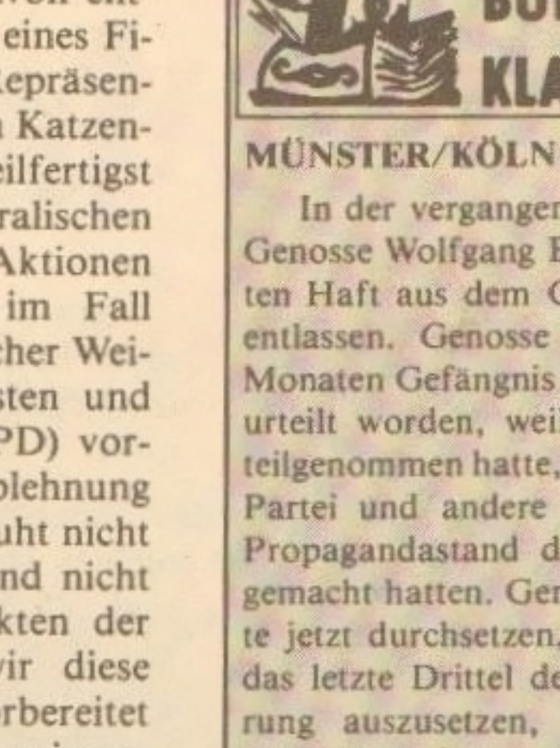
Angesichts dieser Tatsachen gibt es keinen Zweifel mehr daran, daß diese Provokationen gegen unsere Partei direkt vom Staatsapparat — z. B. vom Verfassungsschutz — ausgehen. Worauf es die Bourgeoisie dabei anlegt, ist offensichtlich: Im Zuge der großangelegten „Antiterroristenhetze" soll unsere Partei als kriminelle Vereinigung hingestellt und der Boden für ihre verschärfte Verfolgung und für ihr Verbot bereitet werden.

Nun ist vielen Werktätigen, vor allem in den Betrieben und Wohnvierteln, in denen Zellen der Partei bestehen, die Linie unserer Partei durchaus bekannt. Sie wissen, daß unsere Partei die Notwendigkeit der revolutionären Gewalt und der gewaltsamen Revolution unerschrocken verteidigt. Aber sie wissen auch, daß wir den individuellen Terror ablehnen, weil durch ihn der Kapitalismus nicht gestürzt werden kann, weil die Revolution nicht das Werk einiger von den Massen isolierter Helden, sondern das der Volksmassen ist, weil die Durchführung von Anschlägen ohne Verbindung zum revolutionären Kampf der Massen zur Desorganisation der planmäßigen revolutionären Arbeit unter den Massen führt. Diese marxistisch-leninistische Haltung zum Terrorismus ist weit davon entfernt, bei jeder Erschießung eines Finanzmagnaten oder eines Repräsentanten des Staatsapparates in Katzenjammer zu verfallen, sich eilfertigst bei der Bourgeoisie mit moralischen Verurteilungen solcher Aktionen anzubiedern, wie es uns im Fall Schleyer in geradezu widerlicher Weise von den DKP-Revisionisten und der Gruppe Rote Fahne (KPD) vorgeführt wurde. Unsere Ablehnung des individuellen Terrors beruht nicht auf moralischen Gründen und nicht auf Angst vor den Racheakten der Bourgeoisie, auch wenn wir diese ernst nehmen und darauf vorbereitet sein müssen, sondern auf den wissenschaftlichen Lehren des Marxismus-Leninismus über die Strategie und Taktik des proletarischen Befreiungskampfes.

Diese marxistisch-leninistische Haltung unserer Partei erschwert es der Bourgeoisie, uns ohne weiteres mit Organisationen wie der RAF gleichzusetzen. Deshalb versucht sie jetzt, die Partei systematisch mit allen Anschlägen in Verbindung zu bringen. Ganz im Stile der beim Reichstagsbrand praktizierten Gestapomasche will die Bourgeoisie so selbst den Vorwand schaffen, um die Partei zur kriminellen Organisation erklären zu können.

Gleichzeitig ist diese Kampagne der Bourgeoisie ein kaum verhüllter Aufruf an faschistische Terrorbanden — an solche, die bereits bestehen und an solche, die der Verfassungsschutz oder die politische Polizei eigens zusammenstellen —, Terroranschläge gegen Genossen und Einrichtungen unserer Partei zu verüben. Genossen der Partei erhielten seit Anlaufen der Kampagne Drohbriefe, an ihre Häuser wurden antikommunistische Hetzparolen geschmiert. Die Vermieterin des Essener Parteibüros wird systematisch mit Drohungen, ihr Laden und das Parteibüro würden kurz und klein geschlagen, unter Druck gesetzt. Dem Buchladen „Roter Morgen" in Kiel wurde in einem anonymen Brief angedroht: „Euer Laden wird bald in Flammen aufgehen." Dem Buchladen Roter Morgen in Stuttgart wurde die Schaufensterscheibe eingeschlagen.

In dieser Situation ist es notwendig, das faschistische Vorgehen des Staatsapparates breit unter den Werktätigen zu entlarven und die Wachsamkeit gegenüber zu erwartenden Angriffen der Polizei und ihrer faschistischen Hilfsorganisationen zu verstärken.



MÜNSTER/KÖLN

In der vergangenen Woche wurde der Genosse Wolfgang Brod nach vier Monaten Haft aus dem Gefängnis in Münster entlassen. Genosse Brod war zu sechs Monaten Gefängnis ohne Bewährung verurteilt worden, weil er an einer Aktion teilgenommen hatte, bei der Genossen der Partei und andere Antifaschisten einen Propagandastand der NPD unschädlich gemacht hatten. Genosse Wolfgang konnte jetzt durchsetzen, daß seinem Antrag, das letzte Drittel der Strafe auf Bewährung auszusetzen, stattgegeben wurde. Obwohl diese Aussetzung der Reststrafe in der Regel bei normalen Gefangenen gewährt wird, versucht die Klassenjustiz bei politischen Gefangenen immer wieder, dies zu verweigern. Daß Wolfgang jetzt zwei Monate früher das Gefängnis verlassen konnte, ist der großen Solidarität zu verdanken, die auch die Justiz und Gefängnisverwaltung in vielerlei Formen zu spüren bekam. Unter anderem haben sich auch seine Arbeitskollegen mit Wolfgang solidarisiert, haben ihm Geschenke und Postkarten ins Gefängnis geschickt und haben außerdem im Betrieb dafür gekämpft, daß Wolfgang seinen Arbeitsplatz nicht verliert.

MÜNCHEN

Genosse Sascha Haschemi, der wegen seiner angeblichen Teilnahme am Roten Antikriegstag 1972 zu 18 Monaten Gefängnis ohne Bewährung verurteilt worden war, ist wieder frei. Er mußte die 18 Monate voll absitzen. Das ist eine besondere Brutalität und Unverschämtheit der Klassenjustiz, denn Sascha hatte darum gekämpft, daß auch ihm, wie es in der Regel bei normalen Gefangenen geschieht, das letzte Drittel der Strafe auf Bewährung ausgesetzt wird. Die Ablehnung des Antrags auf Aussetzung wurde mit dem unverfrorenen Argument begründet, Sascha sei ein Gesinnungstäter, bei dem eine Änderung seiner marxistisch-leninistischen Einstellung nicht zu erwarten sei. Sascha Haschemi sollte bekanntlich ursprünglich an die Henker des faschistischen Schah-Regimes in Persien ausgeliefert werden, was nur dadurch verhindert wurde, daß Zehntausende von Menschen in einer breiten Protestkampagne dagegen Stellung nahmen, während Sascha zunächst jahrelang in die Illegalität gehen mußte, bis sich die Behörden schließlich gezwungen sahen, ihm einen deutschen Paß auszustellen.

DÜSSELDORF

Am 30. 8. begann in Düsseldorf ein Berufungsprozeß gegen sechs Genossen vor dem Landgericht. Aus Anlaß einer im Oktober 1975 von der Polizei provozierten Schlägerei waren sie wegen Widerstand, Beleidigung und schwerer Körperverletzung in erster Instanz zu Geldstrafen zwischen 450 und 2.000 Mark verurteilt worden. Dagegen hat die Staatsanwaltschaft Berufung eingelegt. Sie fordert für alle Genossen Gefängnisstrafen. Die unverschämte Begründung: Erstens handele es sich hier um „politisch fanatisierte Angeklagte", die empfindlich bestraft werden müßten, und zweitens wüßte man bei Geldstrafen ja nicht, wer das Geld wirklich bezahlen würde und drittens wären die Angeklagten wegen ihrer politischen Gesinnung jederzeit zu einer Wiederholung der Straftat bereit.

Das ist ein ganz offenes Eingeständnis, daß es darum geht, die Genossen wegen ihrer Gesinnung ins Gefängnis zu bringen. Am ersten Prozeßtag wurden alle Anträge der Genossen vom Gericht rigoros abgeschmettert. Als die Genossen sich weigerten, über ihren Lebenslauf Aussagen zu machen, drohte der Richter sogar damit, ihre Eltern vorladen zu lassen.

Der Prozeß ist auf insgesamt vier Tage angesetzt. Der letzte Termin ist am 20. 9. um 9 Uhr im Raum L 103.

TÜBINGEN

Ein Prozeß, in dem Faschisten der Wehrsportgruppe Hoffmann und die Antifaschisten, die gegen diese Bande aufgetreten sind, gleichermaßen angeklagt sind, hat jetzt in Tübingen begonnen. Der „Rote Morgen" berichtet darüber in dieser Ausgabe in der Spalte „Offen gesagt".

RECKLINGHAUSEN

Eine Anklage wegen Beleidigung ist gegen einen Genossen erhoben worden, der die Ausgabe 52/1976 des „Roten Morgen" verkauft haben soll. Dieser Ausgabe war ein Kalender für das laufende Jahr beigelegt, in dem unter dem Datum des 18. Juni ein Hinweis auf den Todestag des Genossen Günter Routhier stand. Allein aufgrund dieser Kalenderzeile haben Organe der Klassenjustiz, die offensichtlich nicht nur den RM, sondern auch alle Beilagen genau durchschnüffeln, jetzt ihre Anklage erhoben.

Schreibt den Genossen in Haft!

Klaus Kercher, 7100 Heilbronn, JVA, Steinstr. 21

Martin Peleikis, 2350 Neumünster, JVA, Boostedterstraße 30

Prozess gegen Genossen Gernot Schubert

Am 20. September beginnt um 9 Uhr im Amtsgericht Dortmund ein Prozeß gegen Genossen Gernot Schubert, Mitglied des Politbüros der KPD/ML. Die Anklage lautet auf „Widerstand gegen die Staatsgewalt". Wie kam es zu dieser Anklage?

Im November vergangenen Jahres stand Genosse Gernot, ebenfalls in Dortmund, vor Gericht, gemeinsam mit dem Genossen Dieter Stoll. Angeklagt waren sie als ehemaliger Verleger des „Roten Morgen" (Gernot) und ehemaliger Redakteur (Dieter) wegen zwei Ausgaben des „Roten Morgen" aus dem Jahre 1974, in denen über den Tod unseres Genossen Günter Routhier und den Polizeiüberfall auf den Trauerzug zu seinen Ehren berichtet worden war.

Der Prozeß endete damit, daß beide Genossen zu je vier Monaten Gefängnis ohne Bewährung verurteilt wurden, u. a. wegen „Volksverhetzung". Nicht nur durch dieses Terrorurteil, auch schon im Verlauf der Verhandlung hatte die bürgerliche Klassenjustiz ihr Gesicht sehr offen gezeigt. Am zweiten Verhandlungstag wurde Genosse Dieter Stoll brutal von einer Horde von Polizisten zusammengeschlagen (wobei er erheblich verletzt wurde), nachdem unmittelbar zuvor eine Ordnungsstrafe von drei Tagen Haft über ihn verhängt worden war.

Dieser Terror war die Reaktion des Gerichts darauf, daß die Genossen am Tag davor Punkt für Punkt den Wahrheitsbeweis darüber geliefert hatten, wer für den gewaltsamen Tod unseres Genossen Günter Routhier verantwortlich ist und daß ein unerhörter Polizei- und Justizterror als Reaktion auf die Verbreitung der Wahrheit darüber gegen die Partei und andere Kräfte einsetzte.

Am dritten Verhandlungstag prangerten die beiden angeklagten Genossen gleich zu Beginn noch einmal das gewaltsame Vorgehen des Gerichts an und besonders auch die Verantwortung der Richterin Porath dafür. Da die Richterin nichts zu ihrer Rechtfertigung vorzubringen vermochte, reagierte sie nun wieder auf ihre Weise: Sie verhängte kurzerhand auch gegen Genossen Gernot Schubert eine dreitägige Ordnungshaft.

Sogleich stürzten sich dann auf ihre Anweisung hin die Polizisten auf den Genossen Gernot, um ihn in brutaler Weise aus dem Saal zu zerren. Genosse Gernot leistete dabei ganz bewußt keinen Widerstand, denn er wußte, daß er dann nicht nur rücksichtslos zusammengeprügelt würde, sondern erfahrungsgemäß auch noch mit einer Anklage wegen „Widerstand gegen die Staatsgewalt" zu rechnen hatte.

Das war es offensichtlich, worauf Gericht und Polizei es speziell angelegt hatten. Aber obwohl Gernot ihnen den Gefallen nicht tat, sich in dieser Situation zu widersetzen, wurde er jetzt dennoch wegen „Widerstands" angeklagt. Das ist eine große Unverschämtheit und macht deutlich, daß die Justiz auf diesen Kommunisten, der bekannt ist für sein mutiges und prinzipienfestes Eintreten für unsere Partei, einen besonderen Haß hegt.

Auch der Genosse Dieter Stoll wurde in dieser infamen Weise von der Justiz erneut angeklagt, weil damals im Gerichtssaal die Polizei über ihn hergefallen war und er sich dabei angeblich gewehrt hatte. Dieser Prozeß liegt schon einige Monate zurück und endete mit der Verurteilung des Genossen zu 600 DM Geldstrafe.

Man muß davon ausgehen, daß die Klassenjustiz gegen Genossen Gernot versuchen wird, nach Möglichkeit eine noch härtere Strafe zu verhängen. Das wird ihnen natürlich um so schwerer fallen, je größer die Solidarität und der Protest innerhalb und außerhalb des Gerichtssaals sein wird. Organisieren wir die Solidarität mit Genossen Gernot Schubert! Kämpfen wir dafür, daß er freigesprochen wird!

Neuer Auschwitzprozess in Frankfurt

Der sechste Auschwitzprozeß hat in der vergangenen Woche vor einer Schwurgerichtskammer des Frankfurter Landgerichts begonnen. Angeklagt sind der Leiter des ehemaligen Auschwitz-Außenlagers Lagischa, der frühere Unterscharführer Czerwinski und sein Helfer, der SS-Sturmmann Schmidt.

Diese Bestien verrichteten ihr verbrecherisches Handwerk im Dienst des deutschen Imperialismus offenbar mit der größten Freude am Töten. So knobelten sie zum Beispiel darum, wer von ihnen jeweils die Opfer umbringen durfte. Obwohl schon am ersten Prozeßtag zahlreiche Einzelheiten ihrer Mord-Tätigkeit nachgewiesen wurden, obwohl geschildert wurde, wie die SS-Banditen etwa Häftlinge, die vor Schwäche zusammengebrochen waren, gnadenlos abgeknallt hatten, stellte sich Czerwinski hin und erklärte kaltschnäuzig, er habe „nichts gesehen und nichts gehört."

Aber sicherlich sind die beiden Massenmörder bei den Frankfurter Richtern und Staatsanwälten unter Menschen, die volles Verständnis für sie haben werden. Davon zeugt schon die Tatsache, daß eine der Richterinnen die Schwiegertochter des SS-Generals von Alversleben ist und daß darin weder vom Gericht noch von der Staatsanwaltschaft wie es deren Vertreter Klein ausdrückte „auch nur der Anschein einer Befangenheit" gesehen wurde.

Ist das verwunderlich? Wir haben es doch in der Vergangenheit zigmal erlebt, daß ehemalige Nazi-Blutrichter über ehemalige KZ-Schergen zu Gericht saßen. Und immer wieder ist den Massenmördern der „Befehlsnotstand" zugestanden, sind ihre unverschämten Lügen und Verdrehungen zur Grundlage des Urteils gemacht worden, wurden sie auf freien Fuß gesetzt oder mit einer rein symbolischen „Strafe" bedacht.

Denken wir doch nur an den Geiselmörder Kappler. Wie haben sich die Spitzen des Bonner Staates von Adenauer bis Schmidt dafür eingesetzt, daß dieser Verbrecher aus der Haft entlassen wird! Und als das keinen Erfolg brachte, ging man eben zu anderen Mitteln über. Wie das Deutsche Rote Kreuz jetzt bestätigte, stammen die Mittel, mit denen Kapplers Frau die Flucht des Geiselmörders finanzierte, direkt aus dem Bonner Innenministerium.

Nein, dieser Staat, in dem ein KZ-Baumeister wie Lübke Bundespräsident und ein Altnazi wie Kiesinger Kanzler werden konnte, läßt keinen Kriegsverbrecher, keinen SS-Schergen verkommen. Die NS-Prozesse mit ihren unverschämten Freisprüchen, die dreiste Flucht Kapplers mit direkter Beteiligung Bonns, die Hitler-Welle mit ihrer Beschönigung und Verherrlichung der faschistischen Verbrechen, all das zeigt, daß sich dieser Bonner Staat wirklich zu Recht als „Rechtsnachfolger" der Hitlerdiktatur bezeichnet.

Korrespondenzen

Redaktion „Roter Morgen" Wellinghofer Str. 103 Postfach 30 05 26 46 Dortmund 30

Wer treibt die Kaffeepreise?

Als „Ab-und-zu-Leser" des „Roten Morgen" fiel mir Ihr Artikel über die Kaffeepreise (RM 26/77) auf. Sollte dieser Artikel unwidersprochen bleiben, könnte Ihre Zeitung leicht in den Geruch einer Sensationspresse à la Springer geraten. Der Artikel ist schlicht gesagt: von Fachkenntnis ungetrübt.

Nicht 2,00 DM kosten 1/2 kg Rohkaffe in Hamburg. Sollte der Schreiber guten Kaffee kaufen wollen, so muß er schon 4-6 DM anlegen. Dazu kämen Zoll, Kaffeesteuer, Mehrwertsteuer in Höhe von ca. 3.80 DM. Jetzt haben wir den Preis für importierten, verzollten und versteuerten Rohkaffee. Beim Rösten dieser Provenienz (Herkunft, Sorte — RM) entsteht ein „Einbrand" (Gewichtsverlust beim Rösten) in Höhe von 20%. Somit verteuert sich der Kaffee auf ca. 9,60 DM für die Großrösterei, die diesen an den Handel weitergibt und zwar mit Gewinn. Bei vernünftiger Kalkulation und davon ausgehend, daß Rohkaffeesorten bester Provenienz, im Augenblick 6,00 DM per 1/2 kg kosten, könnte und müßte der Abgabepreis an den Verbraucher bei 12 DM liegen, Verpackung, Vertrieb usw. alles inclusive. (Der Brief wurde schon vor mehr als 2 Monaten geschrieben, als die Ladenpreise für Kaffee noch wesentlich höher lagen — RM).

Nicht die für den Welthandel ziemlich unwichtigen sogenannten „deutschen Kaffeegroßröstereien" sind letztlich für den Preisschub zur Verantwortung zu ziehen. Diese sind nur die kleineren Leuchten im „Weltwarengeschiebe". Diese Firmen bringen noch „Leistung" für den erzielten Gewinn. Ganz woanders sitzen die Parasiten, die hier eine Ware, ohne auch nur die geringste Leistung zu erbringen, verteuern. Der Pflanzer in Brasilien z. B. verkaufte seine Ware an die staatliche Einkaufsbehörde für ca. 0,60 DM per 1/2 kg. Diese Behörde verkaufte sofort an die Börse weiter, da der Staat Brasilien sich in regelmäßigen Geldschwierigkeiten befindet. Dort nun kauften internationale Großbanken und andere Spekulanten diesen Kaffee auf Termin, also machen Warentermingeschäfte (schlicht: Spekulation auf einen höheren Preis). Der so erworbene Kaffee wird zurückgehalten, liegt heute teilweise sogar noch in seinem Ursprungsland Brasilien und diese üblen Jobber (Börsenspekulanten — RM) warten wie die Spinne im Netz auf die Beute, nämlich den Käufer, der ja den diktierten Monopolpreis zahlen muß, da ja sonst nirgendwo Kaffee zu kaufen ist. Diese widerlichen Halsabschneider sind es, die ohne einen Finger zu krümmen, Gewinne in Höhe von 300-800% einstreichen. Der **internationale Monopolkapitalismus** ist es, der die Preise diktiert: Großbanken, Großgrundbesitzer, Großindustrie, Warenkonzerne, die Brooker (Börsenmakler) und an letzter Stelle die **deutschen** „Kaffeegroßröstereien", die überwiegend im Besitz internationaler Konzerne sind, also das Wort **deutsch** wohl kaum verdienen.

Daß der Preis von der Plantage (0,60 DM) bis Hamburg auf 4-6 DM steigt, gibt zu denken.

Inhaber eines Kaffee- und Spirituosengeschäftes in Norddeutschland

Anmerkung der Redaktion: Die von uns in dem Artikel verwandten Zahlen haben wir der bürgerlichen Presse entnommen. Es tut uns leid, daß wir den obigen Leserbrief erst jetzt veröffentlichen, wo die Kaffeepreise wieder etwas gesunken sind. Obwohl wir uns nicht sicher sind, ob die genannten deutschen Kaffeegroßröstereien bei der obigen Darstellung nicht etwas zu gut wegkommen, geben wir gerne zu, daß dieser Leserbrief mehr Fachkenntnis verrät als unser eigener Artikel.

Polizeieinsatz für NPD-Provokationen in Osnabrück

Liebe Genossen,

vor kurzem wagte es die Jugendorganisation der NPD, mit einem Stand in Osnabrück aufzuwarten. Antifaschistische Jugendliche, Genossen des KBW, eines örtlichen Zirkels und der Roten Garde gingen gegen diese Provokation vor. Als sie versuchten, den Stand abzuräumen, knüppelte die Polizei, die außerdem Hunde dabei hatte, sofort auf die Antifaschisten ein. Auch einige der Faschisten, die blitzschnell aus ihren Schirmständern Eisenstangen hervorzogen, mischten mit.

Anschließend schützte ein Polizeiaufgebot von etwa 40 Mann mit Hunden den Stand der Faschisten vor der Wut und der Empörung der Umstehenden. „Nie wieder Faschismus, nie wieder Krieg!" und „Polizisten schützen die Faschisten!" hallte es durch die Einkaufsstraße. Auf dem Tisch der Faschisten lagen einige wenige Flugblätter übelster antikommunistischer Hetze im Stile eines Goebbels. Einer der Faschisten stand auf einem Tisch und hielt provokatorisch eines dieser Pamphlete hoch. Als einige Antifaschisten versuchten, dies durch Eierwürfe zu unterbinden, prügelte die Polizei gleich wieder los. Klar, daß die Bourgeoisie durch ihre Polizei die NPD-Faschisten schützt, sitzen doch diese Leute mit ihr in einem Boot im Kampf gegen die Werktätigen und den Kommunismus. Insgesamt sind bei der Aktion fünf Antifaschisten und Genossen verhaftet worden. Es gelang den Faschisten jedoch nicht, ihren faschistischen Dreck zu verteilen.

Rot Front! Ein Genosse aus Osnabrück

Methoden der DKP

Liebe Genossen,

etwa 400 Menschen nahmen in Bremen an einer Demonstration der DKP, getarnt als Initiative gegen die Neutronenbombe, teil. Sofort als die Genossen unserer Partei mit dem Verteilen von Flugblättern anfingen, wurden sie ständig von 12-15 DKPlern verfolgt und am Verteilen gehindert. Einer der Revisionisten konnte sich plötzlich nicht mehr bremsen und entriß einer Genossin einige Plastiktaschen mit dem AP-Material und rannte davon. Die Genossin lief sofort hinterher und rief den Passanten zu: „Haltet den von der DKP, der hat meine Taschen geklaut!" Einige Passanten verfolgten ihn auch und versuchten, ihn zu stellen. Er konnte entkommen, aber eine Passantin hatte gesehen, wie er die Taschen unter ein parkendes Auto geworfen hatte. So konnte die Genossin sämtliches AP-Material, ihre Geldbörse mit Personalausweis und Schlüssel wieder einsammeln.

Unterdessen kriegten zwei andere Genossen mit, wie den DKP-Verteilern die Anweisung gegeben wurde: „Ihr sollt denen doch nicht auf belebter Straße die Taschen entreißen." Vorher hatten die Revisionisten schon einen unauffällig auftretenden Fotografen aufgefordert, unsere Genossen zu fotografieren, worauf dieser antwortete: „Habe ich schon mehrmals."

Viele Passanten waren über das dreiste Vorgehen empört und nahmen erst recht unser Flugblatt.

Rot Front! Eine Genossin aus Bremen

Aus den Beiträgen zum Artikelwettbewerb

In den Tod getrieben

Am 1. 4. beging der Funkelektroniker R. B., angestellt beim Berufsförderungswerk Frankfurt, Selbstmord.

Zuerst erfuhren wir davon gar nichts. Der Kollege war halt nicht mehr da. Dann sahen wir am Schwarzen Brett die Todesanzeige und — gleich daneben — die neue Stellenausschreibung. Da begannen wir nachzufragen, bei den Dozenten, bei den Abteilungsleitern. Überall, wo wir nachfragten, erst Verlegenheit, dann immer die Auskunft: „Er hat selbst gekündigt" — und dann die vielbedeutende Zusatzbemerkung: „Er hatte Schwierigkeiten mit seiner Frau!" Aha — private Schwierigkeiten! Warum dann das Schweigen um den Selbstmord des Kollegen B, warum die Verlegenheit? Das machte uns stutzig. Sind die Schwierigkeiten mit seiner Frau der wirkliche Grund dafür, daß ein junger, lustiger Kollege freiwillig aus dem Leben scheidet? Wir glaubten nicht daran und begannen jetzt selbst, den Fall zu untersuchen.

Bald stießen wir auf die erste unglaubliche Lüge: Kollege B. hat nicht gekündigt, ihm ist gekündigt worden (damit es in seinen Arbeitspapieren besser aussieht, hat man ihm nahegelegt, selbst zu kündigen).

Im Berufsförderungswerk Frankfurt werden Arbeiter, die aufgrund von Berufskrankheiten oder Berufsunfällen ihren alten Beruf nicht mehr ausüben können, umgeschult. Das Genehmigungsverfahren ist langwierig; Umschulungsplätze rar. Viele sind zwei bis drei Jahre arbeitslos, bevor sie zur Umschulung kommen.

Kollege B. war hier selbst in der Umschulung. Was wurde da nicht alles versprochen! "Sie können sich Techniker nennen; Sie verdienen mindestens 2.500 DM brutto." Das sind so die Sprüche, die man den Umschülern erzählt. Kollege B. war einer der Besten der Klasse. Ein Freund erzählte uns, daß er sich schon immer für Funk- und Fernsehtechnik interessiert hatte und ein richtiger Tüftler war. Er machte ein sehr gutes Examen. Trotzdem: Erst mal ein halbes Jahr ohne Arbeit; dann stellte ihn das Berufsförderungswerk ein, als Medienassistenten. Halbes Jahr Probezeit.

Kollege B. war ungeheuer froh, hier Arbeit zu haben. Sie schien ihm vielseitig und interessant, er könnte sich weiterbilden. Aber sofort stellten sich die ersten Haken heraus. Von 2.500 DM war natürlich nicht mehr die Rede. Was er nach Hause brachte, waren gerade etwas mehr als 1.200 DM. Aber schlimmer noch: die Arbeitszeit. B. wohnte in Gießen. Von Gießen zu seinem Arbeitsplatz sind es ca. 40 km. Das jeden Tag mit dem Zug. Es wäre noch gegangen. Aber die Arbeitszeit stellt sich als unregelmäßig heraus. Tagelang kam B. nicht vor 23 Uhr nach Haus.

B's Frau ist Krankenschwester, sie arbeitet in Schicht. Sie haben zusammen ein kleines Kind. B's Frau ist darauf angewiesen, daß der Mann zu regelmäßigen Zeiten zu Hause ist. Sie drängt auf geregelte Arbeitszeit. B. weiß sich keinen Rat. Bei Arbeitsantritt wurde er darauf hingewiesen, daß er eigentlich nach Bad Vilbel ziehen sollte (der Sitz des Frankfurter BFW's), aber das geht doch nicht. Seine Frau müßte dann ihren Arbeitsplatz aufgeben, und sie verdient in Gießen als Krankenschwester besser als er.

Auch eine andere Sache, die er zuerst als Vorteil ansah, erweist sich nun als großer Haken. Im BFW gibt es monatlich Wochenend-Heimfahrten. Ist z. B. Donnerstag Feiertag, dann ist auch der Freitag frei, denn die Leute kommen von weither, aus dem Saarland, vom Ruhrpott, ja sogar von Berlin. B. meinte, dann werde er auch öfters frei haben. Aber die freien Tage müssen nachgearbeitet werden. Nimmst du sie dir, kommst du nie mehr aus der Nacharbeit raus — und, obwohl B. oft bis 22 Uhr im Hause ist, hat er keine Überstunden, steht er immer noch in der Kreide.

Auf dieser Grundlage entwickeln sich die Konflikte zu Hause. Die Frau reicht die Scheidung ein. B. ist in einer schweren Krise. Machte er zuerst seine Arbeit zur vollsten Zufriedenheit, ist er jetzt nervös und abgelenkt, Kleinigkeiten mißlingen ihm. Doch die Krise geht vorbei. Er spricht sich mit seiner Frau aus. Man beschließt, zusammen zu bleiben. B. zeigt bei der Arbeit wieder ausgezeichnete Leistungen.

Doch die Zeit der Krise hat einen Makel auf ihn geworfen. Der Abteilungsleiter hat die Kündigung schon beschlossen. B. wird auf die Antrittsbedingung hingewiesen, endlich nach Bad Vilbel zu ziehen. Doch das kann er nicht; er kann sich jetzt nicht von seiner Familie trennen. „Dann betrachten sie sich als gekündigt!" Und dann wird er überredet, selbst zu kündigen. B. reicht die Kündigung ein.



Schöne Versprechungen — Die Wirklichkeit sieht anders aus!

B. ist ein nach innen gerichteter Mensch, auch wenn er oft sehr fröhlich erscheint. Gegen niemanden spricht er sich aus. Selbst guten Freunden gegenüber sagt er, er habe selbst gekündigt. Aber was geht in ihm vor? Wieder arbeitslos, zu Hause mehren sich die Konflikte. Er sieht keinen Ausweg — und geht freiwillig in den Tod.

Wir Kollegen, die hier in der Umschulung sind, werden Rehabilitanden genannt. Dazu steht im Lexikon: „Rehabilitation = Gesamtheit der Maßnahmen, die stark versehrte Menschen wieder in die Gesellschaft einzugliedern suchen." Nach außen hin wird darum ein großer Rummel gemacht. Die Sozialministerin Katharina Focke mit großem Gefolge war hier. Da wurde geputzt und gewienert. Ständig erscheinen Artikel in der Presse, die alles in den rosigsten Farben malen: die medizinischen, die psychologischen Dienste, die Rehabilitationsberatung usw. Es ist ein richtiges „Ausstellungsstück" unseres „Sozialstaats".

Aber wir Kollegen wissen es besser. Hier geht es nur um eines: uns möglichst schnell und billig wieder arbeitsfähig zu machen, damit wir uns wieder als Ware auf dem Arbeitsmarkt verkaufen können, denn als Frührentner sind wir zu teuer. Hinter dem ganzen sozialen Getue steht nichts anderes als das Gesetz des Profits. Und dieses Gesetz verspüren wir tagtäglich in einer unglaublichen Arbeitshetze. Acht Stunden täglich fast nur theoretisches Lernen, und packst du es nicht sofort, noch mal zwei Stunden zusätzlich „Förderunterricht". Über 80 Arbeiten in sechzig Ausbildungswochen sichern den dauernden Leistungsdruck. Und wer's nicht schafft, fliegt raus. Trotzdem nehmen viele Kollegen den Streß auf sich, weil sie hoffen, dann wieder Arbeit zu finden.

Aber was beweist besser die Heuchelei von der „Rehabilitation" als die Behandlung des Kollegen B. B. war einer der Besten von uns. Immer wieder wurde er uns anderen als Vorbild hingestellt: „Sehen Sie, wenn Sie gut sind, dann können Sie auch hier angestellt werden!" Aber was man ihm gezahlt hat, welche Arbeitsbedingungen man ihm zugemutet hat, das hat man uns nicht erzählt. Wo waren denn die psychologischen Dienste, als es ihm schlecht ging? Wer hat denn Verständnis gezeigt für seine Probleme? Und wo war der Betriebsrat? Er versucht sich natürlich aus der Affäre zu ziehen mit der billigen Ausrede: „Wir konnten gar nichts machen. B. war noch in der Probezeit. Da hat der Betriebsrat nichts zu sagen."

Wir haben mit vielen Kollegen gesprochen und ihnen den Fall vorgelegt: „Wer ist schuld am Tod des Kollegen B.?" Die Kollegen, die hier das rosagefärbte Geschwätz schon zum Überdruß kennen, waren aufs äußerste empört. Eine Stimme: „Da bildet man einen hier im Hause aus und schmeißt ihn sofort auf die Straße, wenn er mal was nicht gleich voll bringt. Das wirft so das richtige Licht auf unsere Ausbildung. Und da sollen die andern Kapitalisten es anders machen. Natürlich, die sind schuld, der Fraundorf (Name des Abteilungsleiter) ist schuld. Der hat ihn gekündigt."

Eine andere: „Was soll das Geschwätz von Schwierigkeiten zu Hause. Jeder von uns hat mal Schwierigkeiten zu Hause. Aber wie werden die erst, wenn du nach Haus kommst ohne Arbeit. Die, die dir die Arbeit nehmen, die sind schuld." Eine dritte: „Die haben uns belogen. Kein Wort davon, daß sie gekündigt haben. Das sind richtige Sklaventreiber."

Ja, so ist es. Sie hatten ein äußerst schlechtes Gewissen. Nicht die Konflikte zwischen Mann und Frau, sondern die unmenschlichen Ausbeutungsbedingungen, die, die ihn einfach auf die Straße schmissen, haben den Kollegen B. in den Tod getrieben. Und sie wußten genau um ihren Anteil. Deswegen die Heimlichtuerei, die Lügen und Heucheleien. Und der Höhepunkt der Heuchelei: Dieselben Herren, die ihm gekündigt hatten, gingen sogar so weit, um den verlogenen Schein zu wahren, mit schwarzem Anzug auf dem Begräbnis zu erscheinen und einen Kranz des BFW niederzulegen.

Aber in einem haben sie sich verrechnet. Wir haben die wahren Ursachen, die den Kollegen B. in den Tod trieben, aufgedeckt und werden sie weiter verbreiten, damit der Haß auf dieses Sklavenhaltersystem, in dem wir leben, sich bei all unseren Kollegen weiter vertieft.

'A Classe Operaria', Zentralorgan der KP Brasiliens

Die 'Theorie der drei Welten' muss entschieden bekämpft werden!

Im Juli dieses Jahres veröffentliche „A Classe Operaria", das Zentralorgan der Kommunistischen Partei Brasiliens, den nachfolgenden Artikel. Er unterzieht die „Theorie der drei Welten", wie sie von der neuen opportunistischen Strömung entwickelt wurde, einer scharfen und grundlegenden Kritik und deckt ihren antileninistischen und konterrevolutionären Charakter auf. Der im folgenden abgedruckte Artikel bekräftigt in wesentlichen Teilen Positionen, die die KP Brasiliens bereits vor vier Jahren in einem Artikel in „A Classe Operaria" mit dem Titel „Über den antiimperialistischen Kampf" eingenommen hat. In jenem Artikel wandte sich die KP Brasiliens vor allem gegen die opportunistischen Auffassungen über die Rolle der sogenannten „dritten Welt".

Wir bringen den folgenden Artikel leicht gekürzt in der Übersetzung, die von Radio Tirana am 30. August in deutscher Sprache gesendet wurde.

Im Mittelpunkt der ideologischen Auseinandersetzung steht heute die „Theorie der drei Welten". Gegen sie muß in jeder Hinsicht ein entschiedener Kampf geführt werden. **Wir befinden uns in einer Zeit, da jeder Standpunkt genau bestimmt werden muß. Wie in den 60er Jahren stehen wir auch heute vor der Frage, ob wir eine Orientierung annehmen oder ablehnen sollen, die die revolutionären Prinzipien des Marxismus-Leninismus verletzt.**

Ist der US-Imperialismus ungefährlich geworden?

Eines der Argumente, das heute bei den Parteigängern der „Theorie der drei Welten" am meisten in Mode gekommen ist und von ihnen verbreitet wird, ist die vermeintliche Dekadenz des US-Imperialismus. Diese Dekadenz bedingt angeblich die Möglichkeit, daß der Imperialismus ein Bundesgenosse im Kampf gegen den Sozialimperialismus wird, ebenso wie sie angeblich die Stärkung der „dritten Welt" fördert. „A Classe Operaria" hat diese These, die weder neu noch originell ist und stets mit dem sogenannten „friedlichen Weg" Hand in Hand marschiert, schon damals abgelehnt. Längst wissen die brasilianischen Kommunisten über ihren wirklichen Inhalt Bescheid.

Im Jahr 1945 vertrat Prestes[1], gestützt auf den Browderismus[2], die Auffassung, dem Imperialismus seien die Zähne ausgebrochen. Damit unterstellte er gewissermaßen Veränderungen in seiner Natur. Seiner Ansicht nach waren die USA nun nicht mehr in der Lage, den Vormarsch der Demokratie in den verschiedenen Ländern aufzuhalten. Damit wollte er den opportunistischen Kurs des sogenannten friedlichen Weges rechtfertigen, den die Partei eingeschlagen hatte. Doch schon nach kurzer Zeit wurde diese These als unhaltbar entlarvt. Im Jahr 1947 ging Truman zum Angriff über, in der Absicht, die Weltherrschaft zu errichten, und die **kümmerliche Demokratie in Brasilien** wurde beseitigt. Später, im Jahr 1956, war es Chruschtschow, der behauptete, dem Imperialismus seien die Zähne ausgebrochen. Im Kräfteverhältnis habe sich angeblich im weltweiten Maßstab eine starke Verschiebung vollzogen. Diese ermögliche es der kommunistischen und Arbeiterbewegung, ihre Ziele auf dem friedlichen Weg zu erreichen. Die Dekadenz des Imperialismus hatte angeblich die Voraussetzungen für eine Welt ohne Waffen und ohne Kriege geschaffen. Dieser Kurs entsprach keineswegs der Realität und fügte der revolutionären Bewegung großen Schaden zu.

Nun erscheint das ganze in einem neuen Gewand aber mit dem gleichen opportunistischen Charakter wieder auf der politischen Bühne. Dadurch, daß der US-Imperialismus als dekadent bezeichnet wird, wird der Versuch unternommen, seine aggressive und räuberische Aktivität zu verharmlosen, ihn für weniger gefährlich als seine sowjetischen Rivalen auszugeben, um ein Bündnis mit ihm zu rechtfertigen: also sich auf die eine Supermacht zu stützen, um die andere zu bekämpfen. **Diese Theorie bis zum Ende durchzuführen, hieße, die Völker in eine Katastrophe zu stürzen.**

Schon Lenin hob hervor, daß der Imperialismus sterbender, faulender Kapitalismus ist. Zwar entwickelt sich der Imperialismus als System, er hat aber seinen Endpunkt bereits erreicht. Er befindet sich nun im unabänderlichen Niedergang. So gesehen kann man allerdings von einer Dekadenz des Imperialismus, sowohl des amerikanischen als auch des sowjetischen und des übrigen Imperialismus, sprechen. Dies zeigt, daß die historischen Bedingungen für den Sozialismus herangereift sind, daß die proletarische Revolution zu einer objektiven Notwendigkeit geworden ist. Die Dekadenz aber, von der die Anhänger der „Drei-Welten-Theorie" sprechen, ist etwas ganz anderes. Ihrer Meinung nach ist der Imperialismus dekadent, der hinter seinem Konkurrenten und im Vergleich zu seiner früheren Stellung im System der weltweiten Ausbeutung zurückgefallen ist. Sie sagen, daß sich in einem solchen Fall sein Wesen gegenüber früher geändert habe, nun könne er im Kampf gegen die Stärkeren eine positive Rolle spielen, sogar zu einer Reserve der Revolution werden. Doch der aggressive, expansionistische und räuberische Charakter gehört zur Natur des Kapitalismus in seinem monopolistischen Stadium. Er wird sich nach wie vor und unter allen Umständen zeigen und bis zu seiner letzten Stunde vorhanden sein.

Bekanntlich haben der englische, französische, deutsche und japanische Imperialismus ihren „Glanz" vergangener Zeiten verloren und die Ambitionen des US-Imperialismus aus der Nachkriegszeit werden eingeengt. Zwar hat sich der englische Imperialismus gegen Nazi-Deutschland gestellt, aber er überfiel zusammen mit dem französischen Imperialismus in den 50er Jahren Ägypten. Die französischen Monopolherren führten in den 50er und 60er Jahren Krieg in Indochina und in Algerien. Der deutsche und der japanische Imperialismus erheben das Haupt und streben danach, sich einen Platz an der Sonne zu verschaffen. Was den US-Imperialismus anbelangt, so war dieser der Urheber der bewaffneten Aggressionen nach dem zweiten Weltkrieg. Alle erlitten sie Niederlagen durch die nationalen Befreiungsbewegungen. Doch sie fanden sich mit der Niederlage nicht ab. Sie wurden weder zahm noch ein Freund der Völker. Ausnahmslos alle sind bemüht, sich auszubreiten und suchen nach neokolonialistischen Wegen, um ihre Ziele zu erreichen.

Der USA-Imperialismus ist der brutalste Unterdrücker und Ausbeuter der Völker, einer der wütenden Feinde der Freiheit und nationalen Unabhängigkeit. Durch den Einsatz der Atombombe gegen Japan und durch die Schrecken des Krieges in Korea und in Vietnam zeigte er, wozu er imstande ist, um seine Ziele zu erreichen. Die Verfechter der „Drei-Welten-Theorie" sagen, er befinde sich jetzt in der Defensive, während der Sozialimperialismus in der Offensive sei. Die „Defensive" brachte aber keine Veränderung im kriegshetzerischen und ausbeuterischen Charakter des Imperialismus. Sie ist im Gegenteil oft eine Form, um sich auf künftige Aggressionen vorzubereiten. Stellen wir die Frage: Wer ist im Nahen Osten, in Lateinamerika und sogar im Indischen Ozean in der Offensive? Und in Portugal und Spanien? Wer kommandiert das militärische Bündnis in Westeuropa im Rahmen der NATO? Es liegt auf der Hand, daß dies die Vereinigten Staaten von Amerika sind, trotz der Widersprüche und Meinungsverschiedenheiten, die sie mit den Regierungen einiger dieser Staaten haben.

Ein Kriterium, um die offensive bzw. defensive Haltung eines bestimmten Landes im Hinblick auf sein Streben nach Weltherrschaft festzustellen, sind seine Kriegsvorbereitungen. Die USA liegen im Wettrüsten vorn. Kein anderes Land hat so hohe Ausgaben für die Rüstung, niemand perfektioniert die Vernichtungswaffen so sehr wie sie. Carter ist sogar entschlossen, die Neutronenbombe in Serie gehen zu lassen, eine Waffe, die dazu bestimmt ist, die Menschheit in unvorstellbarem Maß zu vernichten.

Auch die Sowjetunion verstärkt ihre Rüstungsindustrie. Sie baut ihre Kriegsflotte in außerordentlichem Umfang aus, steigert die Zahl der Atomraketen und schafft verschiedene neue Angriffs- und Vernichtungswaffen. **Die Wahrheit ist, daß der USA-Imperialismus und der sowjetische Sozialimperialismus in heftiger Rivalität um die Hegemonie in der Welt stehen und ein neues Blutbad vorbereiten. Sowohl der eine als auch der andere wollen strategische Stellungen erobern. In einigen Zonen befinden sich die Russen in der Offensive, in anderen wiederum die Amerikaner. Ihre Pläne jedoch stoßen auf den Kampf der Völker, die ihnen ständig Schläge versetzen und ihre Herrschaftspläne bekämpfen. Sie aber lassen niemals von ihren finsteren Absichten ab.**

Die Überlegenheit eines imperialistischen Landes gegenüber den anderen ist ein Faktor für den Krieg, weil dieses Land versucht, die Welt zum eigenen Vorteil neu aufzuteilen, was es aber nur gewaltsam erreichen kann. Es besteht kein Zweifel, daß die Sowjetunion sich anmaßt, die Welt zu beherrschen, daß sie eine Aggressions- und Hegemoniepolitik, eine konterrevolutionäre Politik betreibt. Aber die USA besitzen noch immer eine Überlegenheit gegenüber dem Sozialimperialismus. Nehmen wir an, die Sowjets würden die Amerikaner einholen und überflügeln und die Initiative ergreifen, um eine weltweite Aggression zu entfesseln. Wären sie dann etwa die einzigen Aggressoren? Bemühen sich nicht auch die USA, ihre Weltherrschaft zu errichten? Die USA verteidigen die Stellungen, die sie in den imperialistischen Ländern besitzen und bereiten sich gleichzeitig darauf vor, den Konkurrenten anzugreifen und zu zerschlagen. **In einem zwischenimperialistischen Konflikt gibt es keinen Aggressor und keinen Angegriffenen. Es gibt keine gerechte und keine ungerechte Sache. Beide Seiten treiben die Aggression vorwärts. Die von ihnen verteidigte Sache ist ungerecht. Im Krieg verfolgen sie mit anderen Mitteln die Expansions- und Raubpolitik, die sie auch schon vorher betrieben.**

Die Sowjetunion als sozialimperialistische Macht, heißt es in „A Classe Operaria" ferner, darf nicht unterschätzt werden. Sie ist ein heimtückischer und brutaler Feind, einer der Hauptkriegstreiber. In der Maske des Sozialismus, den sie verraten hat, und des Leninismus, den sie leugnet, versucht sie, ihrer Herrschaft über die Völker den Weg zu bahnen. **Vor den Völkern steht die große Aufgabe, die Hegemoniepläne der Sowjetunion zu entlarven und zu zerschlagen. Aber ihr Rivale um die Weltherrschaft, der Yankee-Imperialismus, ist nicht minder gefährlich und barbarisch.** Auf ihn konzentriert sich der Haß der Werktätigen und der Volksmassen. Gegen ihn richtet sich gleichfalls der Kampf der Ausgebeuteten und Unterdrückten aller Kontinente. Für das Proletariat wäre es todbringend, sich an die Seite der einen oder der anderen kriegstreiberischen Gruppierung zu stellen, sich mit einer von ihnen zu verbünden. In diesem Fall sind beide Seiten der Hauptfeind.

Bereits während des zwischenimperialistischen Kriegs der Jahre 1914 bis 1918 legte Lenin die wahrhaft proletarische Politik dar, als er die in Basel gefaßten Beschlüsse gegen den Krieg und für seine Verwandlung in einen Kampf um soziale Befreiung unterstützte. Jene Parteien, die herauszufinden versuchten, wer nun der Aggressor und wer der Gefährlichere in diesem Krieg zwischen den Schakalen sei, glitten in den Chauvinismus ab. Sie verrieten die internationale Sache des Proletariats. Würden die heutigen marxistisch-leninistischen Parteien in die Absurdität verfallen, daß es in jedem Krieg, sogar in den zwischenimperialistischen Kriegen, immer einen Hauptfeind gibt, gegen den sich die Arbeiterklasse an die Seite des Rivalen dieses Feindes stellen muß, so würden sie jenen verbrecherischen Fehler begehen, der die II. Internationale in die Niederlage führte. Folglich dienen die sogenannte Unterlegenheit und Dekadenz der USA, die die Theoretiker der „drei Welten" predigen, dazu, das revolutionäre Bewußtsein der vom Kapital Ausgebeuteten einzuschläfern und sie vor den Karren der Strategie des einen von den beiden aggressiven Blöcken zu spannen. Ebenso dient die von den Kreml-Lakaien propagierte sogenannte Hilfe des Sowjetrevisionismus für die nationale Befreiung und sein angeblicher Wunsch nach weltweiter Entspannung dazu, die Völker hinters Licht zu führen, ihre Wachsamkeit abzustumpfen und die Herrschaft über sie zu erleichtern.

Sich, unter welchem Vorwand auch immer, auf die eine der beiden Supermächte zu stützen, ihrer Friedensdemagogie Glauben zu schenken und anzunehmen, eine von ihnen könne sich mit den Unterdrückten verbünden, um ihre Befreiung zu unterstützen, heißt, den schwersten Fehler zu begehen, vom Prinzip des Klassenkampfes abzuweichen, sich von der Revolution abzukehren und in dem Sumpf des Opportunismus zu versinken.

Was steckt hinter der sogenannten „dritten Welt"?

Zum entscheidenden Bestandteil der „Theorie der drei Welten" gehört die sogenannte „dritte Welt". Sie ist angeblich unter den gegenwärtigen Bedingungen die Triebkraft der gesellschaftlichen Entwicklung, die wesentliche Grundlage für die Vernichtung der Supermächte und in erster Linie für die Vernichtung der Sowjetunion, die als gefährlichster und Hauptfeind definiert wird. Die „dritte Welt" stellt angeblich eine anwachsende Kraft dar, die einen Sieg nach dem anderen über den Imperialismus erringt. Die zu ihr gehörigen Länder schreiten angeblich beim Aufbau einer unabhängigen und fortschrittlichen Gesellschaft voran.

Es gab eine Zeit, da diese „dritte Welt" oder die „blockfreien Länder" oder die „Entwicklungsländer" — drei Bezeichnungen für ein und denselben Inhalt — vereint schien und scheinbar beachtliche Erfolge errang. Diese „Welt" erlebte einen Aufschwung in den Jahren 1972 und 73. Die Forderung nach der 200-Meilen-Zone für die Hoheitsgewässer wurde als entschlossene antiimperialistische Haltung hingestellt. Inzwischen haben auch die USA, die Sowjetunion und Frankreich die 200-Meilen-Zone. Die Heraufsetzung des Erdölpreises wurde als Befreiung der vom Imperialismus unterdrückten Länder begrüßt und die Forderung nach Verwertung der Rohstoffe durch die „dritte Welt" wurde als ein neuer Weg zur nationalen Befreiung ausgegeben. Die „dritte Welt" wurde zur Mode. Allende in Chile, Peron in Argentinien, Velasco in Peru, Castro auf Cuba — sie alle bekannten sich zur „dritten Welt". Selbst Geisel verliebte sich in diese Strömung.

Gerade zu dieser Zeit begannen gewisse „revolutionäre", „sozialistische" Kreise Lobeshymnen auf die „dritte Welt" zu singen und sich ihr zuzurechnen, womit sie die prinzipiellen Unterschiede zwischen Sozialismus und Kapitalismus verwischten. Unsere Partei war niemals mit dieser merkwürdigen Klassifikation und auch nicht mit dem Quatsch über die „weltweite antiimperialistische Einheitsfront" einverstanden. Bereits im Jahr 1973 deckte sie die Unstimmigkeit und den opportunistischen Charakter auf, die darin enthalten waren. Die Perspektive einer dritten Position, die der antiimperialistischen Bewegung von gewissen Strömungen unterbreitet wird, ist sowohl theoretisch als auch politisch falsch. Ob sie nun wollen oder nicht: Die Befürworter dieses Begriffs befinden sich jetzt in einem Dilemma. Bei der Mehrheit dieser Länder war die sogenannte Unabhängigkeit lediglich eine vorübergehende Illusion. Fast in allen diesen Ländern traten Veränderungen ein, die dem angeblichen Antiimperialismus ihrer Regierungen ein Ende setzte. Sie wurden noch abhängiger vom internationalen Finanzkapital, darunter auch von der Sowjetunion.

Nach den vor kurzem vom UNCTAD, dem Handels- und Entwicklungsrat der UNO, aufgrund der Ziffern der Weltbank veröffentlichten Angaben beliefen sich die Schulden dieser Länder im Außenhandel im Jahr 1974 auf 80 Mio. Dollar. Jetzt haben sie 240 Mrd. erreicht. Dies ist eine schwere Last, die diese Länder in Vasallen der Großmächte verwandelt hat. Auch beteiligen sich diese Länder am Wettrüsten. Sie haben noch nie so viel moderne Waffen gekauft, was sie technisch und militärisch an die imperialistischen Lieferanten bindet. Militärputsche oder betrügerische Wahlen haben auch das zerstört, was von den demokratischen Freiheiten übrig geblieben war, und sie haben ultrareaktionäre und faschistische Systeme errichtet. Die Einheit dieser Länder wurde zerstört. In einigen von ihnen entstanden Tendenzen zur Annexion und in mehreren Regionen ist es zu blutigen Zusammenstößen gekommen. Indien, Indonesien, Syrien, der Iran und andere unterwarfen gewaltsam ihre Nachbarn, oder sie organisierten Kampagnen mit diesem Ziel. Brasilien unterwarf die Nachbarländer seinen eigenen Interessen, und es bedroht Guyana. Peru und Chile rüsten auf und bedrohen sich gegenseitig. Guatemala versucht Belize zu annektieren. In Afrika spitzen sich die territorialen Konflikte zu.

Neben den finsteren Zielen der herrschenden Klassen dieser Länder lassen sich auch Manöver des Imperialismus feststellen, der sich bemüht, die Konflikte und Streitigkeiten dazu auszunutzen, um seine eigenen Stellungen zu festigen. Die Hemmung der Produktivkräfte in den rückständigen Ländern, um die ein solcher Lärm gemacht wird, ist eine Entwicklung in Abhängigkeit, untergeordnet dem ausländischen Kapital. Sie steht in vollständigem Gegensatz zu den Interessen dieser Nationen. Und an-

Fortsetzung auf Seite 10

Die "Theorie der drei Welten" muss entschieden bekämpft werden

Fortsetzung von Seite 9

ders kann es auch nicht sein! Denn diejenigen, die sich der „dritten Welt" zurechnen, sind die herrschenden Klassen der halbkolonialen und abhängigen Länder, die Regierungen, die sie vertreten. Diese Klassen sind im allgemeinen reaktionär, weil sie seit jeher in dieser oder jener Weise mit dem Imperialismus verbunden sind, den zu zerschlagen sie niemals die Absicht hatten. Sie sind Hüter der alten Strukturen. Von den Schwierigkeiten bedroht und unter dem ständigen Druck der revolutionären Bewegung begannen sie, einige Vorteile zu fordern. Die von ihnen vorgeschlagenen Losungen, ob von wirtschaftlichem oder politischem Charakter, sind aber mit dem Entgegenkommen und der "Hilfe" der entwickelten Länder verflochten, d. h. der großen Monopole. Sie wollen, wie sie selbst zugeben, mit den Imperialisten Kuhhandel treiben. Sie vertreten nicht die wahre demokratische und antiimperialistische Bewegung, die zweifellos in fast allen Regionen der Welt anwächst. Im Gegenteil: Diese Bewegung, die in ihren Reihen die Mehrheit jeder Nation zusammenschließt, kämpft entschieden gegen diese Klassen und Regierungen, die Verräter an den nationalen Interessen sind. Wie läßt sich also behaupten, diese reaktionären Kräfte seien der Motor der gesellschaftlichen Entwicklung? **Kann man, ohne in eine schwere opportunistische Abweichung zu verfallen, annehmen, daß dieses mit den Monopolen verbundene zusammengewürfelte Konglomerat die Bastion des Kampfes gegen die Supermächte und für die Befreiung vom Joch des Imperialismus darstellt?!** Die albanischen Genossen haben vollständig recht, wenn sie betonen: „*Spricht man jedoch global von der sogenannten „dritten Welt" als Hauptkraft des Kampfes gegen den Imperialismus und als Hauptkraft der Revolution, wie es die Anhänger der ‚Theorie der drei Welten' tun, ohne irgendeinen Unterschied zwischen den wahrhaft antiimperialistischen und revolutionären Kräften und den herrschenden proimperialistischen, reaktionären und faschistischen Kräften in einer Anzahl Entwicklungsländer zu machen, so heißt das, sich offenkundig von den Lehren des Marxismus-Leninismus abzukehren und typisch opportunistische Auffassungen zu predigen, wodurch Konfusion und Verwirrung unter den revolutionären Kräften gestiftet wird.*"[3] Es ist Betrug, wenn man die Völker auffordert, sich um die „dritte Welt" zusammenzuschließen, denn das heißt, um die reaktionären Kräfte der unterentwickelten Länder. Auf diese Weise werden sie niemals ihre grundlegenden Probleme lösen, das Joch der Unterdrückung abwerfen und ihre geschworenen Feinde zerschlagen können.

Die Verfechter der These von der „dritten Welt" kehren sich von der Revolution ab. Sie mögen sie nicht und kämpfen auch nicht für sie, weil die Revolution als objektive Notwendigkeit, um die nationale und soziale Befreiung zu erreichen, sich sowohl gegen den äußeren Feind als auch gegen die reaktionären und faschistischen Regierungen der halbkolonialen und abhängigen Länder richtet. Die Anhänger der „dritten Welt" formulierten ihre These, nach der die Hauptaufgabe dieser Länder die Erlangung ihrer wirtschaftlichen Unabhängigkeit sei, denn angeblich sind sie schon politisch unabhängig. **Diese These mit reformistischem Inhalt entspricht den Bestrebungen der reaktionären Bourgeoisie. Indem sie die wirtschaftliche Unabhängigkeit mechanisch von der politischen Unabhängigkeit trennen, leugnen sie die Notwendigkeit der Revolution und unterwerfen den Kampf des Volkes der Führung der Bourgeoisie, die angeblich um wirtschaftliche Unabhängigkeit kämpft, in Wirklichkeit aber in ihren Ländern dem ausländischen Kapital Tür und Tor öffnet und versklavende Abkommen mit dem Imperialismus abschließt.** Es besteht kein Zweifel, daß die Erringung der wahren politischen Unabhängigkeit die grundlegende Voraussetzung dafür ist, die wirtschaftliche Unabhängigkeit zu erlangen. Ohne erstere kann die zweite nicht erlangt werden. Eben aus diesem Grund ist es notwendig, die Revolution durchzuführen, weil keines oder fast keines der Länder der sogenannten „dritten Welt" eine wirkliche nationale Unabhängigkeit genießt. Auf die eine oder die andere Weise sind diese Länder in das Netz der imperialistischen Herrschaft geraten, bleiben sie unter dem unterdrückenden Joch der ausländischen Monopole und bewahren eine rückständige Agrarstruktur. Im allgemeinen sind ihre Regierungen volksfeindlich. Die Völker der unterdrückten Nationen, betonte der Artikel von „A Classe Operaria" vom Juli 1973, können nur dann der imperialistischen Ausbeutung und Unterdrückung ein Ende setzen, wenn sie den Weg der Revolution gehen. Die Revolution muß die Haupthindernisse beseitigen, die dem nationalen Fortschritt und der nationalen Unabhängigkeit in den Weg gestellt werden. Sie muß die reaktionären Kräfte entmachten, die versöhnlerischen Kräfte isolieren, den bürokratischen Apparat liquidieren, breite Freiheiten für die Massen sichern und die Volksstreitkräfte schaffen. Weiter wurde in diesem Artikel hervorgehoben, daß die Erfüllung dieser Aufgabe die Führung durch das Proletariat und eine korrekte sozialistische Perspektive erfordert. Es ist nicht richtig, von einem Erstarken der sogenannten „dritten Welt" zu reden. **Im Erstarken befindet sich die wahre demokratische und antiimperialistische Bewegung, die sich fast auf allen Kontinenten entwickelt und die brutalsten Reaktion der reaktionären herrschenden Klassen jener Länder die Stirn bietet. Diese Bewegung und nicht die „dritte Welt" muß als Stütze und Verbündete der Weltrevolution, als eine der Säulen betrachtet werden, auf die sich die Strategie des Weltproletariats stützt.** Es ist ein Betrug, diese Bewegung mit den reaktionären Regierungen zu verwechseln. Dies würde heißen, das Prinzip des Klassenkampfes zu leugnen, in den Sumpf des Reformismus und des engstirnigen und gegen den Fortschritt gerichteten Nationalismus zu geraten. Das heißt, auf weltweiter Ebene die Aufrechterhaltung des kapitalistischen Systems zu unterstützen, das sich in seinem letzten Stadium befindet und im Griff der allgemeinen Krise steckt.

Die „zweite Welt" — eine Erfindung der Opportunisten

Zum strategischen Schema der „Theorie der drei Welten" gehört auch eine sogenannte „zweite Welt", die als Opfer der Plünderung und Unterdrückung durch den US-Imperialismus und den sowjetischen Sozialimperialismus hingestellt wird. Sie ist angeblich durch die nahe bevorstehende russische Herrschaft bedroht und widersetzt sich angeblich dem zunehmenden Druck der Vereinigten Staaten. Ihr würden die imperialistischen Länder Europas und Asiens sowie Kanada, Australien und die europäischen Satelliten der Sowjetunion angehören. Sie haben angeblich gemeinsame Forderungen, durch die sie sich den abhängigen Ländern der „dritten Welt" annähern. Sie würden die letzteren im Kampf gegen die Supermächte unterstützen und sich mit ihnen verbünden. In Wirklichkeit ist diese „zweite Welt" eine Erfindung der Opportunisten. Allerdings gibt es die sozialimperialistischen Drohungen und die amerikanischen Erpressungen. Die Länder Westeuropas, Japan, Kanada und Australien sind aber dennoch Verbündete der USA und nicht der abhängigen Länder. Der andere, osteuropäische Block ist trotz versteckter Unzufriedenheit ein Verbündeter der Sowjetunion. Wenn die Länder Europas und Japans auch durch die revolutionären Bewegungen von ihren alten Herrschaftsstellungen verdrängt worden sind, bleiben sie doch nach wie vor Plünderer und Ausbeuter der Völker, ihre räuberische und kriegshetzerische Natur hat sich nicht geändert. Sie alle wenden neokolonialistische Formen in ihren Beziehungen zu den rückständigen Ländern an, sie nähern sich den reaktionären herrschenden Klassen der unterdrückten Nationen mit dem Ziel, die nötigen Brücken zu schlagen, um wirtschaftlich vorzustoßen, und ihren politischen Einfluß zu steigern. **Die Hilfe der „zweiten Welt" für die „dritte Welt" ist eine Lüge. Wer z. B. das Atomabkommen zwischen der Deutschen Bundesrepublik und der brasilianischen Diktatur als Hilfe für die Bestrebungen unseres Volkes, seine wahre Unabhängigkeit zu erlangen, betrachtet, dem fehlt jeder revolutionäre Geist.** Dieses für die grundlegenden Interessen Brasiliens äußerst schädliche Abkommen, das von den breiten patriotischen Kräften abgelehnt wird, ist ein fettes Geschäft für die deutschen Monopole, ein Mittel, das ihnen erlaubt, die Uranreserven unseres Landes in die Hand zu bekommen und besonders die atomare Rüstung Deutschlands zu fördern. Genauso hilft es dem brasilianischen Militärregime, Atomwaffen herzustellen, mit denen die Nachbarvölker bedroht und die Großmachtpläne der faschistischen Generäle befriedigt werden sollen. **Die Deutsche Bundesrepublik gehört zu den größten Kapitalanlegern in Brasilien und nimmt den zweiten Platz hinter den USA ein. Das Ziel seiner Investitionen unterscheidet sich nicht im geringsten von dem der US-Monopole.** Westdeutschland beutet schonungslos die Werktätigen und das Volk Brasiliens aus, es preßt märchenhafte Profite aus ihrer Arbeit und ihrem Blut sowie aus der Plünderung der Naturschätze Brasiliens. Sind die deutschen Monopolherren in den anderen Ländern anders? Sie gehen überall gleich vor. Die Länder der sogenannten „zweiten Welt" investieren ihre Kapitalien und rauben die Rohstoffe, sie gewähren Kredite zu hohen Zinsen und technische Hilfe zu schweren Bedingungen. Darüberhinaus versuchen sie, auf dem Binnenmarkt der unterentwickelten Länder wichtige Positionen zu ergattern. Sie gehen auch auf politischem Gebiet immer offener vor und bemühen sich dort, ihren Einfluß zu festigen. Die Deutsche Bundesrepublik betreibt zusammen mit den Vereinigten Staaten von Amerika oder auf eigene Rechnung eine intensive Tätigkeit und bemüht sich, die politischen Prozesse, die dem Imperialismus nicht ins Konzept passen, zu verhindern. In Portugal und Spanien finanziert sie die sogenannten gemäßigten Kreise und unterstützt sie politisch, mit dem Ziel, einem Vormarsch der Linken in den Weg zu treten. In Lateinamerika ist sie nach dem Sturz der Diktaturen bemüht, eine sozialdemokratische oder christdemokratische Bewegung zu organisieren als Gegengewicht zu den revolutionären Kräften. Frankreich, das noch immer Kolonien besitzt, verstärkt seine Tätigkeit in Afrika, indem es sich bemüht, die Länder, die früher unter seiner Herrschaft waren, um die Metropole zusammenzuscharen. Es verkauft ihnen moderne Waffen begleitet von französischen Technikern und Beratern. Es nimmt auch am Waffenhandel teil wie im Fall des Tschad oder von Zaire.

England hat das nordirische Volk überfallen und geht mit Kriegshandlungen gegen Island vor. Es schart weiterhin die alten Kolonien des britischen Commonwealth um sich.

Die imperialistischen Länder Europas und Asiens haben zwar den kolonialen Glanz verloren, sind aber nach wie vor monopolistisch und kolonialistisch. Die Finanzeinnahmen aus den Auslandsinvestitionen, dem ungleichen Handel mit den unterentwickelten Ländern, aus dem Waffenhandel, aus den Zinsen der räuberischen Anleihen usw. bilden noch immer einen beträchtlichen Teil des Nationaleinkommens, d. h. des Gesamtumfangs der kapitalistischen Profite. Die imperialistischen Länder sind Feinde der Revolution, der Freiheit und der Unabhängigkeit der unterdrückten Völker. Zwischen ihnen gibt es Widersprüche, so wie es Widersprüche zwischen ihnen und dem US-Imperialismus und dem russischen Sozialimperialismus gibt. Dies sind jedoch Widersprüche, die unter Ausbeutern, unter wilden Tieren im gleichen Pferch unvermeidlich sind. Das sogenannte Bündnis dieser „Welt" mit dem, was die „dritte Welt" genannt wird, dient nicht der Politik der nationalen Befreiung, sondern dem Bündnis der imperialistische Länder Europas und Asiens mit den reaktionären herrschenden Klassen der unterdrückten Nationen. Dies hilft ihnen, die verlorenen Stellungen zurückzugewinnen und den Raub, den sie begehen, noch mehr zu verstärken. Diese schädliche Ausrichtung täuscht die Völker durch eine falsche Perspektive und ruft in der antiimperialistischen und demokratischen Bewegung Verwirrung hervor. **Natürlich können und müssen die Widersprüche im imperialistischen Lager geschickt ausgenutzt werden, wenn die Möglichkeiten dazu bestehen, doch niemals darf dabei zugelassen werden, daß der Feind zum Freund gemacht wird, niemals darf vorgegeben werden, man hätte gemeinsame Ziele mit ihm und so die Illusion geschaffen werden, er sei bereit, das System zu beseitigen, dem er angehört, und das er mit Klauen und Zähnen verteidigt.**

Der Augenblick der Entscheidung ist gekommen

Die „Theorie der drei Welten" befindet sich im offenen Gegensatz zur marxistisch-leninistischen Lehre. Die von beiden gewiesenen Wege unterscheiden sich voneinander, der eine führt zur Revolution, zur nationalen und sozialen Befreiung, der andere zur Aufrechterhaltung des kapitalistisch-imperialistischen Systems. Der eine begünstigt den Kampf für die Hegemonie des Proletariats, der andere spannt die Arbeiterklasse und die fortschrittlichen Kräfte vor den Karren der Bourgeoisie. Der eine trägt zum Erstarken der kommunistischen Parteien bei, dazu, die ausgebluteten und unterdrückten breiten Massen wachzurütteln und zusammenzuschließen, der andere spaltet die Parteien der Vorhutkräfte, läßt die revolutionäre Bewegung in einer Front aufgehen, in der die reaktionären Strömungen vorherrschen. Der eine steigert das politische Bewußtsein und den Kampfgeist der Werktätigen und der Volksmassen, der andere schwächt das Klassenbewußtsein des Proletariats.

Die Revolution ist das Hauptziel der Arbeiterklasse, die unausbleibliche Tendenz unserer Epoche. 1848, mit dem Kommunistischen Manifest von Marx und Engels, erhob das Proletariat sein unabhängiges Banner des Kampfes gegen die Bourgeoisie. Das war nicht nur eine formale Erklärung. In jenem Jahr versuchte es in Frankreich seine sozialistischen Ziele zu erreichen, und im Jahr 1871 trat es erneut zum Sturm an mit der heroischen und stets aktuellen Pariser Kommune. Im Jahr 1917 siegte es im alten Rußland. Nach dem ersten Weltkrieg versuchte es in Ungarn und in Deutschland die Macht zu ergreifen. Später siegte es in einigen Ländern Europas und Asiens. Mit dem revisionistischen Verrat tat es Schritte zurück, doch es hielt ruhmreich in Albanien und China stand. Wie auch immer die Windungen und Wendungen der Geschichte sein mögen, die Zukunft gehört ihm. Und aus diesem Grund verkündet es vor aller Welt seine revolutionären Ziele. Es verhehlt seine sozialistischen Absichten niemals unter keinerlei Vorwand, denn sie sind das Leuchtfeuer, das das Bewußtsein erhellt und den Weg zum Sieg beleuchtet. In verschiedenen Fällen wurden Versuche unternommen, das Proletariat von diesem wichtigen Weg abzubringen. Absichtlich wurden die Ideen in Bezug auf die Umwandlung der Welt entstellt. Es war also der Augenblick der Entscheidung gekommen, und diese Entscheidung trennte die Revolutionäre von den Opportunisten.

Auch heute durchlebt die kommunistische und Arbeiterbewegung einen entscheidenden Augenblick. Entweder schreitet sie auf dem von Marx, Engels, Lenin und Stalin gewiesenen Weg trotz der sehr großen Schwierigkeiten, die vor ihr auftreten, vorwärts, oder sie gerät in eine trügerische Sackgasse, wenn sie eine Theorie akzeptiert, die an sich nichts Proletarisches hat. Es ist der Augenblick gekommen, Stellung zu beziehen. Das sind Augenblicke, in denen die ideologische und politische Struktur einer jeden Partei und eines jeden Führers, eines jeden Vorhutkämpfers zum Vorschein kommt. Wer nicht Stellung bezieht, nimmt in Wirklichkeit eine inkonsequente, schwankende, unentschlossene Haltung ein. **Die „Theorie der drei Welten" ist nicht irgendeine Ansicht, der gegenüber man unparteiisch bleiben kann. Sie bestimmt die Richtung, sie ist ein ganzes Konzept, das vorgibt, die Strategie und Taktik des revolutionären Proletariats zu sein, und das die Kräfte zu organisieren sucht, um diese Theorie in die Tat umzusetzen. Sie muß entschieden bekämpft werden.** Nur der Kampf mit den ehrlichen Menschen, die sich geirrt haben, hilft, ihre Fehler zu korrigieren. Die Kommunistische Partei Brasiliens wird an der Haltung festhalten, die sie 1962 einnahm, als sie mit dem Revisionismus brach, als sie die Ideale der Revolution hochhielt und sich an die Seite jener einreihte, die den Marxismus-Leninismus verteidigten. Sie spricht sich gegen die „Theorie der drei Welten" aus, gegen die aus ihr folgende Strategie und Taktik, gegen die Schaffung von falschen marxistisch-leninistischen Parteien, um sie zu unterstützen. Vor vier Jahren, ja, sogar schon vorher widersetzte sie sich in dem Artikel „Über den antiimperialistischen Kampf" den opportunistischen Versuchen, den gemeinsamen Weg zu verlassen, der nach der Entlarvung Chruschtschows und seiner Handlanger festgelegt worden war, und sie wird auf diesem Weg auch weiterhin voranschreiten.

Die Einheit ist eine große Sache. Wir werden die Einheit der revolutionären Bewegung verteidigen, doch gestützt auf die Prinzipien. Wir begrüßen die unerschütterliche und mutige Haltung der Partei der Arbeit Albaniens und der anderen Bruderparteien, die offen zur Verteidigung des Marxismus-Leninismus gegen die neue opportunistische Tendenz im weltweiten Maßstab auftraten. Das ist eine konsequente Haltung von historischer Bedeutung, die von der Lebenskraft und der Unbesiegbarkeit der Lehre und der Ideen von Marx, Engels, Lenin und Stalin und der proletarischen Revolutionäre der heutigen Zeit zeugt. Der Marxismus-Leninismus wird in der ganzen Welt siegen. Zwar hat die proletarische Revolution gegenwärtig durch den Verrat der Revisionisten einige Niederlagen erlitten. Die Faktoren aber, die die Revolution bedingen, entwickeln sich intensiv und in gewaltigen Ausmaßen. Der Tag wird kommen, an dem die Menschheit einen neuen, gewaltigen Sprung zum Sozialismus und Kommunismus tun wird.

(Hervorhebungen und Zwischenüberschriften von uns — Red. RM)

1) Prestes: Führer der brasilianischen Revisionisten.

2) Browderismus: Browder, ein amerikanischer Revisionist, der seine revisionistischen Thesen während des zweiten Weltkrieges zu verbreiten begann. Er zählt zu den Begründern des modernen Revisionismus.

3) „Theorie und Praxis der Revolution", redaktioneller Artikel von „Zëri i Popullit" vom 7. 7. 1977. Erschien in deutscher Sprache als Beilage zum „Roten Morgen" Nr. 28 vom 15. Juli 1977. Diese Beilage kann gegen Rückporto kostenlos vom Verlag bezogen werden.

Bonner Streit um Südafrikapolitik

Gemeinsam gegen die Völker Südafrikas

„Neues Massaker der Kommunisten in Ost-Rhodesien! Frauen und Kinder ermordet!" Unter diesen Schlagzeilen lieferte Springers Dreckschleuder „Bild am Sonntag" in der vorletzten Ausgabe einen Höhepunkt in der schrankenlosen Hetze gegen die Befreiungsbewegungen im südlichen Afrika. Anlaß war eine Reise, die den CDU-Rassisten Todenhöfer, den sogenannten „entwicklungspolitischen Sprecher" seiner Partei, zu seinen rhodesischen Gesinnungsfreunden geführt hatte.

Das rassistische Smith-Regime, dem Todenhöfer jetzt seine Aufwartung macht, steht heute mit dem Rücken an der Wand. Vom bewaffneten Volkskrieg der simbabwischen Patrioten in die Enge getrieben, von den Völkern der ganzen Welt verurteilt, sind seine Tage gezählt. Aber je enger sich die Schlinge um ihren Hals zusammenzieht, desto wütender werden die Angriffe der Rassisten auf das Volk von Simbabwe. Sie heuern Söldner in den USA, in Westdeutschland und England an, um sie gegen die Patrioten einzusetzen. Sie verschärfen ihren Terror gegen die Dörfer der Schwarzen, vertreiben die Bewohner und pferchen sie in KZs zusammen. Und es vergeht kaum eine Woche, in der nicht die Henker des Regimes Patrioten oder „Verdächtige" zum Galgen schleppen.

Gleichzeitig gehen die Rassisten immer mehr zu gezielten faschistischen Provokationen gegen die Befreiungsbewegung über. So zum Beispiel, als sie vor einigen Wochen eine Bombe in einem Supermarkt der Hauptstadt Salisbury plazierten und die Schuld am Tod von 14 Menschen, die dadurch zerfetzt wurden, der „Patriotischen Front" in die Schuhe schieben wollten. Und genau von der gleichen Art sind auch die „Massaker der Kommunisten" im „Dorf des Grauens", das die Rassisten jetzt ihrem Freund Todenhöfer präsentierten. Der Zweck solcher Manöver ist offensichtlich: Die Befreiungskämpfer sollen als gemeine Mörder abgestempelt, die Solidarität mit ihnen als eine Kumpanei mit Verbrechern verleumdet werden.

Damit wollen die wirklichen Verbrecher, die Rassisten in Salisbury, ihren blutigen Terror gegen das Volk und die Patrioten als gerechtfertigte „Strafaktionen" hinstellen, wollen sie Stimmung machen für die sogenannten gemäßigten schwarzen Führer, das heißt für die Marionetten vom Schlage eines Pastor Sithole und sie als die wirklichen Vertreter des simbabwischen Volkes erscheinen lassen.

Wenn jetzt Todenhöfer und die Springerpresse diesen gemeinen Manövern der Smith-Rassisten in der Bundesrepublik breite Propaganda verschaffen, dann ist das nichts Neues. Wer erinnert sich nicht an die Hetzkampagne, die von den Bonner Imperialisten und ihrer Lügenpresse gegen das kambodschanische Volk und die anderen um Freiheit kämpfenden Völker Indochinas entfesselt wurde? Schon dabei war ihnen keine Lüge zu schmutzig, und notfalls, wie im Fall der Springer-Presse unzählige Male nachgewiesen, produzierte man seine Horrorgeschichten selbst, zum Beispiel dadurch, daß unter Bilder von Opfern des faschistischen Terrors die Unterschrift „kommunistisches Massaker" gesetzt wurde. So einfach ist das für diese Herren!

Todenhöfers südafrikanische Märchen haben in Bonn letzte Woche einigen Wirbel erzeugt. Der SPD-Bundesgeschäftsführer Bahr zum Beispiel warf ihm „Verbalterrorismus" vor. Aber ging es ihm etwa um eine Verteidigung der simbabwischen Patrioten gegen die rassistischen Anwürfe Todenhöfers? Nein, das ganze Theater in Bonn drehte sich um die demagogische Anschuldigung der Strauß, Todenhöfer und Co., die Bundesregierung würde mit ihrer angeblichen Unterstützung der Befreiungsbewegungen in Südafrika „Beihilfe zum Mord" leisten.

Dieser Anschuldigung sind die Bonner Regierungspolitiker zwar entgegengetreten, zugleich wollten sie aber auch den Anschein erwecken, als seien sie im Gegensatz zur CDU entschiedene Gegner der rassistischen Regime im südlichen Afrika. Aber wie sieht es denn wirklich aus mit diesen selbsternannten Vorkämpfern gegen den Rassismus? Derselbe Bahr, der jetzt mit großen Worten gegen die CDU ins Feld zieht, hat kürzlich selbst klargestellt, was es mit der angeblichen Unterstützung Bonns für die Patrioten Südafrikas auf sich hat. Es sind die sogenannten „Gemäßigten", die schwarzen Handlanger der rassistischen Regime, denen Bonn Geld in die Tasche steckt, denjenigen also, mit deren Hilfe die Vorster und Smith die Völker spalten wollen, um ihre Macht aufrechtzuerhalten. Und Bahr, der sich so gerne als entschiedener Demokrat aufspielt, sprach sich sogar unverhüllt gegen das Wahlrecht für die Schwarzen Südafrikas aus.

Und die Waffen, die von den Rassisten Südafrikas gegen die kämpfenden Völker gerichtet werden, von der Fregatte bis zum Kampfhubschrauber, sie stammen zum großen Teil aus den Waffenschmieden der Bundesrepublik. Bonn gibt nicht nur seinen Segen zu diesen Waffenlieferungen, sondern hat auch die atomare Rüstung des Vorster-Regimes ermöglicht. Das sind die Tatsachen, deswegen ist Bonn unzählige Male zu Recht von den afrikanischen Völkern angeklagt worden.

Und zur gleichen Zeit, als Todenhöfer auf Einladung des Smith-Regimes in Simbabwe war, ließen sich vier Abgeordnete der Regierungskoalition vom Vorster-Regime eine Reise nach Azania finanzieren und machten ganz im Sinne ihrer Gastgeber Stimmung gegen den von den afrikanischen Ländern geforderten Boykott der Rassisten. Ja, diese Leute scheuten nicht einmal davor zurück, in der Begleitung von faschistischen Polizeioffizieren die berüchtigte KZ-Insel Robben Island zu besuchen, wo Tausende von Patrioten eingekerkert sind.

So geht es bei dem Gerangel der Bonner Parteien um die Südafrikapolitik nur um taktische Unterschiede. Während die einen die Rassisten offen unterstützen, versuchen die anderen, diese Unterstützung hinter der Maske von Freunden der Völker Afrikas zu verstecken. Ob Todenhöfer oder Bahr, sie alle vertreten ausschließlich die Interessen der Bonner Imperialisten. Ihre Sorge gilt den Höchstprofiten, die die westdeutschen Monopole wie Siemens, VW oder Hoechst in ihren südafrikanischen Werken durch die Ausbeutung der billigen schwarzen Arbeitskraft erzielen. Und diejenigen, die ihnen diese Profite sichern, sind eben die rassistischen Regime, die mit faschistischem Terror die Arbeiter niederhalten.

Die Völker des südlichen Afrika stehen heute im bewaffneten Kampf für die Befreiung ihrer Heimat. Und um in diesem Kampf den Sieg zu erringen, müssen sie nicht nur die rassistischen Unterdrücker-Regime niederschlagen, sondern auch die Imperialisten, in erster Linie die Supermächte, aber auch die westdeutschen und die anderen europäischen Imperialisten aus Südafrika verjagen.

Neuer Panamakanal-Vertrag

Kein Rückzug der amerikanischen Besatzer

Vom „Beginn einer neuen Ära der Zusammenarbeit und Gleichberechtigung" zwischen den USA und den Ländern Lateinamerikas tönte der amerikanische Präsident Carter. Und den Startschuß für diese Ära sollte die Unterzeichnung eines neuen Vertrags über den Panamakanal geben. Damit auch alle Welt dieses Ereignis würdigen konnte, hatte Carter zum Vertragsabschluß die lateinamerikanischen Regierungschefs nach Washington gerufen.

Und alle kamen: Pinochet aus Chile, Stroessner aus Paraguay, Dos Santos aus Brasilien usw. Diese Versammlung der faschistischen Gorillas, an deren Händen das Blut ihrer Völker klebt, unter dem Vorsitz Carters, des Mannes der Wallstreet Monopole, das war wahrhaftig ein Symbol für die Zusammenarbeit nach dem Geschmack der USA-Imperialisten. Und was es mit der angeblichen Gleichberechtigung auf sich hat, konnte man am besten daran ermessen, daß alle diese Diktatoren von Washingtons Gnaden, mit der einen Ausnahme des mexikanischen Regierungsvertreters, über den neuen verschlavenden Panamavertrag einmütig ihre „tiefe Befriedigung" aussprachen.

Worum ging es bei diesem Vertragswerk? Die amerikanischen Imperialisten betrachten den Panamakanals und die Kanalzone zu beiden Seiten dieser Wasserstraße als ihr Eigentum, seitdem sie 1903 die Regierung von Panama gezwungen hatten, ihnen dieses Gebiet „auf ewig" zu überlassen. Stets hat das panamesische Volk einen erbitterten Kampf gegen diesen Schandvertrag geführt und unter der Parole „Der Kanal den Panamesen , Yankee go home!" den Abzug der amerikanischen Imperialisten gefordert. Bei den großen Massenkämpfen in der Kanalzone, die 1964 stattfanden, ermordeten die amerikanischen Besatzertruppen 25 panamesische Werktätige.

Aber das konnte die Bewegung zur Herstellung der nationalen Souveränität in der Kanalzone nicht aufhalten. Erst im Juni dieses Jahres entwickelten sich wieder Massenaktionen, bei denen Jugendliche mutig die amerikanischen Fahnen am Kanal einholten und verbrannten. Der neue Vertrag, den Carter jetzt präsentierte und von dem panamesischen Regierungschef Torrijos unterzeichnen ließ, ist der Versuch, mit einem Manöver der panamesischen Massenbewegung den Wind aus den Segeln zu nehmen.

Der Kanal und die Zone sollen nun nicht mehr auf ewig, sondern „nur" noch bis zum Jahr 2000 den amerikanischen Imperialisten gehören. Aber ausdrücklich ist in dem Vertrag festgehalten, daß auch im nächsten Jahrhundert die amerikanische Supermacht jederzeit nach Belieben in der Kanalzone militärisch eingreifen kann, wann immer sie die sogenannte „Neutralität" dieser Zone gefährdet sieht.

So unterscheidet sich dieser von Carter mit so großem Rummel gefeierte Vertrag tatsächlich überhaupt nicht von dem vorhergehenden. Der Kampf des panamesischen Volkes gegen die Besatzer wird weitergehen. Und es hat sich gezeigt, daß trotz aller nationaler Demagogie das Regime Torrijos die gleiche Politik des Ausverkaufs betreibt wie seine Vorgänger. Den Kampf für die nationale Unabhängigkeit muß das Volk, geführt von der Arbeiterklasse, ohne und gegen diese Verräter führen.

Aus aller Welt

TÜRKEI

In den Randbezirken von Istanbul begannen die reaktionären türkischen Behörden damit, Elendsviertel zu „sanieren", indem sie die Häuser der Bewohner einfach niederwalzen ließen. Aber die Bevölkerung wehrte sich militant gegen diesen unverschämten Angriff auf ihre Existenz. Als die Polizei eingriff, wurde sie von Tausenden Werktätigen mit Knüppeln und Steinen empfangen. Bei den Kämpfen, die sich entwickelten, wurden fünf Werktätige von den Polizeibanden ermordet.

ISRAEL

Im vergangenen Monat haben die israelischen Zionisten wieder eine Reihe von Siedlungen in den 1967 besetzten palästinensischen Gebieten angelegt. „Dies hier ist unser Land", erklärte frech der Landwirtschaftsminister Sharon. Und als besondere Provokation gab er einen zionistischen Plan bekannt, der vorsieht, in diesen geraubten Gebieten zwei Millionen Juden anzusiedeln.

Das bedeutet, daß die Machthaber in Tel Aviv überall in der Welt ihre Kampagne verstärken werden, jüdische Menschen zum Einwandern nach Israel zu bewegen. Wie die Geschichte gezeigt hat, ist ihnen dabei jedes Mittel recht. So hatten etwa vor Jahren Agenten des zionistischen Geheimdienstes, wie sie selbst später eingestanden, im Irak Brandanschläge auf jüdische Synagogen verübt, um unter den irakischen Juden Angst vor einer antijüdischen Stimmung zu verbreiten und sie so zur Auswanderung nach Israel zu bringen.

Für die Tel Aviver Zionisten sind diese Menschen nur Material zur Verwirklichung ihrer reaktionären Pläne. Sie benutzen sie, um ihr faschistisches Besatzerregime über den Boden Palästinas aufrechtzuerhalten und zu stärken. Aber dieser Boden gehört nicht den Zionisten, er gehört dem palästinensischen Volk. Und seitdem dieses Volk vor mehr als zehn Jahren den bewaffneten Kampf für die Wiederherstellung seiner nationalen Rechte, das heißt für die Zerschlagung des zionistischen Besatzerstaates aufgenommen hat, finden die Zionisten immer weniger Menschen, die sie mit Demagogie und Gewalt zum Einwandern bewegen können.

Im Gegenteil: Immer mehr Menschen, die der zionistischen Propaganda von einem "auserwählten Volk Israel" und seinem angeblichen Besitzrecht auf den Boden Palästinas geglaubt haben, kehren in ihre ursprüngliche Heimat zurück. Worauf gründet also Sharon seinen Plan von den zwei Millionen neuen Siedlern? Er kann sich dabei nur auf die Menschenhändler in Moskau stützen. So wie vor vierzig Jahren die Zionisten den faschistischen Massenmördern Heydrich und Eichmann Tausende jüdische Menschen regelrecht abkauften, um mit ihnen ihren Staat Israel zu gründen, so ist auch in den letzten Jahren ein ähnlicher Menschenhandel angelaufen.

Die russischen Sozialimperialisten haben im Gegenzug zu wirtschaftlichen Vergünstigungen, die sie von Washington bekamen, Zehntausende russische Juden nach Israel geschickt, Menschen, mit denen die Zionisten ihre reaktionären Siedlungspläne verwirklichten, mit denen sie ihre Aggressionsarmee aufstockten. Diese Tatsachen zeigen: Wenn die israelischen Zionisten mit derart unverschämter Arroganz gegen die arabischen Völker, vor allem das palästinensische Volk aufzutreten wagen, dann nur, weil sie den Schutz der Supermächte haben, der amerikanischen ebenso wie der russischen. Beide Supermächte sind Todfeinde der arabischen Völker und müssen entschieden bekämpft werden.

AZANIA

Die Studenten und Schüler in Azania (Südafrika) kämpfen weiter entschlossen gegen das rassistische Regime. In der Stadt Bloemfontein zogen einige tausend Jugendliche durch die Straßen und riefen Losungen gegen die Rassistenherrschaft und die Diskriminierung, der sie in den Schulen ausgesetzt sind. Die Studenten protestierten auch gegen die Verringerung des Fonds für das Bildungswesen. Die Polizei stürzte sich auf die demonstrierenden Jugendlichen und setzte Schlagstöcke, Tränengasbomben und Polizeihunde ein. Diese Gewaltmaßnahmen wurden von den Studenten entschlossen beantwortet. Sie lieferten den Unterdrückerkräften heftige Kämpfe.

NAMIBIA

Das namibische Volk feiert den elften Jahrestag der Aufnahme des bewaffneten Kampfes zur Befreiung des von den südafrikanischen Rassisten besetzten Vaterlandes. Diese elf Jahre waren eine Periode fortgesetzter Aktionen und wichtiger Erfolge sowohl bei der Hebung des politischen Bewußtseins des Volkes als auch im militärischen Bereich, wo dem Feind laufend Verluste zugefügt worden sind. So haben z. B. allein in der ersten Hälfte dieses Jahres die namibischen Patrioten etwa 400 Rassistensoldaten getötet, fünf Flugzeuge abgeschossen und neun Panzer und Militärfahrzeuge zerstört. Außerdem gelang es ihnen, einen Militärstützpunkt und andere strategische Objekte des Feindes zu zerstören und weitere Gebiete im Norden des Landes unter ihre Kontrolle zu bringen.

Um sich aus dem Feuer des Volkskrieges zu retten, haben die Rassisten auf der einen Seite mit Hilfe der imperialistischen Mächte, besonders der USA und England, ihre Söldnertruppen verstärkt. Auf der anderen Seite versuchen sie, eine schwarze Marionettenregierung zu bilden und die Bewegung der Patrioten auszuschalten.

Unterstützung für ihre reaktionären Pläne bekommen sie auch aus Bonn. Aus der Tatsache, daß Namibia vor dem ersten Weltkrieg eine Kolonie des deutschen Imperialismus war und bis heute dort deutschstämmige Grundbesitzer die schwarzen Landarbeiter ausbeuten, leitet Bonn das „Recht" ab, in Namibia eine „besondere Rolle" zu spielen und sich nach Belieben in die Angelegenheiten des Landes einzumischen.

Die elfjährige Erfahrung seines Kampfes zeigte dem namibischen Volk, daß es den vollständigen Sieg über die Besatzer nur dann wird davontragen können, wenn es den bewaffneten Kampf bis zu Ende führt, ohne Kompromisse und Kapitulation zuzulassen, und wenn es sich stets auf die eigenen Kräfte stützt. Außerdem zwingt die Situation das namibische Volk, einen entschlossenen Kampf nicht nur gegen die südafrikanischen Rassisten, die in Namibia als Besatzer und Aggressoren stehen, sondern auch gegen die imperialistischen Mächte und die innere Reaktion zu führen, die es brutal ausbeuten und unterdrücken.

HÖRT RADIO TIRANA

UHRZEIT	WELLENLÄNGE		
	1. Programm		
13.00-13.30	9350 kHz	32,08 m	KW
	7300 kHz	41,10 m	KW
14.30-15.00	9350 kHz	32,08 m	KW
	7300 kHz	41,10 m	KW
16.00-16.30	9350 kHz	32,08 m	KW
	7300 kHz	41,10 m	KW
18.00-18.30	9350 kHz	32,08 m	KW
	7300 kHz	41,10 m	KW
19.00-19.30	7300 kHz	41,10 m	KW
	5945 kHz	50,46 mm	KW
	2. Programm		
21.30-22.00	7300 kHz	41,10 m	KW
	5945 kHz	50,46 m	KW
	1394 kHz	215 m	MW
23.00-23.30	7300 kHz	41,10 m	KW
	5945 kHz	50,46 m	KW
	1457 kHz	206 m	MW
06.00-06.30	7300 kHz	41,10 m	KW
	5945 kHz	50,46 m	KW
	1394 kHz	215 m	MW



Wehrdebatte im Bundestag

Bonn sagt ja zur Neutronenbombe

„Wir werden lernen müssen, mit der Neutronenbombe zu leben und sie in unser Verteidigungskonzept mit einzubeziehen." Diese Erklärung gab der SPD-Abgeordnete Ahlers letzte Woche bei der Wehrdebatte im Bundestag ab. Und er gab damit nicht nur seine eigene Meinung oder die seiner Partei zum besten. Alle Volkszertreter im Bonner Parlament waren sich darin einig: Die Neutronenbombe muß her.

Vorbei ist die Entrüstung über diese neue Massenvernichtungswaffe, mit der sich der sogenannte „linke" SPD-Flügel hervorgetan hatte. Vergessen die großen Sprüche eines Egon Bahr, der noch vor wenigen Wochen die Neutronenbombe eine „Perversion des menschlichen Denkens" genannt hatte. Alle Gefühlsduselei und gespielte Empörung, wie sie solche Leute wie Bahr ab und zu absondern, dienen einzig und allein dazu, den Eindruck zu erwecken, als würde die Tätigkeit der bürgerlichen Parteien, die Arbeit der Staatsorgane von der Sorge um das Schicksal der Werktätigen bestimmt.

Aber wenn es darauf ankommt, wie jetzt wo es darum ging, über die Aufrüstung mit der Neutronenbombe zu entscheiden, lassen diese Leute die Maske fallen. Dann offenbaren sie selbst die Perversion ihres Denkens. Da sagte zum Beispiel der Kriegsminister Leber in der Debatte: Natürlich ist die Neutronenbombe inhuman. Aber es sei ja schließlich der Zweck der Kriegswaffen, „zu zerstören, zu vernichten, zu töten." Mit dieser zynischen Erklärung brachte Leber zum Ausdruck, worum es bei der Wehrdebatte im Bundestag wirklich ging: dem westdeutschen Imperialismus diejenigen Waffen bereitzustellen, mit denen am effektivsten zerstört, vernichtet und getötet werden kann.

Was schert denn dieses Pack das deutsche Volk, was kümmern sie die Völker Europas und ihre Hoffnung auf Frieden? Ihr Geschäft ist eben die Aufrüstung des westdeutschen Imperialismus. Und um dabei auch an die Neutronenbombe heranzukommen, scheuen sie nicht davon zurück, der amerikanischen Supermacht eine Blankovollmacht für die Stationierung dieser Waffe in unserem Land zu geben. So erklärte die Bundesregierung jetzt: „Es ist ausschließlich Sache des amerikanischen Präsidenten, über die Einführung der Neutronenwaffe zu entscheiden."

Die Bonner Imperialisten haben unser Land jetzt schon in ein Pulverfaß amerikanischer Atomwaffen verwandelt, haben es zu einem Aufmarschgebiet des vom USA-Imperialismus kontrollierten aggressiven NATO-Blocks gemacht. Und jetzt gestehen sie dem Pentagon auch noch zu, nach Belieben die Bundesrepublik mit Bunkern für die Neutronenbombe zu überschwemmen.

Sie rüsten ihre eigene Armee, die Bundeswehr, wie wahnsinnig auf, haben sie zur drittstärksten imperialistischen Streitkraft in der Welt entwickelt. Und wozu? Um den Frieden sicherer zu machen, wie sie demagogisch behaupten? Nein, sie haben sich ihren Militärapparat geschaffen, haben sich mit der amerikanischen Supermacht verbündet, ihren Besatzertruppen und Atomwaffen freie Bahn geschaffen, nur zu einem Zweck: uns, die Werktätigen, die ihnen ihren Reichtum schaffen, niederzuhalten. Und um im Falle eines imperialistischen Krieges zwischen den Supermächten und ihren Militärblöcken die eigenen revanchistischen Ziele zu verwirklichen.

Die Krupp, Flick und Thyssen, die Hitler an die Macht gebracht und in ihrer Gier nach Höchstprofiten die Welt mit ihrem imperialistischen Raubkrieg überzogen haben, sie spielen heute im westlichen Kriegspakt nur die zweite Geige nach der amerikanischen Supermacht. Sie können nicht mehr selbständig einen neuen Krieg vom Zaune brechen. Aber sie hoffen eben darauf, an der Seite der USA-Imperialisten in einem Raubkrieg um die Neuaufteilung der Welt ihren Teil an der Beute zu ergattern.

Und dafür schaffen sie sich heute die Waffen, mit denen sie vernichten, zerstören und töten können, wie Leber es sagte. Und dafür kommt ihnen die Neutronenbombe gerade recht, die Waffe, die menschliches Leben vernichtet, aber keine Industrieanlagen, Verkehrswege usw., die also die erhoffte Beute unversehrt läßt. Wir, die Werktätigen, sollen mit dieser Waffe leben, fordern die Herren im Bundestag. Wir sollen uns mit den Atomminen an der Grenze zur DDR, mit den Atomraketen in der Eifel abfinden. Und im Ernstfall sollen wir diese Waffen einsetzen gegen unsere Klassenbrüder jenseits der Grenzen, sollen wir das Kanonenfutter für unsere Unterdrücker im imperialistischen Raubkrieg sein.

Solidaritätswoche mit den Völkern Südostasiens

Bekundung der internationalen Solidarität

Ein großer Erfolg waren die Tage der Solidarität mit dem Völkern Südostasiens, die vom 25. August bis zum 3. September in Tübingen durchgeführt wurden. An den Veranstaltungen und den beiden Demonstrationen der Woche nahmen insgesamt über 2.000 Menschen teil. Diese breite Kampagne richtete sich gegen eine sogenannte „Südostasiatische Kulturwoche", zu der sich hohe Vertreter der faschistischen Staaten Südostasiens, darunter auch der Außenminister Indonesiens, Malik, in Tübingen zusammengefunden hatten. (Der „Rote Morgen" berichtete darüber unter dem Titel: „Bonner Propaganda für die faschistischen Massenmörder".)

Um dieser reaktionären Propagandaschau entgegenzutreten und dem Bündnis der Bonner Imperialisten mit den faschistischen ASEAN-Regimen die kämpferische Einheit des Volkes entgegenzusetzen, hatten sich verschiedene Organisationen, darunter auch die Partei, in einer Aktionseinheit zusammengeschlossen. Die Aktivitäten der Aktionseinheit brachten die Veranstalter der reaktionären „Kulturwoche" in arge Schwierigkeiten. Sie verlegten die meisten der ursprünglich als öffentlich geplanten Veranstaltungen, darunter auch ein sogenanntes Bürgerfest unter dem demagogischen Motto „Tübingen grüßt seine Gäste aus Südostasien", in geschlossene Räume. Andere Veranstaltungen wurden ganz gestrichen, eine Ausstellung der indonesischen Faschisten abgeräumt.

Schon der Beginn der „Kulturwoche" war von kämpferischen Protesten gekennzeichnet. Als sich Genscher, Filbinger und der Faschist Malik einfanden, um ihre reaktionäre Freundschaft zu feiern, wurden sie vom ohrenbetäubenden Pfeifen mehrerer hundert Demonstranten empfangen. Kämpferische Sprechchöre wurden gerufen wie „Massenmörder raus aus Tübingen!" und „Schluß mit der Ausplünderung Südostasiens durch die BRD!".

Am darauffolgenden Tag zog eine Demonstration, an der sich 600 Menschen beteiligten, durch die Straßen Tübingens. Gleichzeitig fand im Rathaus ein Empfang für die faschistischen Besucher statt. Die Polizei sperrte den Zugang zum Marktplatz ab und ging mit Schlagstöcken gegen die Demonstranten vor, die zum Rathaus vordringen wollten. Eine Demonstrantin wurde von den Polizisten so zusammengeschlagen, daß sie mit einer Gehirnerschütterung ins Krankenhaus eingeliefert werden mußte. Ein anderer Demonstrant wurde angezeigt, weil er die von der Polizei verbotene Parole „Massenmörder raus aus Tübingen" getragen hatte. Während am Eingang des Marktplatzes eine Kundgebung abgehalten wurde, gelang es einem Teil der Demonstranten, auf den Marktplatz vorzudringen. Ein Genosse zog an einem Fahnenmast vor dem Rathaus die Flagge der Befreiungsbewegung von Ost-Timor, der FRETILIN, auf.

Neben den Veranstaltungen der Aktionseinheit, auf denen Revolutionäre aus den verschiedenen Ländern Südostasiens über den Kampf ihrer Völker gegen die Imperialisten und die einheimische Reaktion berichteten, führte die Partei am Vorabend des Roten Antikriegstags eine eigene Veranstaltung durch, auf der auch die Rolle der faschistischen Regime in Südostasien im Rahmen der imperialistischen Kriegsvorbereitungen erläutert wurde.

Ein Höhepunkt der Solidaritätswoche war das abschließende Fest, das von 700 Menschen besucht wurde. Durch musikalische Beiträge aus Indonesien, Ost-Timor und Malaya wurden die Besucher mit der revolutionären Kultur der Völker Südostasiens vertraut gemacht. Ein Sänger aus Chile brachte Lieder aus dem Kampf gegen die Pinochet-Diktatur und eine Gesangsgruppe der KPD/ML präsentierte Lieder der deutschen und internationalen Arbeiterbewegung. Der malayische Genosse Tan Wah Piow, der ehemalige Vorsitzende der Studenten-Union an der Universität von Singapur, faßte die Gefühle vieler Anwesender zusammen, als er sagte, daß die Solidaritätstage ein großer Beitrag zur Stärkung der Zusammenarbeit der Völker Südostasiens und des deutschen Volkes gegen den Imperialismus waren. Wenn die Reaktionäre sich zusammenschließen, wie die europäischen Imperialisten und die Faschisten der ASEAN-Staaten, dann müssen die Völker dem ihren eigenen revolutionären Zusammenschluß entgegensetzen.

Am Rande ist noch zu bemerken, daß die GRF diese großartige Bekundung der internationalen Solidarität zum Anlaß nahm, eine üble Provokation gegen die Partei zu starten. Sie verteilte eine Erklärung ihres „Regionalkomitees Baden-Württemberg", in der unsere Partei beschuldigt wird, der Aktionseinheit Angriffe auf die Generallinie der kommunistischen Weltbewegung aufgezwungen zu haben. Und worin bestanden diese angeblichen Angriffe? Darin, daß unsere Genossen für die antiimperialistische Freundschaft der Völker eingetreten sind, während die GRF-Leute etwas ganz anderes im Sinn haben, nämlich wie es in einem Flugblatt ihrer „Liga" heißt, „für den Dialog der BRD mit den ASEAN-Staaten, für wirtschaftliche Zusammenarbeit". Welche Unverfrorenheit gehört dazu, wenn dieses Pack ausgerechnet die Solidaritätswoche dazu benutzt, um für die reaktionäre Zusammenarbeit zwischen den Bonner Imperialisten und den faschistischen ASEAN-Staaten Stimmung zu machen und diese reaktionäre Provokation auch noch als Verteidigung der kommunistischen Generallinie auszugeben. Aber die GRF konnte mit ihrem Dreck nicht landen, sie hat sich unter den fortschrittlichen Menschen Tübingens nur noch mehr isoliert.

Betonzaun um KKW Kalkar



Auch der „Schnelle Brüter" von Kalkar wird jetzt, wie schon das Atomkraftwerk in Brokdorf, zu einer Festung ausgebaut. Diese Betonmauer steht in einem zwei Meter tiefen Graben und wird, wenn dieser Graben geflutet ist, noch drei Meter aus dem Wasser herausragen. Oben in der Mauer sind Schießscharten angebracht, durch die Gasgranaten und andere Geschosse abgefeuert werden können. Der Grund für diese Aufrüstung: Für den 24. September ist eine Demonstration in Kalkar angekündigt, und die Energiekapitalisten wollen durch diese Befestigung ihr menschenfeindliches Atomkraftwerk vor dem Zorn der Massen schützen.

Parteibüros der KPD/ML

Die Parteibüros sind Kontaktstellen der KPD/ML und der ROTEN GARDE, Jugendorganisation der KPD/ML. Hier sind sämtliche Veröffentlichungen der Partei zu bekommen. Über die Parteibüros können auch Literatur aus der VR China, der SVR Albanien und Veröffentlichungen des Verlags Roter Morgen bezogen werden.

Zentrales Büro, Redaktion „Roter Morgen", Landesverband (LV) NRW und Buchladen „Roter Morgen", 4600 Dortmund 30, Wellinghofer Str. 103, Tel.: 0231/ 43 36 91 und 43 36 92. Öffnungszeiten: Mo.-Fr. 9-12 und 14-18 Uhr, Sa. 9-14 Uhr.

Parteibüros:

LV Wasserkante, 2000 Hamburg 50, Buchladen „Roter Morgen", Stresemannstr. 110, Tel.: 040 / 4 39 91 37. Öffnungszeiten: Mo-Fr 15.00-18.30, Sa 9-13 Uhr.

LV Niedersachsen, 3000 Hannover, Buchladen „Roter Morgen", Elisenstr. 20, Tel.: 0511 / 44 51 62. Öffnungszeiten: Di-Fr 17-19, Sa 9-13 Uhr.

LV Südwest, 6700 Ludwigshafen (Friesenheim), Parteibüro der KPD/ML, Rutenstr. 1, Tel.: 0621/69 71 09. Öffnungszeiten: Mo-Fr 17.00-18.30, Sa. 10.30-13.00 Uhr.

LV Baden-Württemberg, 7000 Stuttgart 1, Buchladen „Roter Morgen", Haußmannstr. 107, Tel.: 0711 / 43 23 88. Öffnungszeiten: Mo-Fr 16.30-18.30, Sa 9-13 Uhr.

LV Bayern, 8000 München 2, Buchladen „Roter Morgen", Maistr. 69, Tel.: 089 / 53 59 87. Öffnungszeiten: Mo-Fr 14.30-18.30, Sa 9-13 Uhr.

Sektion Westberlin, 1000 Berlin 65 (Wedding), Buchladen „Roter Morgen", Schererstr. 10, Tel.: 030 / 4 65 28 07. Öffnungszeiten: Mo-Fr 14.30-18.30, Sa 10-14 Uhr.

5100 Aachen, Buchladen „Roter Morgen", Viktoriastr. 35. Öffnungszeiten: Mo-Fr 16.30-18.30, Sa 10.30-14.00 Uhr.

4800 Bielefeld, Buchladen „Roter Morgen", Sudbrackstr. 31, Öffnungszeiten: Mo-Fr 17.00-18.30, Sa 9-12 Uhr.

4630 Bochum, Buchladen „Roter Morgen", Dorstener Str. 86, Tel.: 0234 / 51 15 37. Öffnungszeiten: Mo-Fr 16-19, Sa 10-13, Mi 17-19 Uhr.

2800 Bremen (Walle), Buchladen „Roter Morgen", Waller Heerstr. 70, Tel.: 0421 / 39 38 88. Öffnungszeiten: Mo-Fr 16.00-18.30, Sa 9-13 Uhr.

4100 Duisburg 1 (Hochfeld), Paulusstr. 36. Öffnungszeiten: Fr 16.00-18.30, Sa 10-13 Uhr. Tel.: 0203 / 6 47 96.

4300 Essen-Altendorf, Buchladen „Roter Morgen", Helenenstr. 35. Öffnungszeiten: Mi. u. Do. 16-18 Uhr. Tel.: 0201 / 62 42 99.

6000 Frankfurt, Buchladen „Roter Morgen". Burgstr. 78, Tel.: 0611 / 43 75 95. Öffnungszeiten: Di-Fr 16.30-18.30 Sa 10-14 Uhr.

2300 Kiel 1, Buchhandlung „Roter Morgen", Gutenbergstr. 46, Tel.: 0431 / 56 77 02. Öffnungszeiten: Mo, Di, Mi, Do 9-13 und 15-18, Fr 9-13 und 15.00-18.30, Sa 9-13 Uhr.

5000 Köln 91 (Kalk), Buchladen „Roter Morgen", Kalker Hauptstr. 70, Tel.: 0221 / 85 41 24. Öffnungszeiten: Mo-Fr 16.00-18.30, Sa 9-13 Uhr.

2400 Lübeck, Buchladen „Roter Morgen", Schlumacherstr. 4, Tel.: 0451 / 7 69 39. Öffnungszeiten: Mo, Mi und Fr 16.30-18.30 Uhr.

4400 Münster, Buchladen „Roter Morgen", Bremer Platz 16, Tel.: 0251 / 6 52 05. Öffnungszeiten: Mo-Fr 16.00-18.30, Sa 11-14 Uhr.